

»An alle!«

Serie: Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 1: Vom ersten Funker zum »Funkerspuk«

Von André Scheer



Zu Beginn keineswegs für alle, sondern behördlich genehmigt und für die Masse unerschwinglich (links: der erste Rundfunkempfänger Wilhelm Kollhoff im Interview mit Alfred Braun, rechts: Kollhoffs Genehmigungsurkunde vom 31. Oktober 1923)

Aus einem Bürogebäude am Potsdamer Platz meldete sich am 29. Oktober 1923 die »Sendestelle Berlin«. Schauplatz war der Firmensitz der »Vox-Schallplatten- und Sprechmaschinen-AG« und deren Tochtergesellschaft »Funk-Stunde AG«. Hinter beiden Unternehmen stand wiederum die »Hauptgesellschaft für Industrien«, deren Hauptfinanzier August Stauch sein Vermögen durch die Ausbeutung von Diamantvorkommen in der deutschen Kolonie Südwestafrika, dem heutigen Namibia, machte.

In dem 1971 abgerissenen »Vox-Haus« war es Friedrich Georg Knöpfke, der als Direktor der »Funk-Stunde AG« pünktlich um 20 Uhr abends den Start des regelmäßigen Radioprogramms verkündete: »Meine Damen und Herren, wir machen Ihnen davon Mitteilung, dass am heutigen Tage der Unterhaltungsrundfunkdienst mit Verbreitung von Musikvorführungen auf drahtlos telefonischem Wege beginnt. Die Benutzung ist genehmigungspflichtig.« Es folgte ein einstündiges, live in dem kleinen Studio aufgeführtes Konzert mit kurzen Stücken unter anderem von Mozart, Beethoven und Schumann. Als Abschluss der Sendung vermerkt das Protokoll »Vox-Platte: ›Deutschland, Deutschland über alles‹, gespielt vom Infanterie-Regiment III/9, Obermusikmeister Adolf Becker«.

Wie viele Menschen damals diese erste offizielle Rundfunksendung verfolgt haben, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren. Viele waren es nicht. Es gab in jenem Oktober 1923 keinen einzigen registrierten Hörer, der die von Knöpfke in seiner Ansage angesprochene Genehmigung besaß. In Deutschland galoppierte die Inflation, und auch wenn der Preis für die Lizenz mit 350 Millionen

Reichsmark nur ein Zehntel der Kosten für einen Liter Milch betrug, hatten die meisten Menschen in dieser Zeit andere Sorgen, als sich für ein neues Medium zu interessieren, zumal auch das für den Empfang notwendige Radio kaum erschwinglich war. Im Monat des Sendestarts war die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einmarschiert, um die dort regierenden Koalitionen aus Sozialdemokratischer und Kommunistischer Partei zu stürzen. Wenige Tage später gingen in Hamburg Hunderte Arbeiter auf die Barrikaden, um das Signal zur Revolution gegen Hunger, Elend und Kapitalismus zu geben.

Politische Gefahr

Es war kein Zufall, dass das regelmäßige Rundfunkprogramm gerade in dieser Zeit aufgenommen wurde. Technisch wäre dieser Schritt schon Jahre zuvor möglich gewesen, aber bis zum Herbst 1923 sei »die freie Betätigung auf dem Funkgebiet (...) in Deutschland als eine politische Gefahr betrachtet« worden, wie der für den Funk zuständige Staatssekretär Hans Bredow später feststellte.¹ »Erst 1923, nachdem die politischen Verhältnisse in Deutschland sich konsolidiert hatten, gelang es, eine Freigabe des Empfangs zu erreichen, so dass die Reichspost sich bereit erklären konnte, jedermann gegen Zahlung einer bestimmten Gebühr auf Grund des Telegraphengesetzes die Benutzung eines Empfängers zu gestatten.«²

Bereits ab 1911 hatte das deutsche Militär in Königs Wusterhausen bei Berlin Funkanlagen errichtet und 1916, während des Ersten Weltkriegs, als »Zentralfunkstelle des Heeres« in Betrieb genommen. Von dort wurde täglich der Heeresbericht verbreitet, während aus Nauen, 60 Kilometer Luftlinie entfernt, das Außenministerium einen Pressedienst für Zeitungen in Amerika und Asien verbreitete. Eine Nachrichtenagentur, das »Wolffsche Telegraphenbureau«, sendete Meldungen für die Presse des neutralen Auslands. Es herrschte strenge Zensur, jeder Text musste von Reichsmarineamt oder Außenministerium freigegeben werden. Mit dem Erfolg dieser psychologischen Kriegführung war man allerdings nicht zufrieden und machte dafür schon damals »Fake News« verantwortlich, die natürlich nur von der Gegenseite verbreitet würden: »Der Ruhm jeder neuen Gewalttat Englands, jede Fanfaronade der feindlichen Staatsmänner, jede Lüge ihrer Helfershelfer in der Öffentlichkeit, die Einlage jeder amerikanischen Speckschwarte in die Falle für die ideologischen Mäuse, wurde bis in die fernsten Winkel des Erdkreises verbreitet, um einzuschüchtern und Verwirrung in die Geister zu bringen.«³

Praktisch als Vorläufer späterer Soldatensender gab es auch schon im Ersten Weltkrieg Versuche, neben den offiziellen Durchsagen von Oberkommando und Staatsapparat auch Sprache und Musik zu verbreiten, um die Soldaten an der Front zu unterhalten und abzulenken. Zu erreichen waren damit zumindest die Funker in den Nachrichtentruppen, deren Zahl während des Krieges auf rund 185.000 Mann anwuchs. So nutzte der in einer Telegrafeneinheit an der Westfront bei Reims stationierte Hans Bredow die ihm zur Verfügung stehende Technik, um kleine Konzerte und Lesungen zu übertragen. »Ich hatte dort ein kleines Team«, erinnerte er sich 1954 in einem Interview mit dem *Südwestfunk*. »Einer von meinen Funkern sang sehr nett. Ein anderer spielte Geige, einer spielte gefühlvoll Mundharmonika. Und so legte ich damit los und verbreitete Programme. Ich bin auf diese Weise der erste Ansager geworden und der erste Programmdirektor, denn ich stellte die Programme zusammen und sagte sie an. Ich las aus Zeitungen vor, las einen Roman in Fortsetzungen, täglich ein Stück, und wir machten Musik.«⁴ Dem Oberkommando waren die Programme von Bredows »Soldatensender« aber bald ein Dorn im Auge. Sie wurden verboten, weil sie Störungen verursacht und die Funker von ihrer Arbeit abgelenkt hätten.

Marconis Diebstahl

Erst 35 Jahre zuvor, 1888, hatte Heinrich Hertz die Existenz elektromagnetischer Wellen nachgewiesen, die ein Signal drahtlos übertragen können. Bei dem dazu benutzten Einsatz eines Oszillators und der »Rühmkorff-Spule«, mit der im 19. Jahrhundert Hochspannungsimpulse erzeugt werden konnten, entstanden Funken. Der Name für das spätere Medium war damit zumindest im deutschen Sprachraum geboren. 1895 gelang dem russischen Physiker Alexander Stepanowitsch Popow in St. Petersburg die erste erfolgreiche Vorführung einer Funkübertragung. In einem im Januar 1896 durch das *Journal der Russischen Gesellschaft für Physik und Chemie* publizierten Artikel beschrieb er detailliert die Funktionsweise eines Funkempfängers und bewies dessen praktische Funktionsfähigkeit am 24. März 1896.

Im Juni 1896 ließ sich der Italiener Guglielmo Marconi in Großbritannien einen Apparat patentrechtlich schützen, der auf Popows Funktionsweise basierte. Dessen Versuche, dagegen vorzugehen, blieben erfolglos. Der Name Marconi ist heute weltbekannt – und nachdem es ihm 1901 erstmals gelungen war, ein Funksignal über den Atlantik zu senden, wurde er 1909 mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet. Weniger gerne erinnern seine Fans heute daran, dass sich Marconi 1923 Mussolinis Faschisten anschloss, was seiner Karriere gut tat. 1928 wurde er zum Präsidenten des italienischen Nationalrats für Wissenschaften ernannt, 1930 auf persönlichen Vorschlag von Mussolini Chef der Königlichen Nationalen Akademie der Wissenschaften und Mitglied im »Großen Faschistischen Rat«. Der bereits 1906 verstorbene Popow wird dagegen nur noch in seiner Heimat als »Erfinder« des Rundfunks geehrt.

Praktischen Nutzen hatten die Entwicklungen von Popow und Marconi bald vor allem für die Kommunikation auf hoher See. Schiffe konnten nun mit Hilfe der Funktechnik und des nach seinem Erfinder Samuel F. B. Morse benannten Morse-Codes auch unterwegs Nachrichten übermitteln. So am 15. April 1912, als der »Marconist« Jack Phillips um 0.10 Uhr einen Funkspruch durchgab: »41° 46'N 50° 14'W – sinken – brauchen sofort Hilfe«. Es war der Hilferuf der »Titanic«, die einen Eisberg gerammt hatte und unterging. Durch den Funkspruch konnte Hilfe herbeigerufen werden, etwa 700 Menschen wurden aus dem eiskalten Wasser gerettet. Die Funkstation auf dem Luxusdampfer gehörte der Marconi Wireless Telegraph Co. und bot betuchten Passagieren einen hochmodernen Service: Sie konnten Telegramme (»Marconigramme« genannt) versenden, zehn Worte kosteten zwölf Schilling – heute etwa 250 Euro. Das war ein gutes Geschäft für Marconis Unternehmen, Warnungen vor Eisbergen störten da nur. Da die Funker mit den privaten Botschaften der Passagiere beschäftigt waren, wurden die meisten der insgesamt mindestens acht Eisbergwarnungen nicht an die Brücke weitergeleitet.

Der Funkverkehr Anfang des 20. Jahrhunderts beschränkte sich auf das Senden kurzer oder längerer Impulse, die aufgefangen und nach dem Morse-Code entziffert werden mussten. Doch schon um die Jahrhundertwende gab es Versuche, auch Sprache und Musik drahtlos zu übertragen. Als in diesem Sinne erste Rundfunksendung der Geschichte gilt heute eine von dem kanadischen Wissenschaftler Reginald Aubrey Fessenden realisierte Übertragung am 24. Dezember 1906. Funker auf Schiffen vor der US-Küste konnten passend zum Heiligabend Weihnachtsgrüße, Bibelzitate und ein von ihm selbst auf der Geige gespieltes Lied hören.⁵ Fessenden selbst behauptete, dass ihm bereits sechs Jahre zuvor, am 23. Dezember 1900, die erste Sprachübertragung über eine Entfernung von einer Meile (1,6 Kilometer) gelungen sei. Unabhängige Belege dafür gibt es allerdings nicht. Auch in Brasilien berichteten Zeitungen schon um die Jahrhundertwende wiederholt von Experimenten des katholischen Priesters Roberto Landell de Moura, dem es gelungen sei, drahtlos Sprache zu

übertragen.⁶ Am 9. März 1901 reichte der Geistliche in Brasilien ein Patent für einen »Apparat für Sprachübertragung mit und ohne Draht, durch Raum, über die Erde und das Wasser, bei Sonne oder Regen, starkem Nebel und auch bei Winden« ein. Anschließend ließ er sich vom Priesteramt entbinden und ging in die USA, wo er in Washington ebenfalls Patente für seine Erfindungen beantragte und offenbar auch erhielt.⁷ Wirtschaftlicher Erfolg blieb ihm in Nordamerika allerdings verwehrt, so dass er 1904 nach Brasilien und in das Priesteramt zurückkehrte.

Im allgemeinen blieb die Drahtloskommunikation zunächst ebenso wie die kabelgebundene Telegraphie eine Verbindung zwischen einem Sender und einer klar bestimmten Gegenstelle, zufällige oder absichtliche Mithörer waren nicht gemeint und im Normalfall auch nicht erwünscht. Für den entscheidenden Schritt zum Rundfunk »an alle« machen manche Historiker Wladimir Iljitsch Lenin verantwortlich. So schrieb Manfred Schneider Anfang 2020 in der *Neuen Zürcher Zeitung*, Lenins am 12. November 1917 per Funk verbreitete Nachricht vom Sieg der Bolschewiki in Russland sei der »Taufspruch für das Radio« gewesen: »Nie zuvor konnte sich ein Medium in dieser Form ›an alle‹ wenden.«⁸ Lenin hatte die Funker unmittelbar nach der Oktoberrevolution melden lassen: »Der Gesamtrussische Sowjetkongress hat eine neue, eine Sowjetregierung gebildet. Die Kerenski-Regierung ist gestürzt und verhaftet. Kerenski ist geflüchtet. Alle Behörden sind in den Händen der Sowjetregierung. (...) Wir bringen zur Kenntnis, dass der Sowjetkongress, dessen Teilnehmer bereits abgereist sind, zwei wichtige Dekrete angenommen hat: 1. über den sofortigen Übergang aller Ländereien der Gutsbesitzer an die Bauernkomitees und 2. über das Angebot eines demokratischen Friedens.«⁹

Im Dienst der Revolution

Auch wenn Lenin die Bedeutung des neuen Mediums als »Zeitung ohne Papier und ›ohne Entfernungen‹«¹⁰ früher als andere erkannte, geht die Einschätzung, ihn zum Erfinder des Rundfunks zu machen, wohl zu weit. Auch zuvor schon wurden Meldungen, die sich nicht an eine einzelne Empfangsstelle richteten, mit der Anrede »An alle« eingeleitet, etwa die Heeresberichte aus Königs Wusterhausen während des Krieges.

Das mindert nicht die Bedeutung der ersten Funkprüche der Oktoberrevolution, die insbesondere bei Militärfunkern in Deutschland aufmerksam registriert wurden. Der *Vorwärts*, die Zeitung der SPD, titelte am 13. November 1917: »Russland für Waffenstillstand und Frieden«. In dem Aufmacher heißt es: »Die neue russische Regierung geht mit wahrhaft revolutionärer Entschiedenheit auf ihr Ziel los. Sie schlägt einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten vor. (...) Man erhebt den Einwand, dass die gegenwärtige Regierung Russlands vielleicht gar nicht imstande sei, im Namen des russischen Reiches zu handeln, und dass sie bald wieder durch Gewalt gestürzt sein könnte, wie sie durch Gewalt ans Ruder gelangt ist. Aber ihr Friedensvorschlag würde auch dann eine geschichtliche Tatsache bleiben, die das Erbe ihrer Nachfolger belastet. Es kann möglicherweise leichter sein, die gegenwärtige Regierung zu stürzen, als ihren Vorschlag zu widerrufen, der zweifellos dem Willen des russischen Volkes entspricht.«¹¹

Ein Jahr später folgten die deutschen Revolutionäre dem Beispiel der russischen Genossinnen und Genossen. Als am 4. November 1918 in Kiel die Matrosen rebellierten, besetzten sie die Funkanlagen der örtlichen Marinestation und verbreiteten über sie ihre Forderungen: »Kameraden! Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein. Zum ersten Mal ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelegt. Ein Zurück gibt es nicht mehr! Große Aufgaben liegen vor uns. Aber damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit

der Bewegung notwendig.«¹² Das sei eine »revolutionäre Tat« gewesen, kommentierte Kurt Smettan 1972, denn »hier sprach zum ersten Male im Äther die Stimme der deutschen Arbeiterklasse«.¹³ Wobei »sprechen« einmal mehr im übertragenen Sinne gemeint ist, denn auch diese erste Nachricht der deutschen Novemberrevolution wurde per Morsecode übermittelt, ebenso wie wenige Tage später die Meldung vom Sturz der Monarchie. Am 9. November 1918 besetzten Vertreter des neugebildeten Berliner Arbeiter- und Soldatenrates das Wolffsche Telegraphenbureau und verbreiteten einen Aufruf »An alle! Hier hat die Revolution einen glänzenden fast ganz unblutigen Sieg errungen.«

Die revolutionären Soldaten bildeten eine »Zentrale Funkleitung« (ZFL). Ihre Leiter, der zivile Ingenieur Theodor Meyenburg sowie ein Unteroffizier der Technischen Abteilung für Funkgerät, von dem nur der Nachname Hartmann bekannt ist, teilten von Königs Wusterhausen aus mit, dass sie die Führung über alle Stationen des deutschen Funknetzes übernommen haben. Man werde ein von der Postverwaltung unabhängiges Nachrichtennetz aufbauen, um die in der unmittelbaren Nachkriegszeit teilweise abgebrochenen Verbindungen wiederherzustellen. Die Mannschaften in den Nachrichtenabteilungen wurden aufgefordert, sich der ZFL anzuschließen und ihren Weisungen zu folgen. Bald kontrollierte sie zahlreiche betriebsfertige Militärstationen mit Reichweiten von jeweils mehreren hundert Kilometern.¹⁴

Es folgte ein mehrwöchiger Machtkampf zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten und der Zentralen Funkleitung einerseits sowie dem als Übergangsregierung gebildeten »Rat der Volksbeauftragten« und der Reichspost andererseits. 1892 hatte Kaiser Wilhelm II. im »Gesetz über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs« festgelegt, dass »ausschließlich dem Reich« das Recht zustehe, »Telegraphenanlagen für die Vermittlung von Nachrichten zu errichten und zu betreiben«.¹⁵ Für die Umsetzung war das Reichspostamt verantwortlich. Daran wollten die neuen Machthaber festhalten. Am 22. November 1918 ordnete der »Rat der Volksbeauftragten« in einer von den beiden Vorsitzenden Friedrich Ebert (SPD) und Hugo Haase (USPD) unterzeichneten Bekanntmachung die Entmachtung der Zentralen Funkleitung an. Ein Antrag der ZFL an die Regierung, ihr die Verantwortung für den gesamten Funkbetrieb im In- und Ausland zu übertragen, wurden von dem Sozialdemokraten Philipp Scheidemann, der im »Rat der Volksbeauftragten« für die Finanzen, aber auch für das Presse- und Nachrichtenwesen zuständig war, abgelehnt.¹⁶

Der »Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin«, der die politische Macht in Deutschland und die Kontrolle der Exekutive beanspruchte, antwortete auf die Erklärung Eberts und Haases noch am selben Tag mit einer eigenen Interpretation. Man wolle Behörden, die sich in den Dienst der neuen Ordnung gestellt hätten, ihre Arbeit machen lassen, aber »die für den Geist des Ganzen entscheidenden Stellen sind, im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreichend erscheint«. Als Konsequenz daraus erteilte der Vollzugsrat der ZFL die Vollmacht, die ihm Scheidemann verweigert hatte.¹⁷

Die bürgerliche Presse stellte sich in dieser Auseinandersetzung offen auf die Seite der Regierung. So hieß es am 30. November 1918 in der *Berliner Börsen-Zeitung*, dass sich das gesamte Netz der Funkstationen in der Hand der USPD und der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführten Spartakus-Gruppe befinde: »Daran ändert auch nichts ein Dementi der Zentral-Funkleitung, die (...) sich den Anschein zu geben versucht, als sei sie eine von der Regierung eingesetzte Behörde (...). Demgegenüber muss betont werden, dass die Zentral-Funkleitung völlig unter dem Einfluss der Herren Liebknecht und Ledebour steht und dass sie es verstanden hat, zusammen mit dem Vollzugsrat die Regierung (...) beiseite zu schieben und sich als eigene unabhängige Behörde zu

konstituieren.« Das Blatt unkte, dass die Siegermächte als Reaktion darauf »demnächst den Funkverkehr mit Deutschland vollständig abbrechen« könnten.¹⁸ Hans Bredow, der inzwischen als Sachverständiger und technischer Direktor der »Telefunken«-Gesellschaft Lobbyarbeit für die Post machte, bezeichnete die Bildung der ZFL in einem Beitrag für die konservative *Deutsche Tageszeitung* am 1. Dezember 1918 als »eine Art Putsch« der den Spartakisten nahestehenden USPD-Vertreter. Dagegen müsse »mit allen Mitteln vorgegangen werden, da die Ausübung des Nachrichtenverkehrs selbstverständlich eine Regierungsmaßnahme ist«.¹⁹

Ende der Zentralen Funkleitung

Obwohl Scheidemann noch Mitte Dezember beteuerte, er wolle die ZFL nicht zerschlagen, wurde sie Schritt für Schritt entmachtet. In einer am 4. Dezember 1918 gegründeten »Reichsfunkkommission« sollte sie nur noch die Rolle der »Vertreterin der gewerkschaftlichen und sozialen Interessen des im Funkdienst beschäftigten Personals«²⁰ spielen und sich ansonsten der Mehrheit von Reichspost, Auswärtigem Amt, Kriegsministerium, Reichsschatzamt und Reichsmarineamt unterordnen. Zunehmend wurde außerdem auch die der ZFL ursprünglich zugeordnete Rolle immer mehr in Frage gestellt, denn nach und nach kamen weitere Berufsvereinigungen hinzu, unter anderem Zusammenschlüsse von Postbeamten mittleren und höheren Ranges. Die ZFL begrüßte deren Aufnahme zunächst als Gegengewicht zur Dominanz der Behörden und Ministerien, musste aber schnell feststellen, dass sie in den neuen Akteuren keine Verbündete hatte. Zum Leiter der Kommission wurde im Januar 1919 Hans Bredow bestellt, der kurz zuvor seinen Posten bei der »Telefunken« aufgegeben hatte, um Ministerialdirektor und Leiter der neuen Abteilung »Funkentelegraphie« der Reichspost zu werden. Zudem hatte er sich den reaktionären Freikorps angeschlossen, um »Nachts gegen Spartakus« dazu beizutragen, die Revolution in Deutschland endgültig abzuwürgen.²¹

Ende Januar 1919 wurde die Rundfunkkommission aufgelöst und in eine neue Rundfunkbetriebsverwaltung (RBV) überführt, die direkt der Regierung unterstellt war und deren Leitung erneut Bredow übernahm. Damit stand die neue Behörde praktisch unter der direkten Kontrolle des Reichspostministeriums, was die Zentrale Funkleitung zähneknirschend akzeptieren musste. Am 9. April 1919 beschloss die Regierung, die RBV dem Postministerium anzuschließen, das sie »nach seinem Ermessen zusammensetzen und zu verwenden« habe.²² Das war das Ende der Zentralen Funkleitung und auch der letzten Spuren des revolutionären Aufbruchs vom November 1918.

Im September 1919 übernahm die Reichspost wieder die Sendeanlagen in Königs Wusterhausen und richtete dort ihre »Hauptfunkstelle« ein. Von dort aus wurde ab April 1920 der *Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten* mit Börsenkursen und Wirtschaftsmeldungen an etwa 80 Dienststellen der Post gesendet, die diese an einen kleinen Kreis von Abonnenten weiterleiteten. Als der Dienst 1922 auf Sprechfunk umgestellt wurde, ergriffen die Behörden Maßnahmen, damit die Nutzer keinen Zugriff auf andere Dienste hatten. Die Empfänger wurden von der Post gestellt, die Geräte waren auf die Wellenlänge des Dienstes eingestellt und verplombt.²³

Unter Staatskontrolle

Bredow war nun der Herrscher über den Rundfunk und sorgte während seiner Amtszeit bis zur Machtübergabe an die Faschisten 1933 dafür, dass das neue Medium gegen alle Einflüsse aus der Bevölkerung abgeschottet blieb. Zunächst als Ministerialdirektor und ab 1921 als

Reichsrundfunkkommissar bzw. Staatssekretär für das Telegraphen-, Fernsprech- und Funkwesen sorgte er dafür, dass sich der Staat nicht nur das Recht vorbehielt, Sendeanlagen zu betreiben, sondern dieses auch auf Empfangsgeräte ausgeweitet wurde. Bis 1923 galt in Deutschland ein Verbot für Privatpersonen, Funksendungen zu empfangen. Danach war eine Funkempfangsgenehmigung vorgeschrieben, die an eine Rundfunkgebühr gebunden war, deren Höhe 1924 etwa einem Drittel des durchschnittlichen Monatsgehalts entsprach.

Anmerkungen

1 Hans Bredow: Im Banne der Ätherwellen, Bd. 2, München 1950, S. 177; zit. n. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks (1968), Nr.4, S. 59

2 Hans Bredow: Vier Jahre deutscher Rundfunk, Berlin 1927, S. 11

3 Emil Sax: Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft, Bd. 2 (1920), zit. n. Peter Dahl: Arbeitersender und Volksempfänger, Frankfurt am Main 1978, S. 15

4 Hans Bredow: Der Weg zum Rundfunk, kurzelinks.de/Bredow

5 Marc Montgomery: Canada History: Beginning of radio (maybe), Dec.12, 1901, kurzelinks.de/Canada_Radio

6 Aminharadio: Roberto Landell de Moura, kurzelinks.de/landell

7 Correspondências entre Landell de o U. S.Patent Office – USA, kurzelinks.de/landell_2

8 Manfred Schneider: »An alle, an alle!« – Vor hundert Jahren ging das Radio auf Sendung; in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.1.2020; www.nzz.ch/meinung/radio-geschichte-einer-erfindung-die-optimismus-verbreitete-ld.1535089

9 Funkspruch des Rats der Volkskommissare, 30. Oktober (12. November) 1917; in: Lenin-Werke, Bd. 26, S. 265

10 W. I. Lenin: An M. A. Bontsch-Brujewitsch (5.2.1920); in: Lenin-Werke, Bd. 35, S. 413

11 [Vorwärts, 13. November 1917, S. 1](#)

12 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 3, S. 470 f.

13 Kurt Smettan: »Schwarz Hörer« und »Schwarzsender« – ein Kapitel Klassenkampf im Rundfunk; in: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1972), Nr. 1, S. 59

14 Winfried B. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland, Frankfurt am Main 1965, S. 49

15 Gesetz über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs vom 6. April 1892

16 Britta Kristina Suwelack: Hans Bredow – Ein Leben für den Rundfunk, Mittweida 2009, S. 11, kurzelinks.de/Bredow_2

17 Lerg, a. a. O., S. 52

18 [Berliner Börsen-Zeitung, Abendausgabe, 30.11.1918, S. 5](#)

19 Hans Bredow: Im Banne der Ätherwellen, Bd. 2, Stuttgart 1956, S. 89 f.; zit. n. Lerg, a. a. O., S. 55

20 Konrad Dussel: Deutsche Rundfunkgeschichte, Konstanz 2004, S. 24

21 Artikelüberschrift von Bredows Memoiren »Im Banne der Ätherwellen«;
www.gbv.de/dms/weimar/toc/361214758_toc.pdf. Sein von Gustav Noske unterzeichneter
Mitgliedsausweis der »Freiwilligen-Verbände« ist dokumentiert in: Beiträge zur Geschichte des
Rundfunks (Berlin/DDR), Nr. 3/68, S. Dokument VI

22 Lerg, a. a. O., S. 81

23 Dahl, a. a. O. (Anm. 3), S. 18 f.

»Hört Moskau!«

Serie: Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 2: Die Weimarer Republik

Von André Scheer



Exklusiv bürgerliche Angelegenheit. Das Radio in der Weimarer Republik (Kombiniertes Sende-, Empfangs- und Peilgerät auf der zweiten Großen Deutschen Funkausstellung 1925)

Ein Jahr nach dem Sturz der Monarchie und der Ausrufung der Republik war der revolutionäre Aufbruch des November 1919, als Soldatenräte die Kontrolle über die Funkstationen übernommen hatten, abgewürgt. Der Staat in Gestalt der Reichspost war wieder Herrscher über die Sendeanlagen, die vom Soldatenrat in Königs Wusterhausen gebildete »Zentrale Funkleitung« war zwischen den Ministerien und Interessenverbänden zerrieben worden.

Die Erfahrung des »Funktlerspuks«, wie die bürgerliche Presse die Monate der Doppelherrschaft über das neue Medium bald nannte, bestimmten in den folgenden Jahren und Jahrzehnten den von Misstrauen geprägten Umgang von Regierung und Behörden mit allem, was mit der drahtlosen Kommunikation zu tun hatte. Bis 1923 wurde den Bürgerinnen und Bürgern der Empfang von Funksendungen generell untersagt. Selbst Nachrichtenagenturen durften nur unter großen Restriktionen für sie relevante Meldungen aufnehmen. Zwar nutzten einige von ihnen im Testbetrieb die drahtlosen Dienste der Reichspost zur Verbreitung ihrer Nachrichten, doch selbst in den Redaktionsräumen der Tageszeitungen durften keine Empfangsgeräte aufgestellt werden. Das Reichspostministerium machte gegenüber entsprechenden Anträgen »schwerste Bedenken« geltend, »zumal keinerlei Gewähr dafür geschaffen werden kann, dass den Zeitungen nur bestimmtes Nachrichtenmaterial zugeführt wird und nicht auch andere Nachrichten durchsickern«.¹ In den Redaktionen sorgte das für Unmut, denn in anderen europäischen Staaten wurden zu dieser Zeit bereits »an alle« adressierte sogenannte »CQ-Sendungen« verbreitet. Ein Schlupfloch war nur das *Hollandsch Nieuws-Bureau*, eine Nachrichtenagentur aus den Niederlanden, die in Berlin eine

Niederlassung unterhielt.² Sogar noch kurz vor der offiziellen Freigabe des Funkempfangs und dem Beginn regelmäßiger Rundfunksendungen 1923 gab es in ganz Deutschland nur rund 1.300 genehmigte Empfangsstellen.³

Schwarz Hörer

Die Zahl der »Schwarz Hörer«, die sich nicht um behördliche Verbote scherten, dürfte bereits zu dieser Zeit beträchtlich gewesen sein. Vor allem ehemalige Militärfunker, die ihre Kenntnisse einsetzen konnten, sowie talentierte Bastler verfolgten mit selbstgebaute Empfangsgeräten die Entwicklungen im Äther. Einer von ihnen war der damals noch keine 20 Jahre alte Manfred von Ardenne, der später eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Fernsehens spielen sollte. Als Kind hatte er 1917 in einer Wetterstation in Münster am Stein die vom Eiffelturm in Paris aus gefunkten Morsezeichen hören dürfen. »Der kinderliebe Wetterwart konnte damals nicht ahnen, welch ein zukunftsträchtiges Samenkorn er mit seinem Handeln in das so aufnahmebereite Gehirn eines zehnjährigen Kindes senkte«, schrieb von Ardenne in seiner Autobiographie.⁴ 1921 kaufte sich der von den Naturwissenschaften faszinierte Jugendliche in einem Elektrogeschäft in Berlin billige Bauteile aus Heeresbeständen zusammen und bastelte daraus seinen ersten Detektorempfänger, dem viele weitere und immer leistungsfähigere folgten.

Auch an anderen Stellen scherte man sich kaum um die Verbote der Obrigkeit. Als die Oberpostdirektion Berlin im Dezember 1921 Hausdurchsuchungen bei einer Reihe von Verdächtigen veranlasste, denen der Betrieb »geheimer Funkanlagen« unterstellt wurde, entdeckten die Polizisten in den Gebäuden großer Berliner Verlage insgesamt zwölf Radiogeräte, allein fünf davon beim Dammert-Verlag. Auf eine Beschlagnahmung verzichteten die Beamten. Da es sich bei den »Schwarz Hörern« um »angesehene Presseunternehmen« handelte, nahm man lieber »Rücksicht auf die (...) möglichen politischen Weiterungen«, die das Einziehen der Geräte und etwaige Strafverfolgung hätte haben können.⁵ Soviel Toleranz konnten jedoch nur bürgerliche Medienkonzerne erwarten, gegen linke oder gar revolutionäre Bestrebungen wurde die ganze Macht des Staates eingesetzt, besonders wenn es nicht nur um das Empfangen, sondern um das Senden ging.

In Deutschland wurde der Besitz von Radiogeräten im Privatbesitz erst im Herbst 1923 freigegeben. Ausschlaggebend dafür war letztlich die Einsicht, auch durch Verfolgungsmaßnahmen den Funkempfang nicht verhindern zu können. Statt dessen sollte, wie Hans Bredow in seinen Memoiren einräumt, durch die Verbreitung von Nachrichten und Unterhaltungsprogrammen dafür gesorgt werden, »dass die Hörer kein Interesse mehr an dem Abhören des öffentlichen und militärischen Funkverkehrs«⁶ hätten. Konsequenterweise wurde dieser Ansatz zunächst jedoch nicht. Vielmehr waren die Voraussetzungen für den Erwerb einer Empfangsgenehmigung so kompliziert und teuer, dass sich nur wenige Hörer um eine Legalisierung kümmerten. Am 1. Dezember 1923 waren erst 467 gebührend zahlende Hörer registriert, und ihre Zahl stieg nur langsam. Noch am 5. März 1924, mehr als vier Monate nach Aufnahme des regulären Rundfunkprogramms, beklagte das *Leipziger Tageblatt*, dass in Berlin »derzeit etwas über 500 Teilnehmer des Rundfunks bei der Post angemeldet« seien, die Zahl der sogenannten Schwarz Hörer jedoch »um ein Vielfaches größer« sein dürfte. »Diese ›Schwarz Hörer‹ sind, selbst wenn man von dem entgangenen Gewinn für die Reichskasse absieht, eine öffentliche Gefahr, vor allem deshalb, weil sie vielfach, um nicht zu sagen meist, über Apparate verfügen, die von der

Reichstelegraphenverwaltung nicht zugelassen sind und auch nicht zugelassen werden können, weil sie den Bedingungen für einen geordneten Rundfunkbetrieb nicht entsprechen.«

Zwischen den Zeilen wird deutlich: Es ging weniger um den Verlust von Einnahmen, sondern um die Angst, dass Nutzer die Geräte mit wenigen Handgriffen zu Sendern umbauen und eigene Programme verbreiten könnten. Tatsächlich wird die Zahl nicht genehmigter Sender Mitte der 1920er Jahre auf bis zu 2.000 geschätzt, wobei die meisten von Funkamateuren betrieben wurden, die keine politischen Absichten verfolgten und deshalb auch weitgehend in Ruhe gelassen wurden.

Größeren Einfluss übten die ab 1923 entstandenen »Funkvereine« aus, die zu Jahresbeginn 1924 bereits etwa 15.000 Mitglieder zählten – während nur einige hundert Menschen offiziell registrierte »Rundfunkteilnehmer« waren. Diese durchweg bürgerlichen Klubs schlossen sich zum »Deutschen Funkkartell« zusammen und waren gerngesehene Gäste von Staatssekretär Hans Bredow, der sie als Regulativ gegen radikale Bestrebungen, aber auch als Lobbyisten für den noch immer misstrauisch beäugten Rundfunk schätzte. Mit der ersten vorsichtigen Liberalisierung der Regeln zum Rundfunkempfang ab Mai 1924 wurden die Verbände sogar zu Torwächtern, an denen kein Hörer vorbeikam, der eine Genehmigung erwerben wollte. Die neuen Vorschriften sahen nämlich vor, dass nun auch selbstgebaute Empfänger benutzt werden durften, sofern die Hörerinnen und Hörer eine »Audion-Versuchserlaubnis« erwarben. Notwendig dafür war neben der Entrichtung einer Gebühr der Nachweis technischer Kenntnisse. Die Prüfungen durften nur vom Reichspostministerium anerkannte Vereine abnehmen, in deren Vorständen Beamte der Behörde vertreten sein mussten.

Arbeiterradiobewegung

Aus dem exklusiven Kreis dieser Verbände ausgeschlossen blieben von Anfang an die Arbeiterradioklubs (ARK), die ab 1923 zunächst in Berlin und dann in weiteren Großstädten wie Leipzig, Chemnitz und Hamburg entstanden waren. Das »Funkkartell« verweigerte ihnen die Aufnahme, weil sie sich als Zusammenschlüsse der am Rundfunk interessierten werktätigen Bevölkerung definierten und damit eine »Standesorganisation« seien. Die Reichspost wiederum lehnte die ARK aufgrund ihrer politischen Ausrichtung ab. Von Anfang an musste sich die Arbeiterradiobewegung zudem mit Schikanen, Verfolgungen und Publikationsverboten auseinandersetzen. Als etwa der Berliner Arbeiterradioklub im April 1924 offiziell als eingetragener Verein gegründet wurde, war das für das preußische Innenministerium Grund genug, Ermittlungen gegen die Gründer Ewald Blau, Erich Heintze und Heinrich Farwig aufzunehmen, zumal diese der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) angehörten.

Ebenso wie die Mitglieder der bürgerlichen Funkvereine interessierten sich auch die der Arbeiterradioklubs zunächst vor allem für die technische Seite des neuen Mediums. Zudem ging es ihnen darum, selbst Empfangsgeräte bauen zu können, denn der Kauf fertiger Radios war für die wenigsten erschwinglich. Der Zwang, die selbstgebauten Geräte genehmigen zu lassen, und die Weigerung des »Funkkartells« und der Post, den Arbeiterklubs das Privileg der Prüfungsabnahme zu gewähren, zwang die ARK halb in die Illegalität. Dadurch sei aber »die bürgerliche Gegnerschaft klargestellt und die Notwendigkeit einer völlig selbständigen Arbeiterradiobewegung immer deutlicher erkennbar« geworden, hieß es rückblickend in einer 1926 veröffentlichten Analyse. »Von nun ab kam Kampfstimmung in die Arbeiterradiobewegung. Überall begannen die Gruppen um ihre Unabhängigkeit zu kämpfen.«⁷ Als im Herbst 1925 der Zwang zur Genehmigung von Radiogeräten aufgehoben wurde, verbuchten die Arbeiterradioklubs dies als ersten politischen Erfolg für sich. Die

Zahl der Mitglieder im ARK wuchs von zunächst etwa 3.000 bei der Gründungsversammlung in Berlin bald auf mehrere zehntausend an.

Die Arbeiterradiobewegung kritisierte von Anfang an die von den Rundfunksendern gebotenen Inhalte. Auch fortschrittliche Künstler und Intellektuelle äußerten sich zur Entwicklung des Rundfunks. So wies etwa Kurt Tucholsky unter seinem Pseudonym Ignaz Wrobel 1926 in der *Weltbühne* die Illusion vom »unpolitischen Rundfunk« zurück: »Nun gibt es selbstverständlich nichts Unpolitisches, und man kann darauf schwören, hinter diesem Getue allemal einen Hugenberg-Redakteur, einen mittleren Bürger, einen Patrioten zu finden, der entweder schwindelt oder dem seine Lebensauffassung so zur Natur geworden ist, dass er gar nicht begreift, wie grade sie einen Streitpunkt abgeben kann. So ist's auch mit dem Rundfunk.«

Bei Bertolt Brecht wurde die Faszination von den neuen Möglichkeiten schnell von der Verwunderung darüber abgelöst, wie von ihnen Gebrauch gemacht wurde. »Die Resultate des Radios sind beschämend«, schrieb er 1927 in einem Aufsatz, der zunächst unveröffentlicht blieb. Künftige Generationen würden staunen, »wie hier eine Kaste dadurch, dass sie es ermöglichte, das, was sie zu sagen hatte, dem ganzen Erdball zu sagen, es zugleich dem Erdball ermöglichte, zu sehen, dass sie nichts zu sagen hatte«. Brecht forderte, aus dem Rundfunk »eine wirklich demokratische Sache zu machen«.

Die Realität in Deutschland sah anders aus. Der Rundfunk behauptete von sich zwar, »unpolitisch« und »überparteilich« zu sein, tatsächlich jedoch übte der Staat die entscheidende Kontrolle aus. 1924 hatte sich die Reichsregierung den direkten Zugriff auf die »Drahtloser Dienst AG« (Dradag) gesichert, die als einzige Gesellschaft berechtigt war, die Rundfunksender mit politischen Nachrichten zu beliefern. Die Redakteure wurden vom Reichsinnenministerium ernannt, an der Überwachung der Tätigkeit waren auch die Presseabteilung der Reichsregierung und das Reichspostministerium beteiligt.

Schon zuvor war die KPD aus dem Programm ausgeschlossen worden. Während im Vorfeld der Reichstagswahl im März 1924 das Zentrum, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die SPD täglich über je eine Viertelstunde Sendezeit verfügen konnten, um ihre Programme vorzustellen, wurde dies den Kommunisten verweigert. Das wiederholte sich bei der Präsidentenwahl 1925. Während der von SPD und DDP unterstützte Zentrumspolitiker Wilhelm Marx sowie der ehemalige Reichsfeldmarschall Paul von Hindenburg als Kandidat der deutschnationalen Rechten im Rundfunk sprechen durften, bekam der von der KPD nominierte Ernst Thälmann wegen dessen »Republikfeindlichkeit« keinen Zugang zu den Mikrofonen. Der kommunistische Abgeordnete Ernst Torgler kommentierte das am 29. April 1925 im Reichstag: »Es ist sehr bezeichnend, dass man in der Frage der Kandidatenreden Herrn Marx selbstverständlich Reden durch den Rundfunk gestattet und dass man auch von Herrn Hindenburg selbstverständlich annimmt, dass er auf dem Boden dieser Verfassung steht, trotzdem doch jedes Kind in Deutschland weiß, dass er ein überzeugter Monarchist ist, dass man es aber dem Kommunisten Thälmann natürlich verweigert.« Nötig sei, den Arbeiterradiovereinen das Betreiben eigener Sender zu erlauben.

Einseitige Einrichtung

Auf seiner zweiten Reichskonferenz am 6. und 7. März 1926 erhob auch der Arbeiterradioklub die Forderung nach einem eigenen Sender. »Unser Ziel muss sein, eigene Arbeitersendegesellschaften zu schaffen«, hieß es dazu etwa im Nachrichtenblatt der Kölner ARK-Bezirksgruppe, denn, so die

Begründung, »durch den Rundfunk, der in alle Städte, Dörfer, Häuser, Familien eindringt, bekommt die besitzende Klasse ein neues Mittel in die Hand, euch, eure Frauen und Kinder, kurz die breitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung einseitig in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu erziehen ...«⁸

Selbst Rundfunkkommissar Bredow schrieb 1926 in einem Brief an den ARK, den die Verbandszeitschrift *Der neue Rundfunk* abdruckte: »Jedenfalls können Sie sicher darauf rechnen, dass der Arbeiterradioklub einen oder mehrere Sender bekommt. Die Bedingungen werden jetzt ausgearbeitet.«⁹ Daran erinnerte Torgler den Staatssekretär, als am 25. März 1926 im Reichstag über den Etat des Postministeriums diskutiert wurde. Es sei ein berechtigter Wunsch, »dass der Zusage, die der Herr Staatssekretär Dr. Bredow gemacht hat, auch recht bald die Tat folgen möge«, entweder besondere Sender für die Arbeiter einzurichten oder aber die bestehenden Sender zu verpflichten, den Arbeitern »teilweise, vielleicht getrennt nach Tagen«, Sendezeit zur Verfügung zu stellen. Der Rundfunk, »wie er heute seine Programme auswählt«, sei »eine einseitige Einrichtung für das Bürgertum«.¹⁰

Unmittelbar zuvor hatte Reichspostminister Karl Stingl allerdings erklärt, dass man die geforderte Einrichtung »besonderer Arbeiterrundfunksender zur Verbreitung einer bestimmten Weltanschauung (...) grundsätzlich ablehnen« müsse, weil es notwendig sei, dass die Post als »Anstalt des öffentlichen Vertrauens« von politischen Einflüssen »losgelöst« bleibe.¹¹ Bredow verfolgte die Debatte von der Regierungsbank aus, ohne sich zu äußern. Tatsächlich hatte er in seinem Brief offenbar keinen Rundfunksender gemeint, sondern eine Kurzwellenversuchsstation, wie ihn auch die bürgerlichen Vereine und Amateurfunker anstrebten. Allerdings blieb sein Schreiben so oder so ein leeres Versprechen, denn der Arbeiterradioklub und seine Nachfolgeverbände erhielten nie einen eigenen Sender. Noch 1929 erklärte Stingls Nachfolger Georg Schätzel, der wie ersterer der Bayerischen Volkspartei angehörte, dass die Verhandlungen mit dem Reichsinnenministerium über eine Freigabe der Kurzwellensender »leider« noch nicht abgeschlossen seien.

Die parteiübergreifende Arbeiterradiobewegung war zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits zerbrochen, und ein zentraler Grund dafür war gerade die Forderung nach einem eigenen Sender. Der ab 1928 als Reichsinnenminister amtierende Sozialdemokrat Carl Severing hatte zwar nichts dagegen einzuwenden, wenn seine Genossen oder auch bürgerliche Kräfte als Amateurfunker den Umgang mit der neuen Technik ausprobierten, aber den Kommunisten und anderen linken Kräften wollte er den Zugang versperren, weil diese eine Gefahr für die innere Ordnung seien.

Severings Ausweg war die Spaltung des Arbeiterradiobundes (ARB), wie sich die ARK seit 1928 nannten. Sein Plan war, Sendelizenzen nur an Funkervereinigungen auszugeben, deren politische Loyalität gegenüber der Reichsregierung klar sei. Bei der dritten Reichskonferenz der Arbeiterradioklubs im März 1927 war es dem sozialdemokratischen Flügel gelungen, mit einer knappen Mehrheit die Führung im Vorstand zu übernehmen und den bisherigen kommunistischen Vereinsvorsitzenden Wilhelm Hoffmann durch das SPD-Mitglied Curt Baake zu ersetzen. Baake war bis zu diesem Zeitpunkt nicht einmal Mitglied der ARK gewesen und musste erst in den Verband aufgenommen werden. Er erwies sich aber als treuer Gefolgsmann der sozialdemokratischen Rundfunkpolitik.

SPD gegen KPD

Anfang 1928 benannten sich die ARK in »Arbeiterradiobund Deutschlands« (ARBD oder ARB) um. Das sollte deutlich machen, dass man inzwischen den Status einzelner »Klubs« verlassen und

eine stabile Organisation aufgebaut hatte. Viele Mitglieder des ARB begrüßten, dass die SPD nach der Reichstagswahl im Mai 1928 in einer Koalition mit liberalen und konservativen Parteien zurück in die Regierungsverantwortung kam. Unter dem sozialdemokratischen Reichsinnenminister Severing, der auch für den Rundfunk und dessen Zensurinstanzen zuständig war, müssten doch Reformen der bisherigen Strukturen möglich sein. Nur wenige Wochen nach dem Amtsantritt des neuen Kabinetts, im August 1928, legte der Vorstand des ARBD einen Programmentwurf vor, in dem sich diese Illusion widerspiegelte: »Entscheidend für den Einfluss der Arbeiterklasse auf die Sender ist ihre politische Macht. Ist diese Macht stark genug, so vermag sie auch den bestehenden Rundfunk in seiner Gesamtheit so zu ändern, dass in allen Rundfunkstellen, einschließlich der Sendeleitungen, die Vertreter der Arbeiterschaft die gebührende Einwirkung ausüben.«¹²

Das stieß prompt auf Widerspruch des linken Flügels. Eine Mitgliederversammlung des Berliner Ortsvereins, der fünf Jahre zuvor die Keimzelle der Arbeiterradiobewegung in Deutschland gewesen war, wies den Entwurf des Vorstandes zurück: »Die Versammlung lehnt die Auffassung ab, wonach durch persönliche Beeinflussung und Verhandlungen mit einzelnen amtlichen Stellen und Ministerialräten das Rundfunkprogramm geändert werden kann. Nur die einheitliche Kampffront aller Arbeiterhörer unter Führung des ARB wird in der Lage sein, Schritt für Schritt die Forderungen der Arbeiterklasse zu verwirklichen.«¹³

Die Spaltung des Arbeiterradiobundes verfestigte sich bei der vierten Reichskonferenz des ARBD, die im September 1928 parallel zur Funkausstellung in Berlin stattfand. Der linke Flügel ging aus ihr geschlagen hervor, der neue Vorstand war nun nahezu komplett in der Hand der Sozialdemokraten. Überschattet wurden die innerverbandlichen Auseinandersetzungen durch eine Aktion der Kommunisten. Am 6. Oktober 1928 sollte Wolfgang Schwarz, Redakteur des SPD-Organs *Vorwärts*, im Rundfunk über »Probleme der Friedenssicherung« referieren. Abgeholt wurde er mit einem Auto, auf dem die Worte »Gästewagen der Funkstunde AG« geschrieben waren. Am Steuer saßen jedoch Mitglieder der KPD, die mit dem Journalisten Berlin verließen und ihn nach Groß-Ziethen in Brandenburg brachten, wo sie ihn unverletzt freiließen. An seiner Stelle erschien im Studio Karl Schulz, der für die KPD im Preußischen Landtag saß und die damals gerade laufende Kampagne gegen den Panzerkreuzerbau koordinierte. Live auf Sendung erklärte er: »Das Volksbegehren, der Volksentscheid ist eine Sammlung der Massen gegen den Imperialismus und seine Kriegspläne. Der *Vorwärts*-Redakteur Herr W. Schwarz sollte heute an dieser Stelle sprechen. Die KPD hat seine Rede jedoch abgesetzt, weil es wichtiger ist, die Arbeitenden Deutschlands über das Volksbegehren zu informieren.«¹⁴ Die SPD schäumte vor Wut.

Zum offenen Bruch führte schließlich die Auseinandersetzung um die Zeitschrift der Berliner Ortsgruppe des ARB. Die hatte lange ein einfaches Mitteilungsblatt unter dem Titel *Der aktive Radiogenosse* herausgegeben. 1929 benannten die Berliner das Blatt in *Unser Sender* um, füllten es mit mehr Inhalt und begannen, es weit über Berlin hinaus zu verbreiten. Der Vorstand des ARB verlangte von der Berliner Gruppe, die Zeitschrift wieder einzustellen, da sie dem Verbandsorgan *Arbeiterfunk* Konkurrenz mache und Anzeigenkunden abwerbe. Als das von den Berlinern zurückgewiesen wurde, beschloss der ARB-Vorstand Anfang Mai 1929, ein Ausschlussverfahren gegen alle 20 Mitglieder des Berliner Gruppenvorstandes einzuleiten. Dieses führte dann schließlich einen Monat später zum Ausschluss von 18 Mitgliedern. Zudem ließ der Vorstand der Gruppe gerichtlich untersagen, sich weiterhin »Bezirk Berlin des ARB« zu nennen.

Die Kommunisten entschieden daraufhin, sich als eigenständige Organisation unter dem Namen »Freier Radiobund Deutschlands« (FRBD) zu konstituieren. In einer am 11. September 1929 in

Berlin veröffentlichten Erklärung rief man »alle klassenbewussten Freunde der Arbeiterradiobewegung auf, mit in unseren Reihen gegen Saboteure des proletarischen Kampfes um den Rundfunk aktiv mitzuarbeiten. Die Schaffung des FRB ist die logische Folge der frivolen Spaltung der sozialdemokratischen Organisationszerstörer.«¹⁵ Die Losung des Freien Radio-Bundes war: »Vergiss es keinen Tag, Prolet, dass hinter deinem Funkgerät, ob Spiel, ob Ernst, von früh bis spät der Gegner deiner Klasse steht.«

Roter Sender an rotes Berlin

1932 eröffnete sich für den linken Flügel der Arbeiterradiobewegung eine Alternative, denn *Radio Moskau* nahm deutschsprachige Sendungen auf. Der sowjetische Rundfunk hatte für viele Aktivisten von ARB und FRB einen Vorbildcharakter, denn zunächst hatte das neue Medium im revolutionären Russland mit neuen Formen und Inhalten experimentiert und den einfachen Menschen des Landes eine Stimme gegeben. In der Wahrnehmung des Freien Radiobundes nahm der Moskauer Gewerkschaftssender, wie das sowjetische Programm in deutscher Sprache bis weit in die 1930er Jahre hinein meist genannt wurde, zusehends die Rolle ein, die man sich von einem eigenen Arbeitersender versprochen hatte. Mit Wandparolen wurde aufgerufen: »Hört Moskau!«, der FRBD veröffentlichte in seiner Zeitschrift die Programmpläne von *Radio Moskau* und gab Broschüren mit Anleitungen heraus, wie man auch einfache Empfangsgeräte so verbessern konnte, dass Moskau zu kriegen war. Schließlich wurden sogar Sendungen des sowjetischen Rundfunks bei Kundgebungen über Lautsprecherwagen des FRBD verbreitet.

Was für die einen die Hoffnung war, nun doch im fortschrittlichen Sinne auf die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland einwirken zu können, sorgte bei den anderen für Unruhe. Die Reichsregierung befasste sich wiederholt mit der Frage der deutschsprachigen Sendungen aus Moskau und versuchte auf diplomatischem Wege (erfolglos), die »Einmischung in die inneren Angelegenheiten« zu beenden. Zeitweilig wurden Störsender auf die Frequenzen des Moskauer Senders gelegt, doch als die Sowjetunion ihrerseits begann, den *Deutschlandsender* zu überlagern, beendete man dieses Experiment. Statt dessen versuchte man, über spezielle Sendungen im deutschen Rundfunk die sowjetische Propaganda zu entkräften.

Die Aktivisten des Freien Radiobundes beließen es aber nicht dabei, auf den sowjetischen Rundfunk auszuweichen. Immer wieder kam es auch zu Protestaktionen gegen die als zynisch empfundenen Programme der deutschen Sender. Diese referierten zum Beispiel über »Karpfen und Gans, ein edler Wettstreit«, während Millionen Menschen arbeitslos waren und hungerten. Als in Berlin aus dem Café Wien Tanzmusik übertragen wurde, unterbrachen vier Erwerbslose die Sendung mit Rufen »Gegen die Reichen! Für die Armen!«

Schließlich griff man zur Selbsthilfe und baute sich selbst den Sender, den die Arbeiterbewegung so lange gefordert hatte. Im Dezember 1932 meldete sich abends mehrfach der »Rote Sender an das Rote Berlin«: »Die Knebelung unserer Presse, Außerbetriebsetzung unserer Rotationsmaschinen, die Verbote unserer Versammlungen haben uns gezwungen, uns auf diesem Wege Gehör zu verschaffen. Keine Knebelung der Presse, kein Redeverbot, keine Rundfunksperre können uns abhalten, regelmäßig zu gegebenen Zeiten unsere Meinung in die Lautsprecher der werktätigen Hörer zu funken.«¹⁶

Anmerkungen

- 1 Winfried B. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Frankfurt am Main 1965, S. 105
- 2 Ebd., S. 104
- 3 Hans Bredow: Im Banne der Ätherwellen, Bd. 2. Stuttgart 1956, S. 189
- 4 Manfred von Ardenne: Ein glückliches Leben für Technik und Forschung. Frankfurt am Main 1976, S. 40
- 5 Lerg, a. a. O., S. 156
- 6 Bredow, a. a. O., S. 202
- 7 Zit. nach: Klaus-Michael Klingsporn: Die Einführung des Rundfunks in Deutschland und die Reaktion der organisierten Arbeiterradiobewegung auf das neue Medium. Berlin (West) 1988, S. 47
- 8 Nachrichtenblatt ARK Bezirksgruppe Köln am Rhein, ohne Datum; zit. nach: Horst Hanzl: Der Rundfunk der Weimarer Republik als Klasseninstrument der Bourgeoisie und der Kampf der Arbeiterklasse um das Mitbestimmungsrecht. Leipzig 1961, S. 70 f.
- 9 *Der neue Rundfunk*, Jg. 1, Nr. 3, 18.4.1926; zit. nach: Peter Dahl: Arbeitersender und Volksempfänger. Frankfurt am Main 1978, S. 44
- 10 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 389 (1924). Berlin 1926, S. 6688
- 11 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 389 (1924). Berlin 1926, S. 6665
- 12 Zit. nach: Klingsporn, a. a. O., S. 91
- 13 Zit. nach: Ebd., S. 96
- 14 Peter Dahl, a. a. O., S. 57
- 15 Zit. nach: Hanzl, a. a. O., S. 81
- 16 Peter Dahl, a. a. O., S. 80

»Trotz Gestapo!«

Serie Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 3.1: Im Kampf gegen den Faschismus

Von André Scheer



Arische Wellen. Der »Nazirundfunkdiktator« Erich Scholz in einer Karikatur des Simplicissimus vom September 1932

Eine »Machtergreifung« der Nazis im Rundfunk war 1933 nicht notwendig. Auch wenn die Übernahme der Regierungsgewalt durch Hitler im Radio mit einer pathetischen Übertragung des Fackelmarsches der SA am 30. Januar zelebriert wurde und die neuen Machthaber sofort darangingen, Führungsposten mit treuen Gefolgsleuten zu besetzen – der Boden für die faschistische Gleichschaltung war schon Monate zuvor bereitet worden.

Die Weimarer Republik hatte schon seit den ersten Rundfunksendungen peinlich genau darauf geachtet, den Einfluss des Staates auf das junge Medium zu bewahren. Kontrollausschüsse, in denen Vertreter von Reich und Ländern vertreten waren, wirkten als staatliche Zensurinstanzen. Unter Reichskanzler Franz von Papen wurde die Unabhängigkeit der Sender dann komplett beseitigt. Nur zwei Wochen nach seiner Ernennung durch Reichspräsident Paul von Hindenburg wurden alle deutschen Rundfunksender per Erlass vom 11. Juni 1932 verpflichtet, eine »Stunde der Reichsregierung« auszustrahlen, in der ohne redaktionelle Mitbestimmung politische Verlautbarungen verbreitet werden konnten.¹

Nazirundfunkdiktator

Als nächster Schritt wurde dann im August 1932 mit Erich Scholz erstmals ein NSDAP-Mitglied zum neuen Rundfunkkommissar des Reichsinnenministeriums ernannt. Über mehrere Tage vermied das Ministerium eine offizielle Bestätigung der Personalie, was die SPD-Zeitung *Vorwärts* süffisant

kommentierte: »Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, dass schon aus den Besprechungen der Reichsregierung mit den Nationalsozialisten über eine Tolerierung des Kabinetts Herr Scholz als Rundfunkdiktator hervorgegangen ist. Seine amtliche Ernennung zum Reichsrundfunkkommissar wäre wohl auch längst bekanntgegeben, wenn nicht der offizielle Übertritt des ehemaligen Volksparteilers, dann Deutschnationalen Erich Scholz zu den Nationalsozialisten der Freierregierung ungelegen gekommen wäre, weil er allzu deutlich in die Untergründe dieses Rundfunkhandels hineinblicken lässt.«² Tatsächlich war Ministerialrat Scholz erst wenige Tage zuvor von der DNVP zu den Nazis übergetreten.

Die Rote Fahne, das Organ der KPD, warnte am 13. August 1932 vor dem »Faschismus im Äther« und kommentierte »die ersten Taten des Nazirundfunkdiktators«. Dieser habe das Medium zu einem »der wichtigsten Propagandainstrumente des Faschismus« gemacht: »Noch nie ist der Rundfunk trotz aller entsprechenden demokratischen Kulissen arbeiterfreundlich gewesen, aber erst unter der jetzigen Junkerregierung wurde ganz offiziell der Ausnahmezustand gegen die Kommunistische Partei im Rundfunk erklärt – wurde die revolutionäre Arbeiterschaft vollkommen vom Rundfunk ausgeschlossen und den Nazibanditen das Mikrophon schrankenlos zur Verfügung gestellt.«³

Unter Scholz' Führung wurden die schon seit mehreren Jahren vorbereiteten Pläne für eine »Neuordnung des Rundfunks« in die Tat umgesetzt. Mit ihrem Inkrafttreten am 18. November 1932 wurde die direkte Verstaatlichung des Mediums besiegelt. Alle regionalen Rundfunkgesellschaften wurden in der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG) zusammengefasst, deren Anteile zu 51 Prozent bei der Reichspost und zu 49 Prozent bei den Ländern lagen.⁴ Die Kontrolle über das Medium übten zwei Rundfunkkommissare aus: Hans Bredow war als Vertreter des Postministeriums für Organisation, Wirtschaft und Technik zuständig, während Scholz selbst im Auftrag des Innenministeriums das Programm kontrollierte. Ein öffentlicher Protest Bredows gegen das Vorgehen Scholz' ist nicht bekannt – auch nicht, als dieser begann, Rundfunkmitarbeiter aus politischen oder rassistischen Gründen zu entlassen. Die Satirezeitschrift *Simplicissimus* veröffentlichte damals eine Karikatur, auf der Scholz die Worte in den Mund gelegt wurden: »Meine Herren, sorgen Sie dafür, dass ab morgen statt der Hertzchen Wellen rein arische Wellen verwendet werden. Ich habe erfahren, dass Hertz einen jüdischen Vater hatte!«⁵

So fiel den Nazis die volle Kontrolle über den Rundfunk direkt am Tag der Machtübertragung an Hitler in den Schoß. Auch wenn sich der Chef des von den Nazis kontrollierten Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer, Eugen Hadamovsky, später eine Legende bastelte, nach der er am 30. Januar 1933 mit einer »Garde der ältesten Kämpfer« die Studios besetzt habe, steckte hinter der unterwürfigen Liveübertragung des von den Nazis an jenem Tag organisierten Fackelmarsches ein normaler bürokratischer Vorgang. Sie wurde beim politischen Überwachungsausschuss beantragt und genehmigt, Personal und Ausrüstung für die Reportage wurden regulär dienstlich gestellt.⁶

Der Widerstand gegen den Faschismus kam auch im Rundfunk meist von außen. So gelang es am 15. Februar 1933 vier jungen Kommunisten, die Übertragung einer Rede Hitlers in der Stuttgarter Stadthalle zu sabotieren. Während zwei von ihnen – Wilhelm Bräuninger und Eduard Weinzierl – das Wachpersonal ablenkten, kletterte Alfred Däuble auf die Schulter seines Freundes Hermann Medinger und durchtrennte mit einer Axt das in vier Metern Höhe angebrachte Übertragungskabel. Die vier Männer konnten zunächst unerkannt entkommen, wurden aber ein Jahr später infolge einer Denunziation verhaftet und zu Haftstrafen von bis zu zwei Jahren verurteilt.⁷

Unter Verdacht, in die Sabotageaktion verwickelt zu sein, geriet zunächst auch der Leiter der technischen Abteilung der Süddeutschen Rundfunk AG, Rudolf Formis. Möglicherweise deshalb versuchte er eilig, seine Treue zum neuen Regime zu beweisen. Am 7. März 1933 – zwei Tage nach der Reichstagswahl – beteiligte er sich in SA-Uniform an der Besetzung des Funkhauses in Stuttgart und begrüßte in einer Rede die Übernahme der Kontrolle über den Sender durch die Faschisten. Den neuen Machthabern erschien sein Auftritt in Uniform und mit umgeschnallter Pistole aber suspekt. Nachdem auch noch bekannt wurde, dass Formis jüdische Vorfahren hatte, wurde er einige Tage inhaftiert. Nach seiner Freilassung floh er aus Deutschland und lernte in Prag Otto Strasser kennen. Dieser hatte bis 1930 an führender Stelle der NSDAP angehört, die Partei aber nach einem Richtungsstreit mit Hitler und Goebbels verlassen und eine eigene Partei, die »Schwarze Front«, gegründet. Nach deren Verbot am 15. Februar 1933 emigrierte Strasser zunächst nach Wien und anschließend nach Prag.

Anschlag in der CSR

Formis schloss sich der illegal gewordenen »Schwarzen Front« an und übernahm den Vertrieb der von Strasser herausgegebenen Zeitung *Die deutsche Revolution*. Wahrscheinlich ab September 1934 betrieben Formis und Strasser zusammen von Prag aus einen illegalen Rundfunksender, der sich als *Landschaftssender Berlin der Schwarzen Front* meldete und vorgab, in der deutschen Hauptstadt zu stehen. Tatsächlich war der selbstgebaute Sender im Dachgeschoss des Hotels »Zahori« im gut 30 Kilometer von Prag entfernten Slapy nad Vltavou versteckt. Dort bereitete Formis im Alleingang die täglichen Sendungen vor, zu denen Strasser den Kommentar beisteuerte. Teilweise wurden Strassers Beiträge offenbar auch in der tschechoslowakischen Hauptstadt auf Schallplatte gesprochen, die Formis dann mehrfach abspielen konnte.⁸

Die Nazis erkannten schnell, dass der Schwarzsender nicht in Berlin, sondern in der Tschechoslowakei stand. Zudem konnte Formis anhand seines starken schwäbischen Dialekts identifiziert werden. Nachdem diplomatische Interventionen bei den Prager Behörden erfolglos geblieben waren, schickte Gestapo-Chef Reinhard Heydrich drei Agenten, um den Sender zum Schweigen zu bringen. Alfred Naujocks, Werner Göttsch und Edith Kersbach reisten als Touristen getarnt in das Nachbarland. Angeblich lautete ihr Auftrag, Formis zu entführen und ihn lebend nach Berlin zu bringen, während der Sender zerstört werden sollte. Was jedoch am 23. Januar 1935 in Formis' Hotelzimmer genau geschah, ist nie vollständig aufgeklärt worden. Offenbar drangen Naujocks und Göttsch damals in das Zimmer ein, und übergossen ein dort stehendes Gerät, das sie für den Sender hielten, mit Säure. Dabei wurden sie von Formis überrascht, es kam zu einem Handgemenge, Schüsse fielen, Formis wurde tödlich getroffen. Die Attentäter entkamen nach Deutschland, wurden von Heydrich belobigt und mit Urlaub belohnt.⁹ Das Gerät, das sie zerstört hatten, war allerdings nicht der Sender gewesen, sondern ein Empfangsgerät. Der Sendeapparat ist heute im Besitz des Technischen Nationalmuseums in Prag. Formis' Mörder wurden für ihre Tat nie belangt. 1966 übermittelte das tschechoslowakische Justizministerium den westdeutschen Behörden einen ausführlichen Strafantrag wegen Mordes gegen Naujocks, der unbehelligt in Hamburg lebte.¹⁰ Zu einer Verurteilung kam es jedoch nicht, der Naziagent starb am 4. April 1966.

Mit dem Mord hatten die Nazis ihr Ziel erreicht, der Schwarzsender schwieg. Strasser selbst versuchte später nur noch von Südamerika aus, seine Positionen über den Rundfunk zu verbreiten. Dort betrieben Gefolgsleute seit 1935 in Uruguay einen nach Europa gerichteten Kurzwellensender *Pampero* und einen für deutschsprachige Hörer in Südamerika bestimmten Langwellensender

Lasso. Die Wirkung blieb aber gering. Das Reichsluftfahrtministerium stellte fest, dass die dreimal wöchentlich ausgestrahlten Sendungen »zu schwach und amateurhaft« seien, um in Deutschland gehört werden zu können.¹¹

Für Antifaschisten in Deutschland waren die Sendungen der »Schwarzen Front«, sofern sie davon überhaupt wussten, nur von geringem Nutzen – weil Strasser und seine Leute zwar Nazigegner, aber eben keine Antifaschisten waren. Für Anhänger der in die Illegalität getriebenen KPD oder anderer linker Bewegungen lag es näher, die Sendungen von *Radio Moskau* zu hören, das seit 1929 Programme in deutscher Sprache verbreitete. So nutzte am 26. August 1934 eine Gruppe der Roten Studenten, die im Untergrund Widerstand leistete, die Große Deutsche Funkausstellung in Berlin, um mit einer spektakulären Aktion auf den »Feindsender« hinzuweisen. Auf einem blumengeschmückten Balkon oberhalb der Ausstellungshalle versteckten sie einen zeitgesteuerten Sprengsatz, der mit Hunderten Sternen aus Seidenpapier gefüllt war, auf denen der Slogan »Achtung! Rotfunk und Rote Studenten schalten um auf Moskau« stand. Gegen 17.30 Uhr explodierte die Blechbüchse und die Flugblätter verteilten sich über die dichtgedrängte Besuchermenge. Trotz intensiver Fahndung konnte die Gestapo die Urheber nicht dingfest machen.¹²

Doch schon das Einschalten des Moskauer Rundfunks war gefährlich, obwohl das Abhören ausländischer Sender von den Nazis erst unmittelbar nach dem Überfall auf Polen 1939 offiziell verboten wurde. Schon kurz nach der Machtübernahme wurde das kollektive Abhören kommunistischer Rundfunkstationen als »Vorbereitung zum Hochverrat« unter Strafe gestellt. In einem internen Rundschreiben des Postministeriums hieß es unter Berufung auf ein Urteil des Volksgerichtshofs: »Ob auch das Anhören des Moskauer Senders unter den Tatbestand der Vorbereitung zum Hochverrat fällt, ist vor allem Frage der inneren Tatseite. Der Vorsatz des Hörers muss hierbei irgendwie darauf gerichtet sein, die Ziele der KPD zu fördern. (...) Eine Förderung der Ziele der KPD liegt an sich aber auch schon dann vor, wenn sich der Hörer des Moskauer Senders auf diese Weise nur selbst in seiner kommunistischen Gesinnung festigen, seine Kenntnis der Umsturztaktik der KPD erweitern und damit ihre revolutionäre Stoßkraft stärken will.«¹³

Was anderes hören

Trotzdem fanden die Sendungen aus Moskau ihre Hörer, wie auch die von der Exilführung der SPD herausgegebenen »Deutschland-Berichte« wiederholt feststellten. So hieß es am 10. Januar 1935 in einem Report aus Niederschlesien: »In einem Fall wollte sich unser Vertrauensmann verabschieden, da sagt der Gutsbesitzer: ›Bleiben Sie noch, in einer halben Stunde kommt der Moskauer Sender‹. Unser Freund ist erstaunt und versichert, dass er Moskau noch nie gehört habe. Darauf der Gutsherr: ›Gott, man will doch auch mal was anderes hören.‹ Auf Nachfrage ergänzt er, dass er mit dieser Methode keine unrühmliche Ausnahme unter seinen Kollegen sei.«¹⁴ Am 19. August 1935 informierten die »Deutschland-Berichte« über den Werkmeister einer westpreußischen Schuhfabrik, der fristlos entlassen worden sei, weil er den Moskauer Sender gehört habe. »Seine Klage wurde vom Arbeitsgericht Marienwerder als unbegründet abgewiesen, da ›schon das planmäßige Abhören derartiger Sendungen das Vertrauensverhältnis zwischen dem Gefolgschaftsmitglied und dem Führer des Betriebes so erschüttert, dass diesem die Weiterbeschäftigung nicht zugemutet werden kann.«¹⁵ Und 1936 notiert ein Berichterstatter frustriert aus Nordwestdeutschland: »Da und dort auch im Bürgertum vereinzelter passiver Widerstand, aber keine Spur einer einheitlichen Linie, keinerlei aktiver Wille. Man wartet auf die Arbeiterschaft und sieht trotz der Wünsche, das jetzige

System vernichtend zu treffen, diesen Aktionen der Arbeiterschaft mit wenig Freude entgegen. Diese zwiespältige Haltung hat ihre Ursache darin, dass sich sowohl die Propaganda des Systems wie die einzige von außen bemerkbare Gegenpropaganda in der Alternative treffen: Faschismus oder Bolschewismus. Gerade das Bürgertum, das meist bessere als Volksempfänger-Radioapparate besitzt, hört sehr eifrig Moskau und ist bereit, aus der alltäglichen eigenen Erfahrung heraus alles zu glauben, was von dort mitgeteilt wird. (...) Immer wieder wird gegen die westeuropäischen Demokratien der Vorwurf erhoben, warum sie das Land ausschließlich der faschistischen und bolschewistischen Propaganda überlassen.«¹⁶

Die »westeuropäischen Demokratien« hielten sich zumindest bis Kriegsbeginn tatsächlich weitgehend zurück, wenn es darum ging, über den Rundfunk auf die deutsche Bevölkerung einzuwirken. Die *BBC London*, die später zur wichtigsten ausländischen Informationsquelle aufsteigen sollte, nahm erst im September 1938 deutschsprachige Sendungen auf. Einen gewissen Einfluss zumindest im Südwesten hatten *Radio Strasbourg* aus Frankreich, das bereits seit 1930 deutschsprachige Programme verbreitete, die sich offiziell nur an die Bevölkerung in Elsass-Lothringen richteten, sowie die von Paris aus arbeitende *Radiodiffusion Française*. In den Sendungen aus der französischen Hauptstadt kamen ab 1936 auch Emigranten zu Wort, für die – als Reaktion auf die französische Niederlage bei der Saarabstimmung 1935 – eine spezielle Redaktion eingerichtet wurde, die Einfluss auf die deutsche Bevölkerung nehmen sollte. In Deutschland wurden die Sendungen viel gehört, allerdings führten schwerwiegende politische Fehleinschätzungen, falsche Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse in Nazideutschland sowie die permanente Beschönigung der französischen Positionen nach Ansicht des Rundfunkhistorikers Conrad Pütter zu einem »publizistischen Debakel«, das letztlich der Glaubwürdigkeit der französischen Sender erheblich geschadet habe.¹⁷

Auch die deutschsprachigen Rundfunksender aus der Tschechoslowakei fanden Hörer im »Reich«, vor allem in Sachsen. Die Tschechoslowakei hatte erst 1936 mit der Verbreitung von Auslandssendungen begonnen, zuvor waren fremdsprachige Sendungen nur gelegentlich im Rahmen der Inlandsprogramme verbreitet worden. In den ersten Jahren bestanden die Sendungen überwiegend aus Musik, die von Ansagen und Nachrichten in mehreren Sprachen unterbrochen wurden. Auch nach einer Ausweitung der Sendezeiten im ersten Halbjahr 1938 auf neun Stunden täglich machte Musik rund drei Viertel des Inhalts aus. Die Programme für Europa begannen stets mit Nachrichten in tschechischer Sprache, gefolgt von einem halbstündigen Musikprogramm, dann deutschen Nachrichten, einer »Vorlesung« in Englisch, Deutsch oder Französisch sowie, nach einer erneuten halbstündigen Musikunterbrechung, Nachrichten in französischer und englischer Sprache.¹⁸ Nach Einschätzung der Exil-SPD fand besonders das Programm des erst 1938 gestarteten *Senders Melnik* Hörer in Deutschland: »Für die Aufklärung über die wahre Lage in der Tschechoslowakei kommt dem neu errichteten *Sender Melnik* bei Prag eine besondere Bedeutung zu. (...) Er wird von den Arbeitern verhältnismäßig viel gehört. Dieser Sender hat den Vorteil, dass er gut zu hören ist, täglich dreimal Nachrichten durchgibt und nicht gestört wird. Die Arbeiter sagen: ›Wenn wir von der Arbeit heimkommen, sind wir derartig müde, dass wir kaum in der Lage sind, zu warten, bis der *Sender Strassburg* deutsche Nachrichten bringt oder die Moskauer Sendungen kommen, die ja immer stark gestört werden.« (...) Man wünscht noch mehr aufklärende Vorträge und eine entschiedeneren Stellungnahme gegen die lügenhaften Meldungen der Goebbelschen Propaganda.«¹⁹

Nur schwer in Deutschland zu empfangen waren dagegen die Rundfunksender der spanischen Regierung und der diversen republikanischen Organisationen. Mit Beginn des Bürgerkriegs und der Intervention durch die deutschen Faschisten verbreiteten der offizielle Auslandssender *La Voz de España Republicana* (Die Stimme des republikanischen Spaniens) aus Madrid – dessen Auslandssendungen von Kurt Hager geleitet wurden –, der Sender der katalanischen Regionalregierung *Generalitat* aus Barcelona sowie die Sender der verschiedenen Linksparteien auch Sendungen in deutscher Sprache. Oft standen deutsche Interbrigadisten an den Mikrofonen, die über ihren Kampf sprachen. Zu hören waren sie aufgrund der schwachen Leistung und der massiven Störungen durch deutsche Sender im Zielgebiet allerdings kaum. Die Programme richteten sich deshalb letztlich oft eher an die eigenen Genossen in den Internationalen Brigaden und an die faschistischen Söldner der »Legion Condor«. So kommt denn auch Dimitri Agüero in einer ausführlichen Studie über die Rolle des Rundfunks im Spanischen Bürgerkrieg hinsichtlich der Auslandssendungen zu dem ernüchternden Schluss: »Die Wirkung der Radiosendungen auf die ausländische öffentliche Meinung war begrenzt. Die Sendungen waren kurz und hatten nicht die notwendige Stärke, um einen Effekt zu erzielen, der den Verlauf der Geschichte hätte ändern können.«²⁰

Stimme der KPD

All diese ausländischen Sender hatten für die Hörer in Deutschland ohnehin den Nachteil, dass sie klar erkennbar die Stimmen fremder Regierungen waren. Deshalb weckte das Auftauchen eines von Deutschen betriebenen und (den Mutmaßungen nach) in Deutschland stehenden antifaschistischen Senders besondere Begeisterung.

Ab dem 10. Januar 1937 war auf der Kurzwelle 29,8 Meter (10.060 kHz) – und damit direkt neben der Frequenz des Berliner *Deutschlandsenders* ein neuer Sender zu empfangen, der offenkundig nicht unter Kontrolle der Nazis stand. Die Sendungen begannen mit den ersten Takten der »Internationale«, dann folgte die Ansage: »Achtung, Achtung! Hier spricht der antifaschistische Sender, die Stimme der Kommunistischen Partei Deutschlands! Trotz Gestapo!«²¹

Gut einen Monat später berichtete die in Paris erscheinende *Deutsche Volks-Zeitung* erstmals: »Aus allen Teilen des Reiches kommen seit geraumer Zeit Nachrichten, dass eine kommunistische Radiostation jeden Tag zwischen 22 Uhr und 23 Uhr sendet. Gestern konnte ich mich selbst davon überzeugen. Unter anderem wurde ein Aufruf von Heinrich Mann an die deutschen Mütter durchgegeben und ein Appell an die Jugend, sich nicht für den blutigen Franco nach Spanien anwerben zu lassen. Der Ansager kündigte an, dass er am folgenden Tag wieder Punkt 22 Uhr senden würde. Zum Schluss wurde die Internationale auf Schallplatte gespielt. (...) Bemerkenswert ist, dass die Gestapo bisher sich noch nicht zu diesem Geheimsender geäußert hat, trotzdem er unter der arbeitenden Bevölkerung bereits Stadtgespräch ist.«²²

Die Wirkung sei »wahrhaft sensationell« gewesen, notierten auch die »Deutschland-Berichte« der Exil-SPD in ihrer Ausgabe vom 8. Mai 1937. »Was der Sender sagt, ist dabei gar nicht so sehr wichtig, sondern viel wichtiger ist die Tatsache seines Auftretens überhaupt. (...) Dazu wird herumgeraten, wo der Sender stehen mag. Die meisten vermuten ihn tatsächlich in Deutschland und freuen sich, dass ›sie ihn immer noch nicht haben‹.« Der Sender habe »die Nazis in helle Aufregung versetzt«. Sie hätten alle Einrichtungen der Telefunken »geradezu verrückt gemacht«, damit sie den Kurzwellsender endlich anpeilen können. In einem Bericht aus Bayern heißt es in derselben Ausgabe: »Ich arbeite in einem großen (...) Verarbeitungsbetrieb. Ende März gab es unter der

ganzen Belegschaft keinen Menschen mehr, der nicht von der Existenz dieses Senders wusste. Eines Tages stand sogar im Pissoir mit Bleistift an die Mauer geschrieben: »Hört jeden Tag um 10 die Welle 29,8.«²³

Bemängelt wurde von den Sozialdemokraten allerdings die politische Ausrichtung: »Es ist ein Unglück, dass der Sender als KPD-Sender auftritt. Warum nicht Sender der Volksfront, an dem sich auch die SPD beteiligen kann? Versucht doch unbedingt, dass ein illegaler Volkssender daraus wird, er hätte viel mehr Wirkung.«²⁴

Anmerkungen:

1 Florian Huber: Re-education durch Rundfunk. Die Umerziehungspolitik der britischen Besatzungsmacht am Beispiel des NWDR 1945–1948; in: *Nordwestdeutsche Hefte zur Rundfunkgeschichte* (2006), Sonderheft, S. 14

2 [Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts, 9.8.1932](#)

3 [Die Rote Fahne, 13.8.1932](#)

4 Vgl. Winfried B. Lerg: Vom Kulturinstrument zum Führungsmittel – Rundfunkkontrolle in Deutschland bis 1945, Zweiter Teil; in: *Studienkreis Rundfunk und Geschichte – Mitteilungen* (1981), Nr. 3, S. 161 f.

5 [Simplicissimus, 25/1932, S. 299](#)

6 Peter Dahl: Arbeitersender und Volksempfänger. Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk bis 1945, Frankfurt/M. 1978, S. 104

7 [Uwe Bogen: Wie vier junge Männer eine Hitler-Rede sabotiert haben, Stuttgarter Nachrichten, 14.2.2023](#)

8 Conrad Pütter: Rundfunk gegen das »Dritte Reich«. Ein Handbuch, München 1986, S. 35 ff.

9 [Andreas Morgenstern: »Hier ruft die Schwarze Front!« Der Weg des Rundfunkpioniers Rudolf Formis; in: Rundfunk und Geschichte \(2016\), Nr. 3/4, S. 20](#)

10 Frantisek Hrdlicka: Im Schatten der Nazis: Der Sender *Schwarze Front*; in: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1980), Nr. 2/3, S. 36

11 [Karl Kohut; Patrik von zur Mühlen \(Hg.\): Alternative Lateinamerika. Das deutsche Exil in der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1994, S. 184 f.](#)

12 Horst Taleikis: Aktion Funkausstellung, Berlin/DDR 1988, S. 91 ff.

13 Zit. n. Wladimir Ostrogorski: 40 Jahre des deutschsprachigen Auslandsdienstes des Moskauer Rundfunks; in: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1969), Nr. 4, S. 30

14 [Deutschland-Berichte der Sopade, 10.1.1935, S. 17](#)

15 [Ebd., 19.8.1935, S. 85](#)

16 [Ebd., 10.11.1936, S. 11](#)

17 Pütter (Anm. 8), S. 55 ff.

18 [Radio Prague International: Die Geschichte von Radio Prag](#)

19 [Deutschland-Berichte der Sopade, 30.7.1938, S. 16](#)

20 [Dimitri Agüero: La Radio en la Guerra Civil Española; in: *Crisol* \(2007\), Nr. 11, S. 183](#)

21 Hans Maaßen: »29,8« in aller Munde; in: *Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere*, Berlin/DDR 1975, S. 191

22 [Deutsche Volks-Zeitung, 14.2.1937, S. 8](#)

23 [Deutschland-Berichte der Sopade, 8.5.1937, S. 36 ff.](#)

24 Ebd., S. 37

»Die Kommunistische Partei spricht zu euch«

Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 3.2: Der Deutsche
Freiheitssender

Von André Scheer



»Die Atmosphäre in der belagerten Stadt, in der unser Studio stand, war nur dazu angetan, den kämpferischen Geist der Sendungen, die ich täglich sprach, zu heben.« So erinnerte sich Hanns Maaßen, der das Studio des Freiheitssenders in Madrid betrieb (Aufnahme von 1937)

Seit dem 10. Januar 1937 war auf der Kurzwelle 29,8 Meter (10.060 kHz) im Deutschen Reich ein neuer Sender zu empfangen, der offenkundig nicht unter Kontrolle der Nazis stand. Die Sendungen begannen mit den ersten Takten der »Internationale«, dann folgte die Ansage: »Achtung, Achtung! Hier spricht der antifaschistische Sender, die Stimme der Kommunistischen Partei Deutschlands! Trotz Gestapo!«¹

Im April 1937 übergab die KPD den Sender an den in Paris unter der Leitung von Heinrich Mann gebildeten »Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«. Erst ab diesem Zeitpunkt nahm 29,8 auch den heute bekannten Namen *Deutscher Freiheitssender* an, um damit den neuen, überparteilichen Charakter zu unterstreichen.² Die *Deutsche Volks-Zeitung (DVZ)* meldete die Namensgebung in ihrer Ausgabe vom 18. April 1937: »Welle 29,8 wird zum Organisator aller Kräfte, die für die deutsche Freiheit kämpfen. Und es zeugt in hohem Maße von der tiefen Verbundenheit der deutschen Kommunisten mit den deutschen Freiheitskämpfern, wenn sie jetzt ihren Sender der sich bildenden deutschen Volksfront zur Verfügung stellen. ›Deutscher Freiheitssender‹, so taufte der Vertreter des Zentralkomitees der KPD den Sender 29,8 auf der Volksfrontkonferenz in Paris in einer Erklärung, mit der er der werdenden deutschen Volksfront dieses brüderliche Geschenk überbrachte.«³

Kontrolle durch die KPD

De facto behielt die KPD jedoch die Kontrolle über das Programm. Das ließ sich schon aus Gründen der Konspiration kaum vermeiden, denn die direkt an den Sendungen beteiligten Genossen waren Kommunisten, und der Kontakt zu ihnen lief über die illegalen Strukturen der KPD. Hinzu kam, dass der Volksfrontausschuss aufgrund der schweren Differenzen zwischen den beteiligten Parteien nie wirklich arbeitsfähig wurde und damit auch nicht in der Lage war, die Arbeit des Senders auszuwerten und zu bestimmen. Vor allem aber blieb die sozialdemokratische Führung demonstrativ auf Distanz zum *Freiheitssender*. Im *Neuen Vorwärts*, der vom Exilvorstand der SPD zunächst im tschechoslowakischen Karlsbad – dem heutigen Karlovy Vary – und dann in Paris herausgegebenen Wochenzeitung, findet sich in der Zeit der Existenz von 29,8 kein einziger Hinweis auf den Sender. Erst im Oktober 1939 wurde der »bolschewistische Schwarzsender« in einer Glosse beiläufig erwähnt.⁴ Der *Sozialdemokrat*, die in Prag erscheinende Zeitung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, ging dagegen bereits wenige Wochen nach dem Start auf den *Freiheitssender* ein. Am 27. März 1937 zitierte das Blatt zunächst eine nicht namentlich genannte Zeitung, die hinter dem Geheimsender »eine illegale Sendestation oppositioneller Reichswehrgruppen« vermutet habe, weil es ausgeschlossen sei, »dass zivile Kreise eine so genaue Kenntnis der militärischen Verhältnisse haben können, die der Sender äußert«. Dann allerdings bemühte man sich, den *Freiheitssender* zu demaskieren: »Hier in diesem Aufsatz soll nun das gezeigt werden, was Goebbels und die Gestapo längst wissen. Es ist technisch unmöglich, dass dieser Sender mit der Wellenlänge 29,8 Meter, der in ganz Deutschland gehört wird, in Deutschland auch sendet.« Nach einer längeren Erläuterung der Ausbreitungsbedingungen kurzer Wellen kam der Autor, ein Kurt Doberer, zu dem Schluss, dass »Valencia und Madrid (...) für diese Wellenlänge ideal« lägen, »und da, wie aus einem Betriebsunfall des Ansagers ersichtlich, der Sender auf Welle 29,8 zugleich der Sender der italienischen Kommunistischen Partei ist, dürfte nicht allzuviel Rätselraten über den Sendeort notwendig sein.«⁵

Der Autor hatte recht: Die Gestapo war dem Standort des Senders schnell auf die Spur gekommen. In einem »Jahreslagebericht« des »Sicherheitsdienstes« der SS für 1937 wurde festgehalten: »Dieser Sender, dessen Standort sehr bald in Spanien, in der Nähe von Madrid, ausgeipelt werden konnte, meldete sich in der ersten Zeit als ›Sender der Kommunistischen Partei Deutschlands‹ und behauptete an jedem Abend aus einem anderen Orte Deutschlands zu senden.«⁶

Der genaue Standort des Freiheitssenders war eine Anlage in Pozuelo del Rey unweit der spanischen Hauptstadt. Dort hatte das deutsche Unternehmen Siemens-Schuckert im Februar 1936 den damals zweitstärksten Sender Europas errichtet, der Rundfunkprogramme nach Südamerika und Asien ausstrahlen sollte. Als die Republikaner nach ihrem Erfolg bei den Parlamentswahlen am 19. Februar 1936 die Regierung in Spanien übernahmen, brach der deutsche Konzern die Arbeiten ab. Um die Anlagen trotzdem in Betrieb nehmen zu können, mussten fehlende Bauteile besorgt werden. Das gelang über den Beschaffungsapparat der KPD in Paris. So wurden unter anderem Kristalle zur Stabilisierung von Kurzwellensendungen organisiert, die Siemens-Schuckert erst kurz zuvor entwickelt hatte.⁷

Mit Zustimmung des für die Medien zuständigen Bildungs- und Kulturministers Jesús Hernández Tomás, einem Mitglied der Kommunistischen Partei Spaniens, wurde der Sender – der offiziell nie in Betrieb genommen wurde – den Verbündeten der Republik für antifaschistische Sendungen ins Ausland zur Verfügung gestellt. Neben dem *Deutschen Freiheitssender* 29,8 liefen von dort aus zu

anderen Uhrzeiten und auf anderen Frequenzen auch Sendungen in italienischer, bulgarischer und portugiesischer Sprache.⁸

Ganz zu Beginn war für die Sendungen nur ein Techniker zuständig, dem die Beiträge aus der Redaktion per Telefon direkt nach Madrid in das Mikrofon übermittelt wurden. Dann übernahm zunächst Otto Wahls alias »Börner« die Aufgabe des Sprechers, im Juli 1938 wurde er von Hanns Maaßen abgelöst. Das getarnte Studio befand sich mitten in Madrid, im ehemaligen Gebäude des katholischen Verlags Editorial Católica. Das Haus war nach dem Franco-Putsch beschlagnahmt worden und diente nun den Zeitungen *Mundo Obrero* der spanischen KP und *Política* der Republikanischen Linken als Redaktionsraum. Schon dadurch war in dem Gebäude viel »Laufkundschaft« zu verzeichnen, so dass die Anwesenheit von Ausländern nicht weiter auffiel. In den oberen Stockwerken befanden sich Wohnungen, von denen eine das Studio des *Freiheitssenders* beherbergte, und eine Pension. In dieser quartierte sich auch Maaßen ein, so dass er zur Arbeit nur ein Stockwerk tiefer gehen musste, »um eine bekannte Familie zu besuchen«. Pünktlich um 20 Uhr Ortszeit – in Deutschland war es da schon 22 Uhr – spielte er die »Internationale« und meldete sich dann mit der Ansage: »Achtung, Achtung! Hier spricht der Deutsche Freiheitssender auf Welle 29,8 – trotz Gestapo!«

Schwierige Bedingungen

»Die Atmosphäre in der belagerten Stadt, in der unser Studio stand, war nur dazu angetan, den kämpferischen Geist der Sendungen, die ich täglich sprach, zu heben«, erinnerte sich Maaßen nach dem Krieg. »Wie oft ist es mir passiert, dass mitten in der Sendung die Sirenen aufheulten und das E-Werk den Strom abschaltete. Nun arbeitete unser Sender natürlich mit eigenem Aggregat, die Lichtleitung war aber dem Ortsnetz Madrid angeschlossen. Dann musste ich die Sendung um einige Sekunden unterbrechen, bis ich meine Notbeleuchtung angezündet hatte. In solchen Fällen pflegte ich mich nicht bei meinen Hörern in Deutschland zu entschuldigen. Wie hätten sie mich auch verstehen sollen, noch hatten sie ja den Krieg nicht im eigenen Hause! Ich setzte dann meine Sendung einfach mit dem nächsten Absatz des Manuskripts fort.«⁹

Die Redaktion allerdings befand sich Hunderte Kilometer entfernt in Valencia, in der nach der Iberischen Anarchistischen Föderation benannten Calle de la FAI im Stadtviertel L'Eixemple. Der Straßename wurde nach dem Sieg der Faschisten natürlich geändert, heute trägt sie den Namen Carrer del Dr. Sumsi.¹⁰ Als die spanische Regierung Anfang 1938 angesichts der näherrückenden Franco-Truppen von Valencia nach Barcelona übersiedelte, folgte ihr die Redaktion in die katalanische Metropole und richtete sie in einem Hochhaus an der Avinguda Diagonal ein, die damals in Erinnerung an das Datum der Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik den Namen »14. April« (Avinguda del Catorze d'Abril) trug. Hier hatte auch das »Deutsche Büro« unter der Leitung von Franz Dahlem seinen Sitz, das den Kontakt zwischen der spanischen Regierung und den Internationalen Brigaden sicherstellte.

Verantwortlicher und zunächst einziger Redakteur des *Freiheitssenders* in Valencia war zunächst Gerhart Eisler, der in der DDR später das Staatliche Rundfunkkomitee leitete. Mitte 1937 wurde Eisler dann vom ZK der KPD nach Paris abberufen, um die »Berner Konferenz« seiner Partei vorzubereiten, die Anfang 1939 in der Nähe von Paris stattfand. Für ihn kam im August 1937 der gerade aus einem Zuchthaus der Nazis entlassene und aus Deutschland geflüchtete Hans Teubner. Zusammen mit dem zweiten Redakteur Erich Glückauf, der langjährige Erfahrungen als Journalist der kommunistischen Presse hatte, und den Sekretärinnen Lotte Spangenberg (»Erika«), Anni Sager

und Else Teubner bildete er die Redaktion. Die Beiträge wurden nun nur noch in ganz dringenden Fällen telefonisch durchgegeben, im Normalfall transportierten sie Motorradkuriere der Internationalen Brigaden nach Madrid. Nachdem im April 1938 die faschistischen Truppen zum Mittelmeer durchbrechen und damit das von der legitimen Regierung kontrollierte Gebiet in zwei Teile aufspalten konnten, wurden die Texte auf Booten entlang der Küste nach Valencia gebracht, von wo sie dann mit Motorrädern oder Flugzeugen in die Hauptstadt weitergeleitet wurden. Es war Aufgabe Maaßens, aus diesen nur noch stockend und verspätet eintreffenden Manuskripten möglichst aktuelle Sendungen herzustellen.¹¹

Die Meldungen aus Deutschland hatten zu diesem Zeitpunkt oft bereits eine monatelange Odyssee hinter sich. Trotzdem herrschte bei vielen Hörern und ausländischen Beobachtern der Eindruck, dass DVZ über die inneren Verhältnisse im »Reich« äußerst gut informiert war und schnell über Geschehnisse berichtete. Das dürfte jedoch vor allem daran gelegen haben, dass sie selbst zum ersten Mal von den geschilderten Ereignissen erfuhren und ganz selbstverständlich davon ausgingen, dass sie erst vor Kurzem passiert seien – zumal der Sender genaue Datumsangaben vermied. Tatsächlich lagen die Geschehnisse jedoch manchmal schon Monate zurück.

So notierte die DVZ am 21. November 1937, dass der *Freiheitssender* den Wortlaut eines »kürzlich im Saargebiet erschienenen Flugblattes« übertragen habe, in dem vom Widerstand der Bevölkerung »in Frankenthal und in vielen anderen Saardörfern« berichtet wurde, wo die Nazis versucht hätten, das Kreuz aus den Schulen zu entfernen: »Das gelang jedoch nicht, weil sich beherzte Männer für ihren Glauben einsetzten und trotz aller Folgen auch einen Erfolg zu verzeichnen hatten.« Die Ereignisse in Frankenholz – nicht Frankenthal, wie die DVZ geschrieben hatte – waren jedoch schon rund zehn Monate früher, Ende Januar 1937, durch eine Entscheidung des neuen Schuldirektors ausgelöst worden, die christlichen Kreuze abzuhängen und durch Hitlerbilder zu ersetzen. Ab dem 8. Februar blieben deshalb Kinder dem Unterricht fern, und in der Folge kam es sogar zu einem Bummelstreik der örtlichen Bergleute.¹² Schon am 28. März 1937 hatte die DVZ über diesen »Sieg der Saar-Volksfront« berichtet.¹³

Schneller reagierte der Sender natürlich bei Großereignissen, die auch in der internationalen Presse Widerhall fanden. So verbreitete der *Freiheitssender* im November 1938 innerhalb weniger Tage nach den antisemitischen Pogromen, die als »Reichskristallnacht« in die Geschichte eingegangen sind, einen Aufruf der KPD: »An alle Deutschen! Achtung! Achtung! Die Kommunistische Partei spricht zu Euch. Sie wendet sich an jeden anständigen Deutschen. Nieder mit den abscheulichen Judenpogromen, die Deutschland entehren! Nieder mit den abscheulichen Judenpogromen, mit denen die nationalsozialistische Diktatur versucht, ihre eigenen Verbrechen gegen das deutsche Volk vergessen zu machen. (...) Sind die Juden in Deutschland unterjocht, so kann auch das gesamte deutsche Volk nicht frei sein. Mit der Stunde der Befreiung der Juden von nationalsozialistischem Joch wird auch die Stunde der Befreiung des deutschen Volkes von diesem unwürdigen Regime schlagen.«¹⁴

Knappste Form

Neben den Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung hatten die Redakteure und Sprecher des *Freiheitssenders* auch mit den Besonderheiten ihres Mediums zu kämpfen. Sie konnten kaum auf Erfahrungen mit dem Rundfunk zurückgreifen, denn seit den ersten Sendungen in Deutschland waren gerade einmal anderthalb Jahrzehnte vergangen, und das neue Medium entwickelte seine besonderen Ausdrucksformen erst noch. Aus der Weimarer Republik waren die Hörer Vorträge

gewohnt, die kaum anders als bei einer Hochschulvorlesung daher kamen. Mit illegalen Ausstrahlungen, die sich auch noch gegen Störsender durchsetzen mussten, gab es praktisch keine Erfahrungen. Außerdem konnten die Macher in Spanien ihre eigenen Sendungen aufgrund der Ausbreitungsbedingungen der Kurzwellen selbst nicht hören und sich somit auch kein eigenes Bild machen. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass der Tonfall der Programme – wie sich aus den wenigen erhaltenegebliebenen Aufnahmen rekonstruieren lässt – an Vorträge auf Parteiversammlungen erinnert.

Am 7. März 1937 wandte sich ein nicht namentlich vorgestellter Sprecher – vermutlich Otto Wahls alias »Otto Börner« – an die »Verehrten Hörer, Genossen und Genossinnen« mit der Ansage: »Hören Sie jetzt einen Vortrag, wie Goebbels die Kriegsoffensive gegen die Tschechoslowakei einleitet.« Es folgte ein rund fünf Minuten langer Beitrag, in dem der Sprecher vom Blatt eine Analyse der neuesten Presseveröffentlichungen der Nazis ablas. Schon die langen Zitate aus der faschistischen Presse machten das Zuhören selbst bei einigermaßen störungsfreiem Empfang ermüdend.¹⁵

Rückblickend wiesen die Redakteure in einer im März 1939 für das Zentralkomitee der KPD verfassten Analyse selbstkritisch auf diese Erfahrungen hin, konnten sich aber noch immer nicht von der Sichtweise des Schreibenden lösen: »Beim Schreiben von Radioberichten oder Vorträgen ist es ratsam, die Einfachheit der Sprache zu ergänzen durch die Einfachheit der Beispiele. Nicht zu viele Zahlen! (...) Für das Radio darf man keine langen Berichte oder Vorträge schreiben. Nach Möglichkeit nichts länger als anderthalb bis zwei Schreibmaschinenseiten.«¹⁶ Ungefähr zur gleichen Zeit beschrieb auch Bertolt Brecht die besondere Herausforderung der Arbeit für eine illegale Rundfunkstation und begründete, warum er in seinen Beiträgen auf Reime und regelmäßige Rhythmen verzichtet hatte: »Die ›Deutschen Satiren‹ wurden für den *Deutschen Freiheitssender* geschrieben. Es handelte sich darum, einzelne Sätze in ferne, künstlich zerstreute Hörschaft zu werfen. Sie mussten auf die knappste Form gebracht sein, und Unterbrechungen (durch die Störsender) durften nicht allzuviel ausmachen. Der Reim schien mir nicht angebracht, da er dem Gedicht leicht etwas In-sich-Geschlossenes, am Ohr Vorübergehendes verleiht. Regelmäßige Rhythmen mit ihrem gleichmäßigen Fall haken sich ebenfalls nicht genügend ein und verlangen Umschreibungen, viele aktuelle Ausdrücke gehen nicht hinein: der Tonfall der direkten, momentanen Rede war nötig. Reimlose Lyrik mit unregelmäßigen Rhythmen schien mir geeignet.«¹⁷

Nicht nur Brecht hatte Beiträge für den *Freiheitssender* verfasst. Die Liste der Gastautoren (und wenigen Autorinnen) liest sich wie ein Who's who der fortschrittlichen Künstler und Intellektuellen jener Zeit: Willi Bredel, Ernst Busch, Albert Einstein, Lion Feuchtwanger, Ernest Hemingway, Stephan Hermlin, Egon Erwin Kisch, Heinrich und Thomas Mann, Jean Renoir, Erich Weinert und viele andere. Meist wurden die Statements schriftlich verfasst und dann vom Sprecher im Studio des Freiheitssenders verlesen, in einigen Fällen soll es aber auch in Paris angefertigte Schallplattenaufnahmen gegeben haben, die dann nach Spanien transportiert und über den Sender abgespielt wurden. So übermittelte der belgische Maler Frans Masereel über einen »ausländischen Vertrauensmann« eine »Ansprache an die Deutschen«, die von 29,8 verlesen wurde: »Deutsche Freunde, man kann nicht ohne Schmerz zu euch sprechen, aber noch weniger kann man schweigen und darauf verzichten, euch zu sagen, wie sehr die freien Menschen hoffen, dass ihr bald wieder ihr selbst sein werdet.«¹⁸ Ende 1938 strahlte 29,8 eine Botschaft des US-amerikanischen Schriftstellers Ernest Hemingway aus: »Bis heute sprach ich gewöhnlich an Sendern, die in großen Häusern

aufgestellt waren. Heute liest mich, wie man mir sagt, ein Mann, der den Mut hat, seinem Volk die ganze Wahrheit zu sagen, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Ich bin glücklich, dass dies möglich ist und drücke diesem unbekanntem Kameraden die Hand.«¹⁹

Flucht im letzten Moment

Der »unbekannte Kamerad« saß zwar nicht, wie Hemingway vielleicht annahm, versteckt in einem Keller in Nazideutschland, doch die Umstände in Spanien waren kaum weniger dramatisch. Als die Faschisten im Januar 1939 vor Barcelona standen und die republikanischen Truppen die Stadt verließen, wären die verbliebenen Redaktionsmitglieder fast zurückgeblieben, wie sich Hans Teubner erinnerte: »Wir hörten das Krachen der Bomben bei uns in Barcelona. Aber da wir daran gewöhnt waren und wenig darauf achteten, merkten wir gar nicht, wie Barcelona bereits von den Faschisten umzingelt wurde. Als die republikanischen Truppen aus Barcelona herausgezogen wurden, wurden wir das nicht gewahr. Man hatte uns bei der Evakuierung faktisch vergessen. So verdanken es Erich Glückauf, Lotte Spangenberg und ich einem glücklichen Umstand, dass wir, nachdem wir eiligst noch unsere Materialien vernichtet und unsere Geräte zerstört hatten, mit einem der allerletzten Lastwagen aus der Stadt herauskamen.«²⁰ Der Sprecher Hanns Maaßen in Madrid setzte die Arbeit noch einige Wochen fort, nun fast vollständig auf sich allein gestellt. Als die spanische Hauptstadt im März 1939 fiel, geriet er in Gefangenschaft der Franco-Faschisten, aus der er erst 1946 nach internationalem Druck freigelassen wurde. Es blieb aber unentdeckt, dass er etwas mit dem *Freiheitssender* zu tun gehabt hatte.

Anmerkungen:

1 Hans Maaßen: »29,8« in aller Munde; in: *Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere*, Berlin/DDR 1975, S. 191

2 Hans Teubner: *In deutscher Nacht auf Welle 29,8*; in: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1971), Nr. 4, S. 30

3 [Deutsche Volks-Zeitung, 18.4.1937, S. 4](#)

4 [Rotbart – Alte Sage, neu ausgerichtet, Neuer Vorwärts, 8.10.1939, S. 4](#)

5 [Sozialdemokrat, 27.3.1937, S. 5](#)

6 [Jahreslagebericht 1937 des SD, Abt. II 121, vom 2.2.1938, Bundsarchiv R 58/2456, Bl. 18F](#)

7 Vgl. Teubner (Anm. 2), S. 9 f.

8 Ebd., S. 10

9 Maaßen (Anm. 1), S. 191 f.

10 Vgl. Valencia y la República: Callejero; <https://www.uv.es/republica/plano/calle/calle3.htm>

11 Vgl. Hans Teubner: *In deutscher Nacht auf Welle 29,8*; in: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1971), Nr. 4, S. 10f.

12 Der Schulstreik von Frankenholz, <https://kurzelinks.de/Schulstreik>

13 [Deutsche Volks-Zeitung, 28.3.1937, S. 7](#)

14 [Deutsche Volks-Zeitung, 20.11.1938, S. 1](#)

15 Hans Sarkowicz; Michael Crone (Hg.): Der Kampf um die Ätherwellen (Tondokumente), Frankfurt/M. 1990, Kassette 1

16 Einige Hauptpunkte über das Schreiben von Radiovorträgen und Berichten. In: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1971), Nr. 4, S. 48 ff.

17 Bertolt Brecht: Über reimlose Lyrik mit unregelmäßigen Rhythmen; in: ders., *Gesammelte Werke*, Frankfurt/M. 1967, Bd. 19, S. 403

18 [Frans Masereel: Eine Ansprache an die Deutschen, *Deutsche Volks-Zeitung*, 7.8.1938, S. 7](#)

19 [Ernest Hemingway: Man kann ein gescheites Volk nicht ewig verdummen, *Deutsche Volks-Zeitung* 11.12.1938, S. 1](#)

20 Teubner (Anm. 2), S. 45

Unter falscher Flagge

Serie: Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 4: »Linke«
Nazipropaganda gegen Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion
Von André Scheer



Kollaborierte mit den Nazis als Redakteur des Tarnsenders »Radio Humanité«; Der ehemalige Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion Ernst Torgler (hier kurz vor seiner Haftentlassung 1935)

Mitte Januar 1940. Deutschland und Frankreich befinden sich seit dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 im Kriegszustand. Doch an der Grenze zwischen beiden Ländern herrscht weitgehend Ruhe. Zwar hatten französische Truppen am 9. September 1939 die Grenze überschritten und waren im Saarland einige Kilometer weit auf deutsches Gebiet vorgerückt, aber bereits am 21. September ordnete das französische Oberkommando den Rückzug der Truppen auf das eigene Staatsgebiet an. Seither herrschte an der Grenze ein »Sitzkrieg«, der als »Drôle de guerre« (»Seltsamer Krieg«) in die Geschichte einging. Auf deutscher Seite war der Entschluss zum Überfall auf Frankreich jedoch längst gefallen.

»Radio Humanité«

Die Aggression wurde propagandistisch vorbereitet. Neben den offiziellen Sendungen aus Deutschland für Frankreich, die von *Radio Stuttgart* ausgestrahlt wurden, meldeten sich ab Dezember 1939 mehrere Schwarzsender, die vorgaben, illegal von Frankreich aus zu arbeiten. Neben einer vorgeblich pazifistischen »Stimme des Friedens« (*La Voix de la Paix*) und einem antienglischen Sender namens »Erwachen Frankreichs« (*Poste du Réveil de la France*) gewann »Radio Humanité« eine besondere Bedeutung. Nicht zufällig hatte dieser den Namen der Zeitung der Französischen KP gewählt, denn man gab sich als Sender der Kommunistischen Partei aus. Diese Maskerade funktionierte, weil die Partei am 26. September 1939 von der Regierung in Paris verboten und in den Untergrund gedrängt worden war. Begründet worden war das mit der

Unterstützung der Französischen KP für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und den Einmarsch sowjetischer Truppen im Osten Polens.

Tatsächlich stand »Radio Humanité« natürlich nicht in Frankreich, sondern arbeitete zunächst über einen mobilen Sender, der in Schopfheim nahe der Schweizer und französischen Grenze stationiert worden war. Am 14. Januar 1940 hieß es dort: »Genossen, dieser Krieg ist nicht unser Krieg. Es ist im Gegenteil ein Krieg gegen uns, gegen unsere Ideen, gegen unsere materiellen Interessen, gegen unsere Familien, gegen alles, was den Armen wert ist, gegen alles, worauf die werktätigen Massen stolz sind. (...) Sie appellieren an unseren guten Willen und unsere Geduld, um die Demokratie zu retten. Es handelt sich um die gleiche Demokratie, in deren Namen dem Parlament das Maul gestopft, die Kommunistische Partei verboten, die organisierten Arbeiter geschlagen, die Gewerkschaften zerbrochen und die Armen verraten werden. Nein, Daladiers und Chamberlains Krieg hat nichts mit der Verteidigung der Freiheit zu tun. Es ist ein Krieg unter imperialistischen Räubern, die sich um die Beute ihrer Plünderung und ihrer Ausbeutung streiten.«¹

Diese Argumentation war für sich genommen nicht weit entfernt von der Linie der Kommunistischen Internationale, die den Krieg zu diesem Zeitpunkt analog zum Ersten Weltkrieg als Auseinandersetzung zwischen imperialistischen Mächten bewertete. Genutzt wurde eine Langwellenfrequenz, die nach internationaler Vereinbarung der Sowjetunion zugeteilt worden war. Prompt machte die rechtsnationalistische Wochenzeitung *Gringoire* ein geheimes Abkommen zwischen Moskau und Berlin über gemeinsame Radiopropaganda aus: Die Sowjetunion nutze einen Standort im Schwarzwald, also in Deutschland, weil sie sonst nicht per Langwelle Frankreich erreichen könne: »Einen deutlicheren Beweis für ihre Absprachen kann man sich kaum vorstellen.«² Auch die Tageszeitung *Le Matin* schrieb am 17. Januar 1940 von »abscheulicher antifranzösischer Propaganda« des Senders, der »sich von den Doktrinen der Dritten Internationale inspirieren« lasse und Argumente verbreite, »in denen man sowohl die widerliche Verherrlichung des Naziregimes als auch die des Kommunismus durchscheinen spürt«.³

Die in den Untergrund gedrängte Kommunistische Partei distanzierte sich dagegen klar von dem Sender. In einer illegalen Ausgabe der *Humanité* vom 2. Februar 1940 hieß es unter der Überschrift »Warnung«: »Der auf Langwellen (1.180 Meter) arbeitende Sender mit dem Namen Radio-Huma hat keinerlei Verbindung zu unserer Zeitung oder der Partei. Jeder halbwegs gebildete Genosse wird bereits verstanden haben, dass es sich um einen deutschen oder um einen von der französischen Polizei zu Provokationszwecken aufgebauten Sender handelt. Diejenigen, die darauf hereinfallen könnten, sollten gewarnt werden!«⁴

Kollaborateure

Um die Glaubwürdigkeit seines Schwarzsenders zu erhöhen, griff Goebbels auch auf ehemalige Kommunisten zurück, die zu den Nazis übergelaufen waren. Am 2. Juni 1940 schlug der Propagandaminister bei der fast täglich stattfindenden Konferenz mit seinen Mitarbeitern vor, den ehemaligen KPD-Abgeordneten Ernst Torgler und dessen »Mitarbeiterin« Maria Reese zur Mitarbeit beim französischen Schwarzsender heranzuziehen, weil die bisher an den Programmen Beteiligten lediglich an das Hirn von Intellektuellen, nicht aber an »die primitiven Masseninstinkte appellieren« würden.

Der 1893 in Berlin geborene Torgler war ab 1929 Vorsitzender der KPD-Fraktion im Reichstag gewesen und gehörte damit zu den prominentesten Kommunisten in Deutschland. Nach dem Reichstagsbrand stellte er sich am 28. Februar 1933 freiwillig der Polizei, um, wie er 1948 in einer

Artikelserie für die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* argumentierte, »auf diese Weise die niederträchtige Lüge vor der Weltöffentlichkeit zu entlarven und die satanische Absicht der Nazis, für ihre Tat andere verantwortlich machen zu wollen, zu zerschlagen.«⁵ Bei seiner Partei stieß das auf scharfe Kritik, er habe sich »freiwillig dem Faschismus ausgeliefert«, hieß es später. Torgler wies das zurück: »Was ich tat, war mindestens ein Versuch, einem anrollenden Verhängnis Widerstand entgegenzusetzen, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo der Nationalsozialismus erst im Aufmarsch begriffen war und wo von den Widerstandskämpfern der späteren Verfallszeit und des schon verlorenen Krieges noch nichts zu bemerken war.«⁶

Da er für seine Verteidigung im Prozess keinen der KPD nahestehenden Verteidiger gewinnen konnte, engagierte Torgler schließlich den Nazijuristen Alfons Sack, der in der Weimarer Republik zahlreiche Faschisten verteidigt hatte. Dieser nutzte seine Beteiligung an dem Prozess später dazu, den Reichstagsbrandprozess in einem Buch als Ergebnis »rechtsstaatlichen Wirkens« der Nazijustiz darzustellen. Als Beleg dafür diente ihm, dass sein Mandant Torgler ebenso wie drei weitere Angeklagte – unter ihnen der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff – freigesprochen wurden. Zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde dagegen Marinus van der Lubbe.

Wegen seines Verhaltens gegenüber der Nazijustiz wurde Torgler 1935 aus der KPD ausgeschlossen. Er sei »zwischen die Mühlsteine zweier großer Bewegungen (...), nämlich des Nationalsozialismus und des Bolschewismus«⁷ geraten, beklagte er später. Ab 1935 unterstützte er offenbar seine frühere Genossin und Geliebte Maria Reese, die ebenfalls für die KPD im Reichstag gesessen hatte, bei der Arbeit an einem von den Nazis gewünschten Buch über ihren Bruch mit dem Kommunismus.⁸ Reese war 1933 im französischen Exil aus der KPD ausgetreten und 1935 nach Deutschland zurückgekehrt, nachdem sie sich zuvor im Saargebiet an der Nazi-propaganda für eine Rückkehr des unter Verwaltung des Völkerbundes stehenden Gebiets nach Deutschland beteiligt hatte. Offenbar ist das von beiden verfasste Werk nie über das Stadium eines Manuskripts hinausgekommen, allerdings erschien 1938 eine von Reese verfasste, antisemitisch geprägte Schrift unter dem Titel »Abrechnung mit Moskau«.

Ein Grund für Torglers Kollaboration mit dem Naziregime könnte die Sorge um seinen Sohn gewesen sein. Kurt Torgler war 1933 in die Sowjetunion emigriert. Dort wurde er 1936 verhaftet und wegen »trotzkistischer Aktivitäten« zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.⁹ Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde er von Moskau an Nazideutschland ausgeliefert.¹⁰

Am 8. Juni 1940 begann Ernst Torgler, für »Radio Humanité« zu arbeiten. Zur Redaktion gehörte auch Wilhelm »Willi« Kasper, der vor der Nazidiktatur dem Zentralkomitee der KPD angehört hatte und Abgeordneter des preußischen Landtags gewesen war. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand war auch er verhaftet und in einem Konzentrationslager misshandelt worden. 1935 wurde er schließlich zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Verbüßung der Haft aber freigelassen.

Torgler räumte die Mitarbeit bei »Radio Humanité« nach dem Krieg ein. Kasper und er hätten sich »nach Ausbruch des Frankreich-Feldzuges unter Druck bereit« gefunden, »für die gegen Frankreich operierenden Geheimsender des Propagandaministeriums einige Entwürfe für Aufrufe an die französischen Werkstätten zu liefern, den Widerstand gegen den übermächtigen deutschen Feind einzustellen und überflüssiges Blutvergießen zu vermeiden«. Reese sei jedoch nicht an dem Sender beteiligt gewesen.¹¹

Der vorgeblich kommunistische Schwarzsender wurde von einer wachsenden Zahl französischer Hörerinnen und Hörer empfangen. Besonders nachdem die deutschen Truppen am 10. Mai 1940 ihre Offensive gegen Frankreich gestartet hatten, schalteten viele Menschen den angeblichen Untergrundsender ein, weil sie sich vom offiziellen Pariser Rundfunk im Stich gelassen fühlten. Während dort Armeesprecher teilweise veraltete Kommuniqués verlasen, beeindruckten »Radio Humanité« und die anderen Propagandasender mit dramatischen Schilderungen der Lage. Sie folgten damit Nazi-Propaganda-Minister Joseph Goebbels, der am 17. Mai 1940 die Weisung ausgegeben hatte, unter der französischen Zivilbevölkerung Panik zu schüren und sie zur Flucht vor den anrückenden Truppen der Wehrmacht zu bewegen.

Tatsächlich versuchten Zehntausende Menschen, sich vor der sich nähernden Front in Sicherheit zu bringen. Ganze Familien flohen in Richtung Westen und Süden, wohlhabendere mit Autos oder Pferde- und Ochsenwagen, andere zu Fuß. Schnell waren die Straßen verstopft, mehr als fünf Millionen Menschen sollen sich auf den Weg gemacht haben. Die deutschen Truppen hatten Befehl, auf die wehrlosen Menschen keine Rücksicht zu nehmen, während die Bewegungsfreiheit der französischen Armee und ihrer englischen Verbündeten erheblich eingeschränkt wurde.

Diese Fluchtbewegung dürfte allerdings nicht allein oder vor allem durch die deutschen Schwarzsender ausgelöst worden sein. Vielmehr hatte die deutsche Luftwaffe planmäßig französische Städte bombardiert, so dass zwangsläufig eine Massenflucht ausgelöst wurde. Gezielte Attacken lenkten die Menschenmassen in die gewünschte Richtung. Trotzdem war Goebbels mit dem Erfolg seiner Propaganda zufrieden. Nach der Besetzung von Paris durch deutsche Truppen und der Unterzeichnung eines Waffenstillstands ordnete Goebbels die Einstellung von »Radio Humanité« und der anderen gegen Frankreich gerichteten Schwarzsender an. In seinem Tagebuch notierte er am 23. Juni 1940: »Französische Geheimsender wollen wir nun langsam abklingen lassen. Sie haben ihre Schuldigkeit getan. Jetzt werden sie nach England umgestellt, das nun an die Reihe kommt. Im Ganzen 4 Sender mit verschiedenen Tendenzen und immer als englische getarnt.«

»Worker's Challenge«

Bereits im Februar 1940 hatte ein erster Geheimsender in englischer Sprache den Betrieb aufgenommen, die »New British Broadcasting Station« (NBBS). Zunächst sendete man jeden Abend für eine halbe Stunde auf Kurzwelle. Nach der Niederlage Frankreichs griff Goebbels dann den Erfolg von »Radio Humanité« auf und ließ Anfang Juli 1940 einen angeblich von sozialistischen Arbeitern betriebenen Sender starten, »Worker's Challenge«. Er sollte eine »sozialrevolutionäre Arbeiterpropaganda« verbreiten, wie es in einem Dokument des für die Nazischwarzsender zuständigen »Büros Concordia« hieß: »antikapitalistische Zersetzungspropaganda, die sich an die radikalen Schichten der britischen Arbeiterschaft wendet und versucht, Unruhe und Unfrieden zu stiften«.¹²

Genutzt wurde für die täglich 15 Minuten dauernden Programme zunächst ein transportabler Sender im Rheinland und später in den besetzten Niederlanden. Da die Sendungen auf Mittelwelle verbreitet wurden, konnten sie in England auch mit einfachen, handelsüblichen Rundfunkgeräten empfangen werden. Wie zeitgenössische Umfragen nahelegten, wurde »Worker's Challenge« vor allem zu Beginn von relativ vielen Menschen eingeschaltet. Der Grund dafür dürften jedoch weniger die verbreiteten Inhalte gewesen sein als vielmehr die derbe Sprache mit Ausdrücken, die man nie zuvor im Radio hatte hören können. Dazu trug auch die britische Presse ihren Teil bei, die sich in zahlreichen Artikeln über die Ausdrucksweise des Untergrundsenders mokierte.

So hieß es am 9. Juli 1940 auf Mittelwelle 213 Meter (1407 kHz): »Der Kapitalismus ist mausetot, und wir wollen nicht durch seinen dreckigen Kadaver vergiftet werden. Niemand hat sich je um uns gekümmert, also müssen wir uns selbst um uns kümmern. Diesmal müssen wir bereit sein, nicht in einen kapitalistischen und imperialistischen Krieg zu ziehen, sondern in einen Krieg gegen unsere eigenen Feinde hier zu Hause. Entweder retten wir Großbritannien in diesem kritischen Moment unserer Geschichte für die Arbeiterklasse, oder wir verlieren es. Die Kapitalisten haben es bereits verloren, und sie zittern vor Angst. Entweder die Nazis übernehmen die Macht oder wir. Geht auf die Straße und setzt es in die Tat um! Arbeiter Großbritanniens, vereinigt euch! Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten!«¹³

Hauptautor der gegen England gerichteten Schwarzsender und wichtigster Sprecher der offiziellen englischsprachigen Sendung »Germany Calling« war William Joyce. Der britische Faschist war zu Kriegsbeginn nach Deutschland emigriert und hatte sich dem Propagandaministerium zur Verfügung gestellt. Unter dem Pseudonym »Lord Haw-Haw«, das ihm von der britischen Presse verliehen worden war, gewann er eine gewisse Bekanntheit. Neben ihm wurden offenbar auch Torgler und Kasper wieder zur Arbeit herangezogen, die aber vermutlich nur einige Manuskripte beige-steuert haben. Sprecher waren vor allem britische Soldaten, die von Joyce in Kriegsgefangenenlagern angeworben wurden. Einer von ihnen, William Henry Humphrey »Bill« Griffiths, wurde nach Kriegsende wegen seiner Beteiligung an den Rundfunksendungen in Großbritannien zu sieben Jahren Haft verurteilt, weil er in Gefangenschaft freiwillig den Feind unterstützt habe. Er verteidigte sich später, dass ihm Joyce gedroht habe, ihn in ein Konzentrationslager bringen zu lassen, falls er sich weigere.¹⁴

»Alte Garde Lenins«

Aktiver wurde die Rolle ehemaliger deutscher Kommunisten nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. So plante das deutsche Propagandaministerium, einen von ehemaligen Kommunisten unterzeichneten Aufruf zu veröffentlichen, in dem der Krieg gegen die Sowjetunion unterstützt werden sollte. »Dieses Ansinnen lehnte ich wiederum ab«, berichtete Torgler nach 1945. »Was sie denn damit erreichen wollten? Auch der Dümme in Deutschland würde doch bemerken, dass es keine freiwillige, sondern unter Zwang erpresste Unehrllichkeit wäre. Diesmal ließen sie sich überzeugen. Damit war die Sache leider noch nicht erledigt. Es blieb übrig, Aufrufe zu schreiben, in der ›alte Leninisten‹ die falsche Politik Stalins kritisieren, beispielsweise den deutsch-russischen Freundschaftspakt als Sünde wider den leninistischen Geist zu bezeichnen und den Einmarsch der Nazihorden als ›Erfolg‹ dieser falschen Politik zu kennzeichnen.«¹⁵

Diese Aufrufe Torglers wurden über einen deutschen Schwarzsender verbreitet, der sich »Alte Garde Lenins« nannte und im Büro Concordia unter dem Code »V« geführt wurde. Geleitet wurde der Sender von Karl Iwanowitsch Albrecht. Dieser Karl Albrecht, der eigentlich Karl Matthäus Low oder Löw hieß, war 1924 in die Sowjetunion emigriert, wo er im Staatsapparat Karriere machte und es bis zum stellvertretenden Volkskommissar für Wald- und Forstwirtschaft brachte. 1932 wurde er verhaftet und wegen »Unzucht« zu fünf Jahren Haft verurteilt. Als deutscher Staatsbürger wandte er sich in dieser Situation an die deutsche Botschaft, durch deren Vermittlung er 1934 nach Deutschland abgeschoben wurde. Dort wurde er von den Nazis verhört und inhaftiert, aber schon nach wenigen Wochen auf freien Fuß gesetzt und für die Nazi-propaganda angeworben.

1938 erschien im Nibelungen-Verlag des Propagandaministeriums sein Buch »Der verratene Sozialismus«, ein antisemitisches und antikommunistisches Machwerk, in dem er zugleich die

Nazis von allen international erhobenen Vorwürfen freisprach: »Ich habe keine nächtlichen Todesschreie gehört, keine Prügelszenen, keine Massenabschlachtungen in den Kellern und auf den Höfen des Lagers gesehen. Ich habe auch von keinem der Insassen, mit denen ich als Gefangener völlig ungehindert reden konnte, eine Andeutung vernommen, dass einer von ihnen geschlagen worden sei oder aber gesehen hätte, dass irgendwelche Greuelszenen jemals vorgekommen wären.« Über den Krieg gegen die Sowjetunion schwärmte Albrecht: »Wir alle, wir wissen: Wir kämpfen für eine gerechte Sache, für den Sozialismus gegen den Bolschewismus. Wir kämpfen für die Rettung von Millionen versklavter Menschen und für die Befreiung der vielen unterdrückten Völker der Sowjetunion vom jüdisch-bolschewistischen Joch. Wir, als Deutsche, kämpfen vor allem für die Sicherung unseres eigenen Volkes vor der furchtbaren Bedrohung aus dem Osten. Wir kämpfen unter der genialen Führung Adolf Hitlers, der nicht nur Feldherr und Staatsmann, sondern auch der größte Sozialist aller Zeiten ist.«¹⁶

Sein Auftrag für das Büro Concordia und das Propagandaministerium war es, mit einem pseudo-kommunistischen Sender Unruhe unter den sowjetischen Funktionären zu schüren. Goebbels Vorgabe lautete, einen »trotzkistischen«¹⁷ Sender zu betreiben. Die Hoffnung war, so der Historiker Boris Kowalew, die unter Stalin bereits in den 1930er Jahren betriebene Repression gegen echte oder vermeintliche Abweichler in den eigenen Reihen erneut anzuheizen und dadurch die Verteidigung der Sowjetunion zu schwächen.¹⁸

Betrieben wurde der Sender vorgeblich von einer Gruppe »treuer Leninisten«, die sich als »vorläufiges leninistisches Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion« bezeichneten. Regelmäßig wurden Passagen aus Lenins im Dezember 1922 verfassten »Brief an den Parteitag« zitiert, in denen dieser sich kritisch mit der Person Stalins auseinandergesetzt hatte.¹⁹ Zudem berief man sich darauf, dass Lenin im Unterschied zu Stalin eine »opportunistische Friedenspolitik« betrieben habe. In Berlin zeigte man sich mit dem Erfolg des Senders zufrieden, wie aus einem internen Bericht vom 8. Juli 1942 hervorgeht: »Die Wirksamkeit dieser Sendungen ergibt sich daraus, dass Losowski die Meldungen ausdrücklich dementierte und die Prawda sich gezwungen sah, gegen die Verbreitung dieser Meldungen in den Fabriken, Straßenbahnen und auf den Märkten zu polemisieren.«²⁰

Weniger erfreut war man allerdings, als 1943 schwedische Zeitungen über die Hintergründe des Senders aufklärten und die Welt darüber informierten, dass die »treuen Leninisten« von Nazischergen hinter deutschen Mikrofonen dargestellt wurden. Zu diesen gehörte auch Michail W. Tarnowski, ein Aktivist des von russischen Emigranten gegründeten antikommunistischen »Bundes der russischen Solidaristen« (NTS). Ab August 1941 arbeitete er für den deutschen Rundfunk und war schließlich ab 1942 Sprecher für den Sender »Alte Garde Lenins«. 1943 schloss er sich der »Russischen Befreiungsarmee« (ROA) an, die vom übergelaufenen russischen Generalleutnant Andrej Wlassow geführt wurde und an der Seite der Nazis gegen die sowjetische Armee kämpfte.²¹

Weiterverwendung in US-Diensten

Ein anderer Propagandist im Dienste Goebbels war Andrej Georgijewitsch Nerjanin, der 1942 als Oberst der Roten Armee in deutsche Gefangenschaft geraten war und sich dort den Nazis angeboten hatte. Ab 1944 gehörte er dem Hauptquartier der Wlassow-Armee an. Trotzdem wurde er 1945 von den US-Amerikanern nicht an die Sowjetunion ausgeliefert, sondern konnte unter dem Decknamen Michail Andrejewitsch Aldan unbehelligt in München leben, bevor er 1953 in die USA übersiedelte, wo er für das Pentagon arbeitete.

Er war nicht der einzige. So manche der im Krieg vom Nazipropagandaministerium gegen die Sowjetunion eingesetzten Emigranten konnten nach 1945 ihre Erfahrungen weiter nutzen. So rekrutierte der US-Geheimdienst CIA zahlreiche ehemalige Nazikollaborateure Anfang der 1950er Jahre für seine von München aus betriebenen Propagandasender »Radio Free Europe« und »Radio Liberation«, später »Radio Liberty«.

Anmerkungen

1 »Radio Humanité, der Sender der revolutionären Arbeiterbewegung«, O-Ton des deutschen Geheimsenders gegen Frankreich im Zweiten Weltkrieg; in: *Rundfunk und Geschichte* 27 (2001), S. 62 ff.; https://rundfunkgeschichte.de/assets/RuG_2001_1-2.pdf

2 *Gringoire*, 1. Februar 1940, S. 2; <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k47474145/f2.item.r=%22Radio%20Humanit%C3%A9%22>

3 *Le Matin*, 17. Januar 1940, S. 3; <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k586576t/f3.item.r=Radio%20Humanite.zoom>

4 *L'Humanité*, 2. Februar 1940, S. 2; <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k879162x/f2.image.r=%22Radio%20Huma%22?rk=21459;2>

5 Ernst Torgler: Der Reichstagsbrand und was nachher geschah; in: *Die Zeit*, Nr. 43/1948, 21. Oktober 1948; <https://www.zeit.de/1948/43/ernst-torgler-der-reichstagsbrand-und-was-nachher-geschah>

6 Ebd.

7 Ebd.

8 Vgl. New Nazis? In: *Time*, 13. Januar 1936; <https://content.time.com/time/subscriber/article/0,33009,755623,00.html>

9 Vgl. *Neues Deutschland*, 23. Februar 2013; <https://www.nd-aktuell.de/artikel/813777.der-tag-an-dem-sein-glaube-zerbrach.html>

10 Vgl. <https://www.dhm.de/lemo/biografie/ernst-torgler>

11 Vgl. Willi A. Boelcke (Hg.): Wollt ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–43. Herrsching 1989, S. 60; https://ulis-buecherecke.ch/pdf/neben_dem_krieg/goebbels_wollt_ihr_den_totalen_krieg.pdf

12 Übersicht über die am 25.6.42 in Betrieb befindlichen Concordia-Sender (26. Juni 1942); zit. nach: Reimund Schnabel: Mißbrauchte Mikrofone. Deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Wien 1967, S. 94

13 M. A. Doherty: German Wireless Propaganda in English: An Analysis of the Organisation, Content and Effectiveness of National Socialist Radio Broadcasts for the UK, 1939–1945, Volume II: Appendices. Canterbury 1998, S. 100; https://kar.kent.ac.uk/85988/2/DX202804_2.pdf

14 Vgl. ders.: Nazi Wireless Propaganda: Lord Haw-Haw and British Public Opinion in the Second World War, Edinburgh 2000, S. 23 f.

15 Ernst Torgler: Gestapo bestellte kommunistische Aufrufe; in: *Die Zeit* Nr. 46/1948, 11. November 1948; <https://www.zeit.de/1948/46/gestapo-bestellte-kommunistische-aufrufe>

16 Karl Iwanowitsch Albrecht: Der verratene Sozialismus; zit. nach: Peter Boris: Im Zickzack durch die Zeit, in: *Die Zeit* Nr. 37/1988, 9. September 1988; <https://www.zeit.de/1988/37/im-zickzack-durch-die-zeit/komplettansicht>

17 Joseph Goebbels: Tagebücher 1924–1945. Herausgegeben von Ralf Georg Reuth. München 1992, S. 1614 (30. Juni 1941)

18 Vgl. »Старая гвардия Ленина«: зачем Гитлер финансировал эту радиостанцию коммунистов («Lenins alte Garde«: Warum Hitler diesen kommunistischen Radiosender finanzierte), in: *Russkaja Semerka*, 29. März 2021; <https://russian7.ru/post/staraya-gvardiya-lenina-zachem-gitler/>

19 Vgl. W. I. Lenin: Brief an den Parteitag; <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1922/12/brief.html>

20 Betrifft: Überprüfung der Geheimsender (8. Juli 1942); zit. nach: Reimund Schnabel: Mißbrauchte Mikrofone. Deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Wien 1967, S. 123 f.

21 Vgl. http://www.hrono.ru/biograf/bio_t/tarnovsky_mv.php

»Wo ist der Rommel?«

Serie: Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 5: Antifaschistische »Feindsender« während des Zweiten Weltkriegs

Von *André Scheer*



Nicht nur per Radiowelle, sondern auch mit Schallverstärker direkt an der Front wollten Mitglieder des »Nationalkomitees Freies Deutschland« die Kameraden zur Aufgabe bewegen (Aufnahme von 1943)

Die Phrasen waren bis zum Überdruß bekannt. »Wem die Vorsehung so schwere Prüfungen auferlegt, den hat sie zu Höchstem berufen«, tönte Adolf Hitler am 31. Dezember 1944 in seiner vom *Großdeutschen Rundfunk* übertragenen Silvesteransprache. »In dieser Stunde will ich daher als Sprecher Großdeutschlands gegenüber dem Allmächtigen das feierliche Gelöbnis ablegen, dass wir treu und unerschütterlich unsere Pflicht auch im neuen Jahr erfüllen werden ...« Doch diesmal wurde dem »Führer und Reichskanzler« widersprochen. »Das Jahr 1945 muss das Ende der Hitlertyrannie sein!« rief plötzlich eine Stimme dazwischen. Und mitten in das folgende Horst-Wessel-Lied noch einmal: »Nieder mit Hitler und seiner Bande! Weg mit den Nazis!«

»Feindsprüche«

Nicht nur bei den Faschisten, sondern auch bei vielen Hörern rief diese »Geisterstimme« Aufregung hervor. Wie war so etwas möglich? Waren die alliierten Truppen schon so weit vorgestoßen, dass sie bereits im deutschen Rundfunk zu hören waren?

Tatsächlich saß der Sprecher der antifaschistischen Kommentare in einem Studio in Moskau und verfolgte aufmerksam die Parolen aus Berlin. War der richtige Zeitpunkt gekommen, um mit kurzen Sätzen die Lügen zu kommentieren, verstärkten die sowjetischen Techniker kurzfristig die Leistung ihrer Sender und überlagerten so die Frequenz, auf der das deutsche Programm lief. Vor allem im

Norden und Osten Deutschlands war dann für einen kurzen Augenblick nicht mehr Hitler zu hören, sondern die Stimme eines deutschen Kommunisten.

Bereits kurz nach dem deutschen Überfall 1941 hatten die sowjetischen Propagandisten begonnen, mit »Feindeinsprüchen«, wie es im Beamtendeutsch der Gestapo hieß, den deutschen Rundfunk zu stören. Die Nazis stellte das vor Probleme, denn ihre Störsender waren gegen diese Waffe wirkungslos, wenn sie nicht ihre eigenen Programme unhörbar machen wollten. Die Aufgabe der kurzen Zwischenrufe war es allerdings nicht, die Hörer zu informieren, was auf diese Weise kaum möglich gewesen wäre. Aber sie konnten auf Widersprüche der Nazipropaganda hinweisen, etwa wenn die »Geisterstimme« am 8. Dezember 1942 mitten in der Nachrichtensendung des *Großdeutschen Rundfunks* fragte: »Wo ist der Rommel?« und kurz darauf warnte: »In Italien geht es drunter und drüber!« Schließlich dann die kurze Feststellung: »Mit der Schnauze haben wir längst gesiegt!«¹

Wer sich ausführlicher über die tatsächliche Kriegslage informieren wollte, musste auf die sogenannten Feindsender ausweichen. Zwar war das seit dem 1. September 1939 in Deutschland offiziell verboten und es drohten drastische Strafen bis hin zur Hinrichtung, doch Millionen Menschen wagten es, auf die Sender der gegnerischen Mächte umzuschalten, etwa auf *Radio Moskau* oder die *BBC London*. Deren Inhalte wurden aber von den Behörden kontrolliert, deutsche Emigranten hatten auf die offiziellen Programme wenig bis keinen Einfluss. In dem erst 1938 hektisch eingerichteten deutschsprachigen Dienst der *BBC London* waren sie nur als Sprecher und Übersetzer willkommen, eigenständige redaktionelle Arbeit durften sie nicht leisten.

Einen gewissen Freiraum für deutsche Antifaschisten in Großbritannien hatte es nur zu Beginn des Krieges gegeben. Zwischen 1939 und 1941 verfolgte die Londoner Regierung noch keine einheitliche Strategie, wie man auf die Bevölkerung der feindlichen Länder einwirken wollte. Mehrere Ministerien und Behörden machten sich gegenseitig Kompetenzen streitig. Davon konnten Emigranten profitieren, die über Verbindungen in Behörden und Ministerien verfügten. Einer von ihnen war der ehemalige Reichstagsabgeordnete der katholischen Zentrumspartei Carl Spiecker. Er hatte bereits Anfang 1938 im Namen einer von ihm gegründeten konservativen Emigrantengruppe mehrere Monate lang von einem unter britischer Flagge in den internationalen Gewässern des Ärmelkanals kreuzenden Fischkutter aus den *Sender der Deutschen Freiheitspartei* betrieben und zum Widerstand gegen das Hitlerregime aufgerufen.² 1940 gelang es Spiecker dann, die britischen Behörden zur Einrichtung eines neuen Geheimsenders zu bewegen, der sich Ende Mai 1940 erstmals mit der Ansage »Hier spricht Deutschland« auf Kurzwelle meldete. Die einzigen Redakteure und Sprecher waren Spiecker selbst und der Journalist Hans Albert Kluthe, der in der Weimarer Republik für liberale Zeitungen und Zeitschriften geschrieben hatte. Sie versuchten, Angehörige der Mittelschicht davon zu überzeugen, dass es für einen »echten Deutschen unmöglich sein (müsse), ein Nazi zu sein«. Zugleich übernahmen sie allerdings die Naziparole vom »Bedarf an Lebensraum« und forderten sogar noch im Februar 1941 ein »starkes Deutschland unter Beibehaltung seiner militärischen Gebietsgewinne«.³

Das kollidierte zusehends mit den britischen Kriegszielen. Am 15. März 1941 musste Spiecker den Betrieb seines Senders einstellen. Weiter arbeiten konnte dagegen vorerst der *Sender der Europäischen Revolution*, der sich erstmals am 7. Oktober 1940 auf Kurzwelle im 30-Meter-Band gemeldet hatte: »Wir sprechen für alle, die zum Schweigen verdammt sind! Wir rufen die Massen zur politischen und sozialen Revolution! Wir kämpfen für ein Europa des Friedens!«⁴

Initiiert hatten den Sender linkssozialistisch orientierte deutsche Emigranten, die dabei von britischen Gewerkschaften und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) unterstützt wurden. Ihr wichtigster Verbündeter im britischen Staatsapparat war der Labour-Politiker Richard Crossman, der nach dem Krieg lange Jahre Abgeordneter im Unterhaus war, Ministerposten bekleidete und dem Vorstand seiner Partei angehörte. Er setzte den Sender gegen Vorbehalte seiner Kollegen durch.

Sozialistisch und antikommunistisch

Die Redaktion des *Senders der Europäischen Revolution* bildete sich um den bayerischen Sozialdemokraten Waldemar von Knoeringen, das Ehepaar Evelyn und Paul Anderson sowie den Journalisten Fritz Eberhard und einige weitere. Sie genossen weitgehende politische und journalistische Freiheit, eine vorherige institutionalisierte Zensur gab es nicht. Die Programme propagierten eine sozialistische, zugleich aber auch antikommunistische Position. So nutzte man am 21. Januar 1941 – als der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion noch in Kraft war – den Todestag von Wladimir Iljitsch Lenin für einen Kommentar, dass dieser den »Weg zum Bündnis mit Hitler niemals gegangen« wäre. Er habe aber »die Wurzeln des Stalinismus nicht rechtzeitig erkannt«. Dann spannte man den Bogen zur Situation in Hitlerdeutschland: »Unter seiner Diktatur gibt es zwar keine offenen innenpolitischen Krisen mehr, dafür hat er aber durch seine imperialistische Außenpolitik eine Krise furchtbarsten Ausmaßes heraufbeschworen: den Zweiten Weltkrieg. Er hat zwar durch die Beschäftigung der Arbeiter in der Rüstungsproduktion die Existenzfrage des Einzelnen vorübergehend gelöst, aber er hat dadurch einen Krieg vorbereitet und führt nun diesen Krieg, der die Existenz des ganzen deutschen Volkes aufs Spiel setzt.«⁵

Die Aufzeichnungen der in die Mikrofone gesprochenen Kommentare verdanken wir unter anderem der Gestapo, deren Schergen die Programme dieses und anderer »Feindsender« eifrig mitprotokollierten und in dicken, als »Geheim!« klassifizierten Akten archivierten. So findet sich in den Unterlagen auch eine weitere Notiz aus dem Februar 1941, in der die »Polemik des *Senders der Europäischen Revolution* gegen die Diplomatie der Sowjetunion« hervorgehoben wird: »Ihre Haltung könne nicht mehr mit Gerissenheit, mit Schwäche oder gar mit verschleierter Feindschaft gegen den nationalsozialistischen Imperialismus erklärt werden. Das Stalin-Regime sei offen in die faschistische Weltfront eingerückt: ›Niemals soll die revolutionäre Arbeiterschaft vergessen, dass dieser Krieg vielleicht nie möglich gewesen wäre ohne die Hilfe Stalins für Hitler, und dass auch noch nach dem Russenpakt von 1939 eine hitlerfeindliche Neutralität der Sowjetunion viele Völker Europas vor dem Schicksal der Sklaverei hätte bewahren können.«⁶

Spätestens mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und der Bildung einer antifaschistischen Koalition zwischen Moskau, London und Washington passten solche Töne nicht mehr in das politische Konzept der britischen Regierung. Am 30. April 1942 musste der *Sender der Europäischen Revolution* den Betrieb einstellen. Wenige Tage später meldete sich auf ähnlichen Kurzwellenfrequenzen ein *Arbeitersender*. Wie sein Vorgänger präsentierte er sich als Sprachrohr einer linken Untergrundorganisation in Deutschland.⁷ Allerdings standen hinter diesem Programm nun keine Emigranten mehr, sondern die Londoner Propagandisten, und es ging auch nicht mehr um die Propagierung von Vorstellungen über die zukünftige Gestalt eines befreiten Deutschlands, sondern um Zersetzung und Zermürbung des Feindes. »In meinen Augen waren alle diese Versuche, die Deutschen durch Aufrufe und Kritik zum Aufstand gegen Hitler zu bekehren, eine Verschwendung von Atem und elektrischem Strom«, schrieb der Leiter der britischen

Schwarzsender, Sefton Delmer, dazu in seinen Erinnerungen. »Wer in dem damaligen Stadium des Krieges die Deutschen zu hitlerfeindlichen Gedanken und Handlungen veranlassen wollte, musste sich des Mittels der Irreführung bedienen.«⁸

Ein Beispiel dafür war der im Oktober 1943 gestartete *Soldatensender Calais*, die nahezu perfekte Kopie eines deutschen Wehrmachtssenders in den besetzten Gebieten. Natürlich stand er nicht in der nordfranzösischen Hafenstadt, sondern kam über den britischen Mittelwellensender »Aspidistra«, der mit einer Sendeleistung von 600 Kilowatt als die stärkste Station seiner Zeit galt. Wie die echten Soldatensender der Nazis, die die Landser bei Laune halten sollten, verbreitete *Calais* flotte Musik und offizielle Meldungen der Wehrmachtsführung. Dazwischen wurden jedoch immer wieder Meldungen über Niederlagen der Deutschen, Materialmangel an den Fronten oder Zerstörungen in Deutschland eingestreut, die den Durchhalteparolen des Propagandaministeriums widersprachen.

Stimmen der Komintern

In der Sowjetunion beschloss die Kommunistische Internationale nach dem deutschen Überfall die Einrichtung von Freiheitssendern vor allem für die von den Faschisten besetzten Länder. Anfang August 1941 waren bereits sechs von ihnen in Betrieb: *Radio Tadeusz Kosciuszko* auf polnisch, »Für die nationale Befreiung« auf tschechisch, *Milano Libertà* auf italienisch, *Radio España Independiente* auf spanisch, *Christo Botew* auf bulgarisch und *Romania Libera* auf rumänisch.⁹ In den folgenden Wochen kamen weitere hinzu, etwa *Za slovensku slobodu* (Für die slowakische Freiheit) in slowakischer und der *Sudentendeutsche Freiheitssender* in deutscher Sprache.¹⁰ Im November 1941 folgte der *Sender Österreich*, der von dem KPÖ-Mitglied und Journalisten Erwin Zucker-Schilling geleitet wurde. Auch Programme für Griechenland, Jugoslawien und weitere Länder wurden verbreitet.

Eingeleitet mit der Melodie von »Die Gedanken sind frei« als Pausenzeichen meldete sich ab dem 10. September 1941 der *Deutsche Volkssender* als »Stimme der nationalen Friedensbewegung«, wie es in der Ansage hieß. »Hitler hat den Krieg begonnen, Hitlers Sturz wird ihn beenden.«¹¹

In der Anfangszeit versuchte man den Eindruck zu erwecken, dass die Sendungen von einer geheimen Funkstation innerhalb Deutschlands verbreitet würden. »Wir sprechen mitten aus dem Erleben unseres Volkes heraus«, hieß es in der ersten Sendung am 10. September 1941. »Wir sind seine Stimme. Das Anhören und Verbreiten unserer Sendungen ist ein echter nationaler Dienst am Volke.«¹² Schon nach einem halben Jahr wurde diese Legende jedoch aufgegeben, der *Deutsche Volkssender* trat nun offen als Stimme der in die Sowjetunion emigrierten Führung der KPD auf.¹³ Damit ergänzte er die deutschsprachigen Sendungen von *Radio Moskau*, in denen zwar führende Vertreter der KPD zu Wort kamen, die aber doch immer die offizielle Stimme der UdSSR waren. »Unser Sender hatte die Aufgabe, nicht nur die politische Linie und die Argumente für die vielschichtige Arbeit im Land aktuell, treffend, überzeugend und lebendig zu verbreiten, sondern vor allem auch eine möglichst konkrete, den schweren Bedingungen angepasste Anleitung für den praktischen illegalen Kampf, für dessen Organisationsformen, seine Methoden zu geben.«¹⁴

So fasste Markus Wolf die Arbeit zusammen. Der spätere Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Auslandsgeheimdienstes der DDR hatte als 20jähriger Ende August 1943 als Sprecher und Redakteur beim *Deutschen Volkssender* angefangen. Im Gespräch mit der Redaktion der *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* führte er 1977 weiter aus: »Diese Aufgabenstellung stieß auf vielfältige Schwierigkeiten. Denn der Gestapo-Terror und die enormen Verluste unserer Partei,

die notwendige Dezentralisierung der Organisation und auch die Konspiration sicherten keinen systematischen Informationsfluss aus dem Lande mehr. Wir waren also darauf angewiesen, gestützt auf das Wissen und die Hinweise unserer Parteiführung über den Kampf im Lande, uns aus den vielfältigsten Quellen ein solches Faktenwissen zu erarbeiten, das eine wirklichkeitsnahe, den Aufgaben entsprechende aktuelle Sendetätigkeit jeden Tag und mehrmals am Tag ermöglichte.«¹⁵

Die Gestapo verfolgte die Programme des *Deutschen Volkssenders* mit größter Aufmerksamkeit. In einem Lagebericht des Reichssicherheitshauptamtes vom 1. April 1942 etwa wurde ein Kommentar zur Ernährungslage in Deutschland mitgeschrieben: »Bis ins einzelne gehende Anweisungen gab auch der *Deutsche Volkssender*, der u. a. aufforderte, auf den Märkten, vor den Ernährungsämtern, vor den Kreisleitungen und den Bürgermeistereien für die sofortige Freigabe der für die Kriegsverlängerung angehäuften Vorräte zu demonstrieren. Die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben sollten es ablehnen, mit leerem Magen für Hitlers Krieg zu schufteln. Die Eisenbahner sollten erklären, dass sie nur noch Lebensmitteltransporte, aber keine Kriegstransporte mehr fahren.«¹⁶

Friedenspropaganda

Der *Deutsche Volkssender* propagierte auch die Bildung einer breiten nationalen Sammlungsbewegung gegen Krieg und Faschismus. So notierten die Abhörer der Gestapo am 17. Dezember 1942, dass er über ein »Friedensmanifest oppositioneller Kreise aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet« berichtet habe, demzufolge sich »zahlreiche oppositionell eingestellte Männer und Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung zur Manifestierung des Friedens zusammengeschlossen« hätten. Knapp zwei Wochen später hielten die Agenten die Verbreitung eines »Aktionsprogramms der nationalen Friedensbewegung« fest, in dessen zehn Punkten unter anderem die sofortige Einstellung der Kriegshandlungen, die Schaffung einer national-demokratischen Friedensregierung und die Auflösung von SS und Gestapo gefordert worden seien.¹⁷

Die Phrasen waren bis zum Überdruß bekannt. »Wem die Vorsehung so schwere Prüfungen auferlegt, den hat sie zu Höchstem berufen«, tönte Adolf Hitler am 31. Dezember 1944 in seiner vom *Großdeutschen Rundfunk* übertragenen Silvesteransprache. »In dieser Stunde will ich daher als Sprecher Großdeutschlands gegenüber dem Allmächtigen das feierliche Gelöbnis ablegen, dass wir treu und unerschütterlich unsere Pflicht auch im neuen Jahr erfüllen werden ...« Doch diesmal wurde dem »Führer und Reichskanzler« widersprochen. »Das Jahr 1945 muss das Ende der Hitler Tyrannie sein!« rief plötzlich eine Stimme dazwischen. Und mitten in das folgende Horst-Wessel-Lied noch einmal: »Nieder mit Hitler und seiner Bande! Weg mit den Nazis!«

»Feindsprüche«

Nicht nur bei den Faschisten, sondern auch bei vielen Hörern rief diese »Geisterstimme« Aufregung hervor. Wie war so etwas möglich? Waren die alliierten Truppen schon so weit vorgestoßen, dass sie bereits im deutschen Rundfunk zu hören waren?

Tatsächlich saß der Sprecher der antifaschistischen Kommentare in einem Studio in Moskau und verfolgte aufmerksam die Parolen aus Berlin. War der richtige Zeitpunkt gekommen, um mit kurzen Sätzen die Lügen zu kommentieren, verstärkten die sowjetischen Techniker kurzfristig die Leistung ihrer Sender und überlagerten so die Frequenz, auf der das deutsche Programm lief. Vor allem im Norden und Osten Deutschlands war dann für einen kurzen Augenblick nicht mehr Hitler zu hören, sondern die Stimme eines deutschen Kommunisten.

Bereits kurz nach dem deutschen Überfall 1941 hatten die sowjetischen Propagandisten begonnen, mit »Feindeinsprüchen«, wie es im Beamtendeutsch der Gestapo hieß, den deutschen Rundfunk zu stören. Die Nazis stellte das vor Probleme, denn ihre Störsender waren gegen diese Waffe wirkungslos, wenn sie nicht ihre eigenen Programme unhörbar machen wollten. Die Aufgabe der kurzen Zwischenrufe war es allerdings nicht, die Hörer zu informieren, was auf diese Weise kaum möglich gewesen wäre. Aber sie konnten auf Widersprüche der Nazipropaganda hinweisen, etwa wenn die »Geisterstimme« am 8. Dezember 1942 mitten in der Nachrichtensendung des *Großdeutschen Rundfunks* fragte: »Wo ist der Rommel?« und kurz darauf warnte: »In Italien geht es drunter und drüber!« Schließlich dann die kurze Feststellung: »Mit der Schnauze haben wir längst gesiegt!«¹

Wer sich ausführlicher über die tatsächliche Kriegslage informieren wollte, musste auf die sogenannten Feindsender ausweichen. Zwar war das seit dem 1. September 1939 in Deutschland offiziell verboten und es drohten drastische Strafen bis hin zur Hinrichtung, doch Millionen Menschen wagten es, auf die Sender der gegnerischen Mächte umzuschalten, etwa auf *Radio Moskau* oder die *BBC London*. Deren Inhalte wurden aber von den Behörden kontrolliert, deutsche Emigranten hatten auf die offiziellen Programme wenig bis keinen Einfluss. In dem erst 1938 hektisch eingerichteten deutschsprachigen Dienst der *BBC London* waren sie nur als Sprecher und Übersetzer willkommen, eigenständige redaktionelle Arbeit durften sie nicht leisten.

Einen gewissen Freiraum für deutsche Antifaschisten in Großbritannien hatte es nur zu Beginn des Krieges gegeben. Zwischen 1939 und 1941 verfolgte die Londoner Regierung noch keine einheitliche Strategie, wie man auf die Bevölkerung der feindlichen Länder einwirken wollte. Mehrere Ministerien und Behörden machten sich gegenseitig Kompetenzen streitig. Davon konnten Emigranten profitieren, die über Verbindungen in Behörden und Ministerien verfügten. Einer von ihnen war der ehemalige Reichstagsabgeordnete der katholischen Zentrumspartei Carl Spiecker. Er hatte bereits Anfang 1938 im Namen einer von ihm gegründeten konservativen Emigrantengruppe mehrere Monate lang von einem unter britischer Flagge in den internationalen Gewässern des Ärmelkanals kreuzenden Fischkutter aus den *Sender der Deutschen Freiheitspartei* betrieben und zum Widerstand gegen das Hitlerregime aufgerufen.² 1940 gelang es Spiecker dann, die britischen Behörden zur Einrichtung eines neuen Geheimsenders zu bewegen, der sich Ende Mai 1940 erstmals mit der Ansage »Hier spricht Deutschland« auf Kurzwelle meldete. Die einzigen Redakteure und Sprecher waren Spiecker selbst und der Journalist Hans Albert Kluthe, der in der Weimarer Republik für liberale Zeitungen und Zeitschriften geschrieben hatte. Sie versuchten, Angehörige der Mittelschicht davon zu überzeugen, dass es für einen »echten Deutschen unmöglich sein (müsse), ein Nazi zu sein«. Zugleich übernahmen sie allerdings die Naziparole vom »Bedarf an Lebensraum« und forderten sogar noch im Februar 1941 ein »starkes Deutschland unter Beibehaltung seiner militärischen Gebietsgewinne«.³

Das kollidierte zusehends mit den britischen Kriegszielen. Am 15. März 1941 musste Spiecker den Betrieb seines Senders einstellen. Weiter arbeiten konnte dagegen vorerst der *Sender der Europäischen Revolution*, der sich erstmals am 7. Oktober 1940 auf Kurzwelle im 30-Meter-Band gemeldet hatte: »Wir sprechen für alle, die zum Schweigen verdammt sind! Wir rufen die Massen zur politischen und sozialen Revolution! Wir kämpfen für ein Europa des Friedens!«⁴

Initiiert hatten den Sender linkssozialistisch orientierte deutsche Emigranten, die dabei von britischen Gewerkschaften und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) unterstützt wurden. Ihr wichtigster Verbündeter im britischen Staatsapparat war der Labour-Politiker Richard

Crossman, der nach dem Krieg lange Jahre Abgeordneter im Unterhaus war, Ministerposten bekleidete und dem Vorstand seiner Partei angehörte. Er setzte den Sender gegen Vorbehalte seiner Kollegen durch.

Sozialistisch und antikommunistisch

Die Redaktion des *Senders der Europäischen Revolution* bildete sich um den bayerischen Sozialdemokraten Waldemar von Knoeringen, das Ehepaar Evelyn und Paul Anderson sowie den Journalisten Fritz Eberhard und einige weitere. Sie genossen weitgehende politische und journalistische Freiheit, eine vorherige institutionalisierte Zensur gab es nicht. Die Programme propagierten eine sozialistische, zugleich aber auch antikommunistische Position. So nutzte man am 21. Januar 1941 – als der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion noch in Kraft war – den Todestag von Wladimir Iljitsch Lenin für einen Kommentar, dass dieser den »Weg zum Bündnis mit Hitler niemals gegangen« wäre. Er habe aber »die Wurzeln des Stalinismus nicht rechtzeitig erkannt«. Dann spannte man den Bogen zur Situation in Hitlerdeutschland: »Unter seiner Diktatur gibt es zwar keine offenen innenpolitischen Krisen mehr, dafür hat er aber durch seine imperialistische Außenpolitik eine Krise furchtbarsten Ausmaßes heraufbeschworen: den Zweiten Weltkrieg. Er hat zwar durch die Beschäftigung der Arbeiter in der Rüstungsproduktion die Existenzfrage des Einzelnen vorübergehend gelöst, aber er hat dadurch einen Krieg vorbereitet und führt nun diesen Krieg, der die Existenz des ganzen deutschen Volkes aufs Spiel setzt.«⁵

Die Aufzeichnungen der in die Mikrofone gesprochenen Kommentare verdanken wir unter anderem der Gestapo, deren Schergen die Programme dieses und anderer »Feindsender« eifrig mitprotokollierten und in dicken, als »Geheim!« klassifizierten Akten archivierten. So findet sich in den Unterlagen auch eine weitere Notiz aus dem Februar 1941, in der die »Polemik des *Senders der Europäischen Revolution* gegen die Diplomatie der Sowjetunion« hervorgehoben wird: »Ihre Haltung könne nicht mehr mit Gerissenheit, mit Schwäche oder gar mit verschleierter Feindschaft gegen den nationalsozialistischen Imperialismus erklärt werden. Das Stalin-Regime sei offen in die faschistische Weltfront eingerückt: »Niemand soll die revolutionäre Arbeiterschaft vergessen, dass dieser Krieg vielleicht nie möglich gewesen wäre ohne die Hilfe Stalins für Hitler, und dass auch noch nach dem Russenpakt von 1939 eine hitlerfeindliche Neutralität der Sowjetunion viele Völker Europas vor dem Schicksal der Sklaverei hätte bewahren können.«⁶

Spätestens mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und der Bildung einer antifaschistischen Koalition zwischen Moskau, London und Washington passten solche Töne nicht mehr in das politische Konzept der britischen Regierung. Am 30. April 1942 musste der *Sender der Europäischen Revolution* den Betrieb einstellen. Wenige Tage später meldete sich auf ähnlichen Kurzwellenfrequenzen ein *Arbeitersender*. Wie sein Vorgänger präsentierte er sich als Sprachrohr einer linken Untergrundorganisation in Deutschland.⁷ Allerdings standen hinter diesem Programm nun keine Emigranten mehr, sondern die Londoner Propagandisten, und es ging auch nicht mehr um die Propagierung von Vorstellungen über die zukünftige Gestalt eines befreiten Deutschlands, sondern um Zersetzung und Zermürbung des Feindes. »In meinen Augen waren alle diese Versuche, die Deutschen durch Aufrufe und Kritik zum Aufstand gegen Hitler zu bekehren, eine Verschwendung von Atem und elektrischem Strom«, schrieb der Leiter der britischen Schwarzsender, Sefton Delmer, dazu in seinen Erinnerungen. »Wer in dem damaligen Stadium des Krieges die Deutschen zu hitlerfeindlichen Gedanken und Handlungen veranlassen wollte, musste sich des Mittels der Irreführung bedienen.«⁸

Ein Beispiel dafür war der im Oktober 1943 gestartete *Soldatensender Calais*, die nahezu perfekte Kopie eines deutschen Wehrmachtssenders in den besetzten Gebieten. Natürlich stand er nicht in der nordfranzösischen Hafenstadt, sondern kam über den britischen Mittelwellensender »Aspidistra«, der mit einer Sendeleistung von 600 Kilowatt als die stärkste Station seiner Zeit galt. Wie die echten Soldatensender der Nazis, die die Landser bei Laune halten sollten, verbreitete *Calais* flotte Musik und offizielle Meldungen der Wehrmachtsführung. Dazwischen wurden jedoch immer wieder Meldungen über Niederlagen der Deutschen, Materialmangel an den Fronten oder Zerstörungen in Deutschland eingestreut, die den Durchhalteparolen des Propagandaministeriums widersprachen.

Stimmen der Komintern

In der Sowjetunion beschloss die Kommunistische Internationale nach dem deutschen Überfall die Einrichtung von Freiheitssendern vor allem für die von den Faschisten besetzten Länder. Anfang August 1941 waren bereits sechs von ihnen in Betrieb: Radio *Tadeusz Kosciuszko* auf polnisch, »Für die nationale Befreiung« auf tschechisch, *Milano Libertà* auf italienisch, *Radio España Independiente* auf spanisch, *Christo Botew* auf bulgarisch und *Romania Libera* auf rumänisch.⁹ In den folgenden Wochen kamen weitere hinzu, etwa *Za slovensku slobodu* (Für die slowakische Freiheit) in slowakischer und der *Sudentendeutsche Freiheitssender* in deutscher Sprache.¹⁰ Im November 1941 folgte der *Sender Österreich*, der von dem KPÖ-Mitglied und Journalisten Erwin Zucker-Schilling geleitet wurde. Auch Programme für Griechenland, Jugoslawien und weitere Länder wurden verbreitet.

Eingeleitet mit der Melodie von »Die Gedanken sind frei« als Pausenzeichen meldete sich ab dem 10. September 1941 der *Deutsche Volkssender* als »Stimme der nationalen Friedensbewegung«, wie es in der Ansage hieß. »Hitler hat den Krieg begonnen, Hitlers Sturz wird ihn beenden.«¹¹

In der Anfangszeit versuchte man den Eindruck zu erwecken, dass die Sendungen von einer geheimen Funkstation innerhalb Deutschlands verbreitet würden. »Wir sprechen mitten aus dem Erleben unseres Volkes heraus«, hieß es in der ersten Sendung am 10. September 1941. »Wir sind seine Stimme. Das Anhören und Verbreiten unserer Sendungen ist ein echter nationaler Dienst am Volke.«¹² Schon nach einem halben Jahr wurde diese Legende jedoch aufgegeben, der *Deutsche Volkssender* trat nun offen als Stimme der in die Sowjetunion emigrierten Führung der KPD auf.¹³ Damit ergänzte er die deutschsprachigen Sendungen von *Radio Moskau*, in denen zwar führende Vertreter der KPD zu Wort kamen, die aber doch immer die offizielle Stimme der UdSSR waren. »Unser Sender hatte die Aufgabe, nicht nur die politische Linie und die Argumente für die vielschichtige Arbeit im Land aktuell, treffend, überzeugend und lebendig zu verbreiten, sondern vor allem auch eine möglichst konkrete, den schweren Bedingungen angepasste Anleitung für den praktischen illegalen Kampf, für dessen Organisationsformen, seine Methoden zu geben.«¹⁴

So fasste Markus Wolf die Arbeit zusammen. Der spätere Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Auslandsgeheimdienstes der DDR hatte als 20jähriger Ende August 1943 als Sprecher und Redakteur beim *Deutschen Volkssender* angefangen. Im Gespräch mit der Redaktion der *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* führte er 1977 weiter aus: »Diese Aufgabenstellung stieß auf vielfältige Schwierigkeiten. Denn der Gestapo-Terror und die enormen Verluste unserer Partei, die notwendige Dezentralisierung der Organisation und auch die Konspiration sicherten keinen systematischen Informationsfluss aus dem Lande mehr. Wir waren also darauf angewiesen, gestützt auf das Wissen und die Hinweise unserer Parteiführung über den Kampf im Lande, uns aus den

vielfältigsten Quellen ein solches Faktenwissen zu erarbeiten, das eine wirklichkeitsnahe, den Aufgaben entsprechende aktuelle Sendetätigkeit jeden Tag und mehrmals am Tag ermöglichte.«¹⁵

Die Gestapo verfolgte die Programme des *Deutschen Volkssenders* mit größter Aufmerksamkeit. In einem Lagebericht des Reichssicherheitshauptamtes vom 1. April 1942 etwa wurde ein Kommentar zur Ernährungslage in Deutschland mitgeschrieben: »Bis ins einzelne gehende Anweisungen gab auch der *Deutsche Volkssender*, der u. a. aufforderte, auf den Märkten, vor den Ernährungsämtern, vor den Kreisleitungen und den Bürgermeistereien für die sofortige Freigabe der für die Kriegsverlängerung angehäuften Vorräte zu demonstrieren. Die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben sollten es ablehnen, mit leerem Magen für Hitlers Krieg zu schufteln. Die Eisenbahner sollten erklären, dass sie nur noch Lebensmitteltransporte, aber keine Kriegstransporte mehr fahren.«¹⁶

Friedenspropaganda

Der *Deutsche Volkssender* propagierte auch die Bildung einer breiten nationalen Sammlungsbewegung gegen Krieg und Faschismus. So notierten die Abhörer der Gestapo am 17. Dezember 1942, dass er über ein »Friedensmanifest oppositioneller Kreise aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet« berichtet habe, demzufolge sich »zahlreiche oppositionell eingestellte Männer und Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung zur Manifestierung des Friedens zusammengeschlossen« hätten. Knapp zwei Wochen später hielten die Agenten die Verbreitung eines »Aktionsprogramms der nationalen Friedensbewegung« fest, in dessen zehn Punkten unter anderem die sofortige Einstellung der Kriegshandlungen, die Schaffung einer national-demokratischen Friedensregierung und die Auflösung von SS und Gestapo gefordert worden seien.¹⁷

Die Phrasen waren bis zum Überdruß bekannt. »Wem die Vorsehung so schwere Prüfungen auferlegt, den hat sie zu Höchstem berufen«, tönte Adolf Hitler am 31. Dezember 1944 in seiner vom *Großdeutschen Rundfunk* übertragenen Silvesteransprache. »In dieser Stunde will ich daher als Sprecher Großdeutschlands gegenüber dem Allmächtigen das feierliche Gelöbnis ablegen, dass wir treu und unerschütterlich unsere Pflicht auch im neuen Jahr erfüllen werden ...« Doch diesmal wurde dem »Führer und Reichskanzler« widersprochen. »Das Jahr 1945 muss das Ende der Hitler Tyrannie sein!« rief plötzlich eine Stimme dazwischen. Und mitten in das folgende Horst-Wessel-Lied noch einmal: »Nieder mit Hitler und seiner Bande! Weg mit den Nazis!«

»Feindsprüche«

Nicht nur bei den Faschisten, sondern auch bei vielen Hörern rief diese »Geisterstimme« Aufregung hervor. Wie war so etwas möglich? Waren die alliierten Truppen schon so weit vorgestoßen, dass sie bereits im deutschen Rundfunk zu hören waren?

Tatsächlich saß der Sprecher der antifaschistischen Kommentare in einem Studio in Moskau und verfolgte aufmerksam die Parolen aus Berlin. War der richtige Zeitpunkt gekommen, um mit kurzen Sätzen die Lügen zu kommentieren, verstärkten die sowjetischen Techniker kurzfristig die Leistung ihrer Sender und überlagerten so die Frequenz, auf der das deutsche Programm lief. Vor allem im Norden und Osten Deutschlands war dann für einen kurzen Augenblick nicht mehr Hitler zu hören, sondern die Stimme eines deutschen Kommunisten.

Bereits kurz nach dem deutschen Überfall 1941 hatten die sowjetischen Propagandisten begonnen, mit »Feindeinsprüchen«, wie es im Beamtendeutsch der Gestapo hieß, den deutschen Rundfunk zu

stören. Die Nazis stellte das vor Probleme, denn ihre Störsender waren gegen diese Waffe wirkungslos, wenn sie nicht ihre eigenen Programme unhörbar machen wollten. Die Aufgabe der kurzen Zwischenrufe war es allerdings nicht, die Hörer zu informieren, was auf diese Weise kaum möglich gewesen wäre. Aber sie konnten auf Widersprüche der Nazipropaganda hinweisen, etwa wenn die »Geisterstimme« am 8. Dezember 1942 mitten in der Nachrichtensendung des *Großdeutschen Rundfunks* fragte: »Wo ist der Rommel?« und kurz darauf warnte: »In Italien geht es drunter und drüber!« Schließlich dann die kurze Feststellung: »Mit der Schnauze haben wir längst gesiegt!«¹

Wer sich ausführlicher über die tatsächliche Kriegslage informieren wollte, musste auf die sogenannten Feindsender ausweichen. Zwar war das seit dem 1. September 1939 in Deutschland offiziell verboten und es drohten drastische Strafen bis hin zur Hinrichtung, doch Millionen Menschen wagten es, auf die Sender der gegnerischen Mächte umzuschalten, etwa auf *Radio Moskau* oder die *BBC London*. Deren Inhalte wurden aber von den Behörden kontrolliert, deutsche Emigranten hatten auf die offiziellen Programme wenig bis keinen Einfluss. In dem erst 1938 hektisch eingerichteten deutschsprachigen Dienst der *BBC London* waren sie nur als Sprecher und Übersetzer willkommen, eigenständige redaktionelle Arbeit durften sie nicht leisten.

Einen gewissen Freiraum für deutsche Antifaschisten in Großbritannien hatte es nur zu Beginn des Krieges gegeben. Zwischen 1939 und 1941 verfolgte die Londoner Regierung noch keine einheitliche Strategie, wie man auf die Bevölkerung der feindlichen Länder einwirken wollte. Mehrere Ministerien und Behörden machten sich gegenseitig Kompetenzen streitig. Davon konnten Emigranten profitieren, die über Verbindungen in Behörden und Ministerien verfügten. Einer von ihnen war der ehemalige Reichstagsabgeordnete der katholischen Zentrumspartei Carl Spiecker. Er hatte bereits Anfang 1938 im Namen einer von ihm gegründeten konservativen Emigrantengruppe mehrere Monate lang von einem unter britischer Flagge in den internationalen Gewässern des Ärmelkanals kreuzenden Fischkutter aus den *Sender der Deutschen Freiheitspartei* betrieben und zum Widerstand gegen das Hitlerregime aufgerufen.² 1940 gelang es Spiecker dann, die britischen Behörden zur Einrichtung eines neuen Geheimsenders zu bewegen, der sich Ende Mai 1940 erstmals mit der Ansage »Hier spricht Deutschland« auf Kurzwelle meldete. Die einzigen Redakteure und Sprecher waren Spiecker selbst und der Journalist Hans Albert Kluthe, der in der Weimarer Republik für liberale Zeitungen und Zeitschriften geschrieben hatte. Sie versuchten, Angehörige der Mittelschicht davon zu überzeugen, dass es für einen »echten Deutschen unmöglich sein (müsse), ein Nazi zu sein«. Zugleich übernahmen sie allerdings die Naziparole vom »Bedarf an Lebensraum« und forderten sogar noch im Februar 1941 ein »starkes Deutschland unter Beibehaltung seiner militärischen Gebietsgewinne«.³

Das kollidierte zusehends mit den britischen Kriegszielen. Am 15. März 1941 musste Spiecker den Betrieb seines Senders einstellen. Weiter arbeiten konnte dagegen vorerst der *Sender der Europäischen Revolution*, der sich erstmals am 7. Oktober 1940 auf Kurzwelle im 30-Meter-Band gemeldet hatte: »Wir sprechen für alle, die zum Schweigen verdammt sind! Wir rufen die Massen zur politischen und sozialen Revolution! Wir kämpfen für ein Europa des Friedens!«⁴

Initiiert hatten den Sender linkssozialistisch orientierte deutsche Emigranten, die dabei von britischen Gewerkschaften und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) unterstützt wurden. Ihr wichtigster Verbündeter im britischen Staatsapparat war der Labour-Politiker Richard Crossman, der nach dem Krieg lange Jahre Abgeordneter im Unterhaus war, Ministerposten

bekleidete und dem Vorstand seiner Partei angehörte. Er setzte den Sender gegen Vorbehalte seiner Kollegen durch.

Sozialistisch und antikommunistisch

Die Redaktion des *Senders der Europäischen Revolution* bildete sich um den bayerischen Sozialdemokraten Waldemar von Knoeringen, das Ehepaar Evelyn und Paul Anderson sowie den Journalisten Fritz Eberhard und einige weitere. Sie genossen weitgehende politische und journalistische Freiheit, eine vorherige institutionalisierte Zensur gab es nicht. Die Programme propagierten eine sozialistische, zugleich aber auch antikommunistische Position. So nutzte man am 21. Januar 1941 – als der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion noch in Kraft war – den Todestag von Wladimir Iljitsch Lenin für einen Kommentar, dass dieser den »Weg zum Bündnis mit Hitler niemals gegangen« wäre. Er habe aber »die Wurzeln des Stalinismus nicht rechtzeitig erkannt«. Dann spannte man den Bogen zur Situation in Hitlerdeutschland: »Unter seiner Diktatur gibt es zwar keine offenen innenpolitischen Krisen mehr, dafür hat er aber durch seine imperialistische Außenpolitik eine Krise furchtbarsten Ausmaßes heraufbeschworen: den Zweiten Weltkrieg. Er hat zwar durch die Beschäftigung der Arbeiter in der Rüstungsproduktion die Existenzfrage des Einzelnen vorübergehend gelöst, aber er hat dadurch einen Krieg vorbereitet und führt nun diesen Krieg, der die Existenz des ganzen deutschen Volkes aufs Spiel setzt.«⁵

Die Aufzeichnungen der in die Mikrofone gesprochenen Kommentare verdanken wir unter anderem der Gestapo, deren Schergen die Programme dieses und anderer »Feindsender« eifrig mitprotokollierten und in dicken, als »Geheim!« klassifizierten Akten archivierten. So findet sich in den Unterlagen auch eine weitere Notiz aus dem Februar 1941, in der die »Polemik des *Senders der Europäischen Revolution* gegen die Diplomatie der Sowjetunion« hervorgehoben wird: »Ihre Haltung könne nicht mehr mit Gerissenheit, mit Schwäche oder gar mit verschleierte Feindschaft gegen den nationalsozialistischen Imperialismus erklärt werden. Das Stalin-Regime sei offen in die faschistische Weltfront eingerückt: »Niemand soll die revolutionäre Arbeiterschaft vergessen, dass dieser Krieg vielleicht nie möglich gewesen wäre ohne die Hilfe Stalins für Hitler, und dass auch noch nach dem Russenpakt von 1939 eine hitlerfeindliche Neutralität der Sowjetunion viele Völker Europas vor dem Schicksal der Sklaverei hätte bewahren können.«⁶

Spätestens mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und der Bildung einer antifaschistischen Koalition zwischen Moskau, London und Washington passten solche Töne nicht mehr in das politische Konzept der britischen Regierung. Am 30. April 1942 musste der *Sender der Europäischen Revolution* den Betrieb einstellen. Wenige Tage später meldete sich auf ähnlichen Kurzwellenfrequenzen ein *Arbeitersender*. Wie sein Vorgänger präsentierte er sich als Sprachrohr einer linken Untergrundorganisation in Deutschland.⁷ Allerdings standen hinter diesem Programm nun keine Emigranten mehr, sondern die Londoner Propagandisten, und es ging auch nicht mehr um die Propagierung von Vorstellungen über die zukünftige Gestalt eines befreiten Deutschlands, sondern um Zersetzung und Zermürbung des Feindes. »In meinen Augen waren alle diese Versuche, die Deutschen durch Aufrufe und Kritik zum Aufstand gegen Hitler zu bekehren, eine Verschwendung von Atem und elektrischem Strom«, schrieb der Leiter der britischen Schwarzsender, Sefton Delmer, dazu in seinen Erinnerungen. »Wer in dem damaligen Stadium des Krieges die Deutschen zu hitlerfeindlichen Gedanken und Handlungen veranlassen wollte, musste sich des Mittels der Irreführung bedienen.«⁸

Ein Beispiel dafür war der im Oktober 1943 gestartete *Soldatensender Calais*, die nahezu perfekte Kopie eines deutschen Wehrmachtssenders in den besetzten Gebieten. Natürlich stand er nicht in der nordfranzösischen Hafenstadt, sondern kam über den britischen Mittelwellensender »Aspidistra«, der mit einer Sendeleistung von 600 Kilowatt als die stärkste Station seiner Zeit galt. Wie die echten Soldatensender der Nazis, die die Landser bei Laune halten sollten, verbreitete *Calais* flotte Musik und offizielle Meldungen der Wehrmachtsführung. Dazwischen wurden jedoch immer wieder Meldungen über Niederlagen der Deutschen, Materialmangel an den Fronten oder Zerstörungen in Deutschland eingestreut, die den Durchhalteparolen des Propagandaministeriums widersprachen.

Stimmen der Komintern

In der Sowjetunion beschloss die Kommunistische Internationale nach dem deutschen Überfall die Einrichtung von Freiheitssendern vor allem für die von den Faschisten besetzten Länder. Anfang August 1941 waren bereits sechs von ihnen in Betrieb: Radio *Tadeusz Kosciuszko* auf polnisch, »Für die nationale Befreiung« auf tschechisch, *Milano Libertà* auf italienisch, *Radio España Independiente* auf spanisch, *Christo Botew* auf bulgarisch und *Romania Libera* auf rumänisch.⁹ In den folgenden Wochen kamen weitere hinzu, etwa *Za slovensku slobodu* (Für die slowakische Freiheit) in slowakischer und der *Sudentendeutsche Freiheitssender* in deutscher Sprache.¹⁰ Im November 1941 folgte der *Sender Österreich*, der von dem KPÖ-Mitglied und Journalisten Erwin Zucker-Schilling geleitet wurde. Auch Programme für Griechenland, Jugoslawien und weitere Länder wurden verbreitet.

Eingeleitet mit der Melodie von »Die Gedanken sind frei« als Pausenzeichen meldete sich ab dem 10. September 1941 der *Deutsche Volkssender* als »Stimme der nationalen Friedensbewegung«, wie es in der Ansage hieß. »Hitler hat den Krieg begonnen, Hitlers Sturz wird ihn beenden.«¹¹

In der Anfangszeit versuchte man den Eindruck zu erwecken, dass die Sendungen von einer geheimen Funkstation innerhalb Deutschlands verbreitet würden. »Wir sprechen mitten aus dem Erleben unseres Volkes heraus«, hieß es in der ersten Sendung am 10. September 1941. »Wir sind seine Stimme. Das Anhören und Verbreiten unserer Sendungen ist ein echter nationaler Dienst am Volke.«¹² Schon nach einem halben Jahr wurde diese Legende jedoch aufgegeben, der *Deutsche Volkssender* trat nun offen als Stimme der in die Sowjetunion emigrierten Führung der KPD auf.¹³ Damit ergänzte er die deutschsprachigen Sendungen von *Radio Moskau*, in denen zwar führende Vertreter der KPD zu Wort kamen, die aber doch immer die offizielle Stimme der UdSSR waren. »Unser Sender hatte die Aufgabe, nicht nur die politische Linie und die Argumente für die vielschichtige Arbeit im Land aktuell, treffend, überzeugend und lebendig zu verbreiten, sondern vor allem auch eine möglichst konkrete, den schweren Bedingungen angepasste Anleitung für den praktischen illegalen Kampf, für dessen Organisationsformen, seine Methoden zu geben.«¹⁴

So fasste Markus Wolf die Arbeit zusammen. Der spätere Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Auslandsgeheimdienstes der DDR hatte als 20jähriger Ende August 1943 als Sprecher und Redakteur beim *Deutschen Volkssender* angefangen. Im Gespräch mit der Redaktion der *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* führte er 1977 weiter aus: »Diese Aufgabenstellung stieß auf vielfältige Schwierigkeiten. Denn der Gestapo-Terror und die enormen Verluste unserer Partei, die notwendige Dezentralisierung der Organisation und auch die Konspiration sicherten keinen systematischen Informationsfluss aus dem Lande mehr. Wir waren also darauf angewiesen, gestützt auf das Wissen und die Hinweise unserer Parteiführung über den Kampf im Lande, uns aus den

vielfältigsten Quellen ein solches Faktenwissen zu erarbeiten, das eine wirklichkeitsnahe, den Aufgaben entsprechende aktuelle Sendetätigkeit jeden Tag und mehrmals am Tag ermöglichte.«¹⁵

Die Gestapo verfolgte die Programme des *Deutschen Volkssenders* mit größter Aufmerksamkeit. In einem Lagebericht des Reichssicherheitshauptamtes vom 1. April 1942 etwa wurde ein Kommentar zur Ernährungslage in Deutschland mitgeschrieben: »Bis ins einzelne gehende Anweisungen gab auch der *Deutsche Volkssender*, der u. a. aufforderte, auf den Märkten, vor den Ernährungsämtern, vor den Kreisleitungen und den Bürgermeistereien für die sofortige Freigabe der für die Kriegsverlängerung angehäuften Vorräte zu demonstrieren. Die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben sollten es ablehnen, mit leerem Magen für Hitlers Krieg zu schufteln. Die Eisenbahner sollten erklären, dass sie nur noch Lebensmitteltransporte, aber keine Kriegstransporte mehr fahren.«¹⁶

Friedenspropaganda

Der *Deutsche Volkssender* propagierte auch die Bildung einer breiten nationalen Sammlungsbewegung gegen Krieg und Faschismus. So notierten die Abhörer der Gestapo am 17. Dezember 1942, dass er über ein »Friedensmanifest oppositioneller Kreise aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet« berichtet habe, demzufolge sich »zahlreiche oppositionell eingestellte Männer und Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung zur Manifestierung des Friedens zusammengeschlossen« hätten. Knapp zwei Wochen später hielten die Agenten die Verbreitung eines »Aktionsprogramms der nationalen Friedensbewegung« fest, in dessen zehn Punkten unter anderem die sofortige Einstellung der Kriegshandlungen, die Schaffung einer national-demokratischen Friedensregierung und die Auflösung von SS und Gestapo gefordert worden seien.¹⁷

Konkrete Gestalt nahm diese nationale Sammlungsbewegung im Mai 1943 an, als das Politbüro des KPD-Zentralkomitees in Moskau den »Vorschlag zur Bildung eines deutschen Komitees zum Kampf gegen Hitlerkrieg und Nazityrannei« fasste, der schließlich zur Gründungsversammlung des »Nationalkomitees Freies Deutschland« (NKFD) im Juli 1943 führte. Das Gründungsmanifest wurde von 21 kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren sowie zwölf emigrierten Zivilistinnen und Zivilisten unterzeichnet. Im September folgte dann die Konstituierung des »Bundes Deutscher Offiziere«, über den mehrere Wehrmachtsgeneräle an das NKFD herangeführt werden konnten.

Die Nazis registrierten die Gründung über eine Rundfunkmeldung vom 20. Juli 1943, die sie dem *Sender Moskau* zuschrieben.¹⁸ Zu vermuten ist, dass die Abhörer der Gestapo nicht das offizielle sowjetische Rundfunkprogramm erwischt hatten, sondern die erste Ausstrahlung des *Senders Freies Deutschland*, der an jenem Tag den Betrieb aufnahm. Schon unmittelbar nach der Gründung des Nationalkomitees waren in Moskau konspirativ arbeitende Redaktionen für die Zeitung *Freies Deutschland* und den gleichnamigen Rundfunksender eingerichtet worden. Dem Sender standen zunächst eine Mittelwellen- und mehrere Kurzwellenfrequenzen zur Verfügung, im September 1944 kam noch die Langwelle hinzu. So war man nicht nur an der gesamten Front, sondern auch in Deutschland gut zu empfangen, sofern die Störungen durch die Nazis nicht zu stark waren. Meldete man sich anfangs dreimal täglich, wurde die Zahl der Sendungen bis Juli 1944 auf acht Sendungen von jeweils zwischen 15 und 80 Minuten Dauer ausgeweitet. Entgegen mancher späterer Berichte ersetzte der Sender des NKFD jedoch nicht den *Deutschen Volkssender*, auch wenn dieser einige Mitarbeiter an das Nationalkomitee abgeben musste. Beide Stationen stellten ihre Arbeit erst nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus ein.

Der Sender des NKFD meldete sich nach der Erkennungsmelodie »Der Gott, der Eisen wachsen ließ« mit der Ansage »Achtung, Achtung, hier spricht der Sender des Nationalkomitees Freies Deutschland! Wir sprechen im Namen des deutschen Volkes! Wir rufen zur Rettung des Reiches!«¹⁹ Die Sendungen richteten sich in erster Linie an die deutschen Soldaten an der Ostfront, aber auch an Hörer im Reich selbst. So verbreitete man am 17. August 1943 einen »Appell an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht«, in dem es der Mitschrift durch die Gestapo zufolge hieß: »Die Fortsetzung des Krieges bedeutet Selbstmord der Nation und der Wehrmacht. Mit jedem Tag wird die Lage aussichtsloser, mit jedem Tag wird Deutschland ohnmächtiger, mit jedem Tag müssen sich die Friedensbedingungen verschlimmern, mit jedem Tag, den die deutschen Armeen auf russischem Boden stehen, vergrößern sie die Wut ihres mächtigsten Gegners, des russischen Volkes. Nur durch die Beseitigung des Hitlerregimes kann das Vertrauen des russischen Volkes und aller demokratischen Mächte wiedergewonnen werden. In dieser gefährlichen Stunde wiederholt das Nationalkomitee noch einmal dringlich seinen Aufruf: Macht mit dem Krieg sofort ein Ende! Alle Volkskräfte gegen die Kriegsregierung Hitlers und für die Rettung unserer Nation vor der nahenden Katastrophe! Erkämpft euch eine wahrhaft nationale Regierung, die unserem Lande die Freiheit und den Frieden bringt!«²⁰

Kontakt per Funk

Zu Wort kamen im Sender kriegsgefangene Soldaten und Offiziere, deren Statements vor allem im Lager Lunjowo auf Schallplatten aufgenommen und dann nach Moskau gebracht wurden. Die »Lagerredaktion« wurde von Hans Mahle geleitet, der auch die Aufnahmen überwachte. Das letzte Wort hatte eine »Stadredaktion« in Moskau unter der Leitung von Anton Ackermann und Walter - Ulbricht. Zensur fand allerdings kaum statt. Sowohl die uniformierten als auch die zivilen Mitglieder des Nationalkomitees verfügten über einen relativ großen redaktionellen Freiraum, dessen Grenzen die Erfordernisse der militärischen Geheimhaltung waren. Hielten die sowjetischen Kontrolloffiziere doch einmal Änderungen für notwendig, wurden diese offenbar mit den betroffenen Soldaten abgesprochen.²¹

Neben seinem zentralen Sender gab es im Namen des Nationalkomitees eine Reihe kleinerer Stationen, die in Frontnähe von Beauftragten des NKFD betrieben wurden und sich meist an eingeschlossene Truppenteile richteten. So meldete sich im März 1945 ein *Soldatensender Ostpreußen*, der sich offen als Stimme des Nationalkomitees zu erkennen gab. Er wandte sich an die Soldaten im belagerten Königsberg, dem heutigen Kaliningrad.²² An die eingeschlossenen Soldaten im Kessel Kurland richtete sich im Frühjahr 1945 der *Sender Baltikum*. Eine Besonderheit dieser Station war, dass sie kapitulationswilligen Soldaten die Möglichkeit gab, sie per Funk zu kontaktieren: »Kameraden, wenn ihr uns verstanden habt, wenn unsere Sendung bei euch angekommen ist, dann gebt auf gleicher Frequenz, auf dem 42,7-Meter-Band, das Rufzeichen ›di di da di, da di di‹ – F, D, FD, Freies Deutschland! Wir gehen auf Empfang!«²³ Gefunkt wurde über einen mobilen, 1,5 Kilowatt starken Sender der sowjetischen Armee.²⁴

Am 8. Mai 1945, als im Westen die Kapitulation der Wehrmacht gefeiert wurde, kommentierte der Hamburger Schriftsteller Willi Bredel um 23.15 Uhr über den *Sender Freies Deutschland*: »›Wir kapitulieren nie‹, brüllten die Hitlerschurken noch vor wenigen Wochen. Und jetzt haben sie zu Hunderttausenden, zu Millionen kapituliert. Die Parole Goebbels hat schmähsch versagt. Niederträchtiger hat noch niemand gehandelt als das Hitlergesindel. Es hat sich feige aus dem

Staub gemacht und hat die Soldaten in Berlin sterben lassen. Einmalig ist diese Feigheit und Niederträchtigkeit der Nazibande. In Lüge und Schmach sind sie zusammengebrochen.«²⁵

Tag des Jubels

Am nächsten Morgen verbreitete der Sender dann den Wortlaut der deutschen Kapitulation und kommentierte: »Die Vernichtung des Hitlertums ist vollständig. Der Untergang war jämmerlich. (...) Das deutsche Volk steht vor einem Trümmerfeld.« Und über den *Deutschen Volkssender* hieß es: »Der Krieg ist beendet, und die Wehrmacht hat den Schritt getan, den sie schon nach Stalingrad hätte unternehmen sollen. Es muss nun das deutsche Volk gesäubert werden, weil es noch stark mit einer verbrecherischen Bande durchseucht ist. Diese wartet, um von neuem Unheil zu stiften. Erst wenn diese Elemente verschwunden sind, können wir unser Land wieder aufbauen. Im neuen Deutschland darf kein Platz sein für Rüstungsplutokraten und andere Kriegstreiber. (...) Für friedliche Menschen ist heute ein Tag des Jubels und der Siegesfreude, weil wir vom Verbrecher Hitler befreit sind.«²⁶

Anmerkungen

1 Hans Sarkowicz, Michael Crone (Hg.): Der Kampf um die Ätherwellen. Feindpropaganda im Zweiten Weltkrieg (Tondokumentation), Frankfurt am Main 1990

2 Conrad Pütter: Rundfunk gegen das »Dritte Reich«. Ein Handbuch, München 1986, S. 38 f.

3 Ebd., S. 104 f.

4 Ebd., S. 106

5 BArch R 58/2333, S. 8; <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/dff8b1da-14e6-4ba2-8f7d-d282529d4340/>

6 Ebd., S. 64

7 Conrad Pütter, a. a. O., S. 119

8 Sefton Delmer: Die Deutschen und ich, Hamburg 1963, S. 445

9 Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein (Hg.): [Deutschland, Russland, Komintern, Band II: Dokumente \(1918–1943\). Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen](#), Berlin/München/Boston 2015, S. 1688 (Fußnote 86)

10 Tereza Maskova: Rozhlasove vysilani do okupovaného Československa, *Cesky rozhlas*, 30. April 2015; <https://temata.rozhlas.cz/rozhlasove-vysilani-do-okupovaneho-ceskoslovenska-8044759>

11 Markus Wolf: Das antifaschistische Deutschland hatte Stimme und Heimat. Erinnerungen an die Arbeit des *Deutschen Volkssenders*, in: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1977), Nr. 2, S. 6

12 Zit. n. ebd., S. 5

13 Conrad Pütter, a. a. O., S. 289 f.

14 Markus Wolf, a. a. O., S. 8 f.

15 Ebd., S. 9

16 Reichssicherheitshauptamt: Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse, 1. April 1942, S. 3; in: BArch R 58/3113, S. 5; <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/f83575b9-9f20-4240-9bf2-ee9aa4d5357b/>

17 Reichssicherheitshauptamt: Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse, 5. Januar 1943, S. 3 f.; BArch R 58/209; <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/d3eaf310-b345-487a-adbb-2e80d23ba420/>

18 Reichssicherheitshauptamt: Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse, 23. Juli 1943, S. 1; BArch R 58/211; <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/34161ced-e764-4777-aecd-240616f518a6/>

19 Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 157 ff.

20 Reichssicherheitshauptamt: Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse, 27. August 1943, S. 1; BArch R 58/211; <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/34161ced-e764-4777-aecd-240616f518a6/> (Seite 43); abgerufen am 2. Mai 2023

21 Conrad Pütter, a. a. O., S. 280 ff.

22 Ebd., S. 316

23 Ebd., S. 317

24 Rudi Bunzel: Antifaschistische Rundfunksender im Kampf gegen Faschismus. In: Karl-Heinz Schubert (Hg.): Jahrbuch für den Funkamateure 1969, Berlin (DDR) 1968, S. 22 f.; <https://archive.org/details/elektronischesjahrbuch/Elektronisches%20Jahrbuch%201969/page/n5/mode/2up?view=theater>

25 Zit. n. Ansgar Diller: Das Kriegsende 1945 im europäischen Rundfunk. Aus den Berichten der schweizerischen Abhör-»Gruppe Ohr«, in: *Rundfunk und Geschichte* (1995), Nr. 2/3, S. 152; https://rundfunkundgeschichte.de/assets/RuG_1995_2-3.pdf

26 Ebd., S. 154

»Niemand wird vergessen und nichts«

Serie: Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 6: Während der Blockade Leningrads wandte sich der Sender der Stadt auch an die deutschen Soldaten

Von André Scheer



Abwehrfeuer in der Nähe der Isaaskathedrale während eines Luftangriffs auf Leningrad, 1941

Die 872 Tage dauernde Blockade der Millionenstadt Leningrad durch die Wehrmacht war eines der großen Verbrechen der deutschen Faschisten im Zweiten Weltkrieg. Im heutigen St. Petersburg, der zweitgrößten Metropole Russlands, lebten damals mehr als drei Millionen Menschen. Als Hafenstadt am Finnischen Meerbusen war sie über Jahrhunderte eine wichtige Handelsmetropole und Standort der russischen bzw. sowjetischen Marine gewesen, galt als »Wiege« der Oktoberrevolution von 1917 und hatte auch 1941 eine wichtige strategische Bedeutung als Tor zur Ostsee.

Schon wenige Wochen nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 rückte die faschistische Wehrmacht im August auf Leningrad vor. Als am 8. September das am Ufer des Ladogasees gelegene Schlüsselburg von den deutschen Truppen besetzt wurde, war Leningrad umstellt, alle Landverbindungen unterbrochen. Es folgten schwere Luftangriffe auf zivile Ziele in der Stadt, etwa Wasser- und Elektrizitätswerke oder Lebensmittellager, aber auch Schulen und Krankenhäuser. Eine Besetzung Leningrads strebten die Nazis allerdings nicht an, wie Propagandaminister Joseph Goebbels in seinem Tagebuch schrieb: »Es erscheint notwendig, dass diese Stadt überhaupt verschwindet. Wir könnten auch, wenn wir diese Stadt eroberten, gar nicht die dort zusammengepferchte Fünf-Millionen-Masse überhaupt ernähren. Woher sollten wir die Lebens- und Transportmittel dazu nehmen? Von dieser Stadt ist der Bolschewismus ausgegangen, und in dieser Stadt wird der Bolschewismus endgültig zerschmettert werden.«¹ Und der Stab der deutschen Kriegsmarine ordnete am 22. September 1941 in einer geheimen Direktive an: »Sich aus der Lage der Stadt ergebenden Bitten um Übergabe werden abgeschlagen werden. Ein Interesse an

der Erhaltung auch nur eines Teils dieser großstädtischen Bevölkerung besteht (...) unsererseits nicht.«²

Eine Million Tote

Die Blockade dauerte insgesamt 872 Tage, rund zweieinhalb Jahre. Schätzungen zufolge starben mindestens eine Million Menschen, die meisten von ihnen verhungerten oder fielen den Bombenangriffen der Nazis zum Opfer. Auf dem Gedenkfriedhof Piskarjowskoje in St. Petersburg sind rund eine halbe Million Opfer der Blockade in Massengräbern beigesetzt. Ihre letzte Ruhestätte ist ein Mahnmal, das an die unmenschlichen Verbrechen der Faschisten erinnert. Die Gräber liegen an einer langen Allee, an deren Ende sich die Statue der »Mutter Heimat« erhebt. Hinter dem Denkmal zieht sich eine Granitmauer entlang, auf dem das Gedicht »Hier liegen Leningrader« zu lesen ist:

»Hier sind die Bürger, Männer, Frauen, Kinder. / Neben ihnen Soldaten der Roten Armee ... / Mein ganzes Leben / Sie haben dich beschützt, Leningrad, / Wiege der Revolution / Wir können ihre edlen Namen hier nicht auflisten: / Viele von ihnen stehen also unter dem ewigen Schutz des Granits. / Aber wisse, höre diesen Steinen zu, / Niemand wird vergessen, und nichts wird vergessen!«³

Die Verfasserin dieser Verse war Olga Bergholz. Sie wurde 1910 im damaligen St. Petersburg geboren und arbeitete als Schriftstellerin und Journalistin. Unmittelbar nach Kriegsbeginn 1941 begann sie, für den Rundfunk zu arbeiten, wo Ersatz für Redakteure benötigt wurde, die zur Armee einberufen worden waren. In den langen Monaten der Blockade wurde ihre Stimme für die Eingeschlossenen zu einer Stimme des Lebens und der Hoffnung. Fast täglich machte sie ihren Hörerinnen und Hörern mit ihren Gedichten und Ansprachen Mut, unterbrochen nur wenige Wochen im März und April 1942, als sie gegen ihren Willen zur ärztlichen Behandlung nach Moskau gebracht wurde, von wo sie so schnell wie möglich zurückkehrte. Während sie überlebte, gehörte ihr Mann Nikolai Molchanow zu den Opfern der Blockade, er starb im Januar 1942.

Seit 1931 nutzte *Radio Leningrad* einen 100 Kilowatt starken Langwellensender, der in der 15 Kilometer südöstlich der Millionenmetropole gelegenen Stadt Kolpino stand.⁴ Der Ort mit seinen ursprünglich etwa 37.000 Einwohnern und damit auch der Rundfunksender lagen während der Blockade innerhalb des von den deutschen Besatzern gezogenen Belagerungsrings. Deshalb konnte er rechtzeitig in Sicherheit gebracht und am Primorski-Prospekt im Nordwesten Leningrads gut getarnt wieder in Betrieb genommen werden.⁵

Das war für die Menschen in der eingeschlossenen Stadt lebenswichtig, auch wenn sie das Programm zumeist über Lautsprecher oder im Drahtfunk über die Telefonleitungen empfangen. Bereits ab dem 26. Juni schaltete *Radio Leningrad* nicht mehr, wie bis dahin üblich, um Mitternacht ab, sondern blieb in Betrieb. Wenn das reguläre Programm beendet war, hörte man rund um die Uhr das Ticken eines Metronoms, wie es sonst Musikern den Taktrhythmus angibt. Wurde die Geschwindigkeit des Taktgebers schneller, drohte Gefahr durch deutsche Flugzeuge oder Artilleriebeschuss – die Menschen suchten Schutz in Kellern und Bunkern. War der Angriff vorüber, verlangsamte sich der Rhythmus wieder. Später verglichen die Leningrader das ständige Ticken mit einem Herzschlag, der ihnen zeigte, dass ihre Stadt noch am Leben war.

Radio Leningrad war in dieser Zeit praktisch die einzige Verbindung der Bürger zum Rest der Welt. Zeitungen kamen nur noch selten und mit langen Verspätungen an. Doch über den Sender erfuhr die

Stadt, was an den Fronten und in ihrem Land passierte. Und umgekehrt war *Radio Leningrad* die Stimme, die den Menschen in der Sowjetunion zeigte, dass die Stadt nicht gefallen war und Widerstand leistete. Regelmäßig übertrug man Programme, die sich an das ganze Land richteten und von *Radio Moskau* mit seinen starken Anlagen übernommen und weiterverbreitet wurden. Sie begannen stets mit den gleichen Worten: »Hier ist *Radio Leningrad*! Die Stadt Lenins ruft das Land.« Olga Bergholz erinnerte sich später: »Das war in der verzweifeltsten Phase des Krieges, als die deutschen Armeen vorwärts stürmten und wir gezwungen waren, eine Stadt nach der anderen aufzugeben. Doch da war Leningrad, das die Deutschen zum Stehen brachte. Leningrad hielt stand, und live übertragene Stimmen von Leningradern verkündeten, dass die Stadt weder heute noch morgen noch jemals kapitulieren werde. Und am nächsten Tag sprach die Stadt erneut.«⁶

Im Dezember 1941 musste *Radio Leningrad* zeitweilig abgeschaltet werden, weil die Stromversorgung unterbrochen war. Nur in einigen Vierteln der Stadt funktionierte die Übertragung per Lautsprecher noch. In dieser Zeit schleppte sich einem Bericht zufolge ein alter Mann auf zwei Stöcke gestützt zum Rundfunkgebäude, um eine Wiederaufnahme der Sendungen zu erreichen: »Solange es sich nur darum handelt, mutig zu sein, ist alles gut. Auch eine Kürzung der Lebensmittelrationen lässt sich ertragen. Aber lassen Sie das Radio sprechen. Wenn das aufhört, ist das Leben zu fürchterlich. Dann ist es, als läge man im Grab.«⁷

»Man muss lesen«

Ab Februar 1942 sprach das Radio wieder. Ein auf dem Grund des Lagodasees verlegtes Kabel stellte die Stromversorgung sicher. Aber die Arbeits- und Lebensbedingungen waren auch für die Beschäftigten des Senders dramatisch. Sie litten und hungerten ebenso wie die, für die sie Programm machten. Weil sich viele Sprecher kaum noch auf den Beinen halten konnten, wurde im Studio ein hölzernes Gestell in T-Form errichtet, das an eine Harke ohne Zähne erinnerte. Vom Schriftsteller Lew Uspenski darauf angesprochen, erläuterte der Direktor des Senders, Jakow Babuschkin, dass dies eine Stütze sei, um sich vor dem Mikrofon aufrecht halten zu können, wenn man zu schwach war, um noch alleine stehen zu können. Doch das Programm müsse weitergehen, so Babuschkin: »Man muss lesen. In vielen tausend Wohnungen warten die Menschen auf die Stimme des Sprechers, und diese Stimme erhält sie vielleicht am Leben.«⁸

Zu denen, die sich in Leningrad zu Wort meldeten, gehörte Dmitri Schostakowitsch. Der 1906 in St. Petersburg geborene Komponist hatte sich bei Kriegsbeginn als Freiwilliger zu den Milizen gemeldet, um sich an der Verteidigung seiner Heimatstadt zu beteiligen. »Man sagte mir jedoch, ich solle warten«, erinnerte er sich am 19. April 1942 in einem Beitrag für den *Moskowski Bolschewik*. »Ein Kommissar sprach mit mir. Er meinte, dass sich meine Tätigkeit auf das Schreiben von Musik beschränken sollte.«⁹ So konzentrierte er sich auf seine musikalische Arbeit, während er zugleich als Mitglied der Feuerwehr bei der Brandbekämpfung half. Mitte September 1941, als der Lärm von Bomben und Flugabwehrgeschützen durch die Straßen hallte und die *Leningradskaja Prawda* vor dem unmittelbar bevorstehenden Sturm der Faschisten auf die Stadt warnte, sprach der Komponist über das Mikrofon. Er berichtete von der Arbeit an seiner 7. Sinfonie, die später als die »Leningrader« in die Geschichte einging: »Vor einer Stunde habe ich die Partitur von zwei Sätzen einer großen Sinfonie fertiggestellt. Wenn ich beim Schreiben dieser Komposition gut vorankomme und ich den dritten und vierten Satz vollenden kann, wird es möglich sein, sie die siebte Sinfonie zu nennen. Warum sage ich das? Damit die Radiohörer, die mich jetzt hören, wissen, dass das Leben in unserer Stadt normal verläuft. Wir erfüllen jetzt alle unsere militärische Pflicht.«¹⁰

Obwohl er lieber in Leningrad geblieben wäre, wurde Schostakowitsch mit seiner Familie im Oktober 1941 aus der Stadt ausgeflogen und setzte seine Arbeit in Kuibyschew, dem heutigen Samara, fort. Die Zeit in der Stadt nutzte der Komponist, um seine Sinfonie zu vollenden. Am 5. März 1942 wurde sie durch das ebenfalls evakuierte Orchester des Bolschoi-Theaters in Kuibyschew uraufgeführt, wenige Wochen später folgten Aufführungen in Moskau und in Nowosibirsk, wohin man das Orchester der Leningrader Philharmonie in Sicherheit gebracht hatte. Auch in London erklang die Sinfonie, und in New York führte das Rundfunkorchester der *NBC* unter der Leitung von Arturo Toscanini das Stück auf, live übertragen über die Sender der Gesellschaft. Doch am wichtigsten wurde die Premiere im belagerten Leningrad.

Ein Flugzeug der sowjetischen Luftwaffe durchbrach den Belagerungsring der Deutschen und brachte die Partitur in die Stadt. Der Leiter des Leningrader Rundfunkorchesters, Karl Eliasberg, erhielt die Aufgabe, die Sinfonie einzustudieren. Doch den Musikern fehlte die Kraft, und anstatt der fast 100 Musiker, die für eine Aufführung von Schostakowitschs Sinfonie notwendig waren, hatte Eliasberg nur noch 15 zur Verfügung. Um das Orchester aufzufüllen, wurden Bürger, die ein Instrument spielen konnten, über *Radio Leningrad* aufgerufen, sich beim Rundfunkkomitee zu melden, es winkte eine Sonderration Haferbrei. Zudem wurden Soldaten von der Front zum Musizieren abkommandiert.

Am 9. August schließlich erklang die Sinfonie erstmals im vollen Saal der Philharmonie, übertragen von *Radio Leningrad*. »Das Publikum bestand aus Arbeitern, die die Waffen zur Verteidigung geschmiedet hatten, Architekten, die bereits die Auferstehung der Stadt planten, Lehrern, die Kinder in den Luftschutzkellern unterrichteten, Schriftstellern und Dichtern, die auch in den herausfordernden Monaten des vergangenen Winters ihre Stifte nicht aus der Hand gelegt hatten, Soldaten, Offizieren, Parteifunktionären und Vertretern der Stadtverwaltung«, berichtete Bergholz. »Die Musiker des zusammengewürfelten Orchesters kamen auf die riesige Bühne der Philharmonischen Gesellschaft und füllten sie aus. Wir konnten in seiner Mitte die Musiker des Rundfunkorchesters sehen, Musiker in Armeeuniformen und Jacken der Marine. Wir sahen vor uns die Verteidiger von Leningrad, immer bereit, jederzeit ihr Leben für ihre Heimatstadt, ihr Land und ihr Volk zu geben.«¹¹

Wichtiges Lebenszeichen

Schon in den Monaten zuvor waren die im Radio übertragenen Konzerte wichtige Lebenszeichen gewesen. So spielten die Musiker am 7. Dezember 1941 Beethovens 5. Sinfonie – ein mutiges Statement, dass man den deutschen Komponisten nicht den deutschen Faschisten überlassen wollte.¹² Über den Leningrader Sender und die Lautsprecher nahe der Front waren die Konzerte auch bei den deutschen Soldaten in den Schützengräben zu hören. Eliasberg wurde Jahre nach Kriegsende von einem inzwischen älteren Deutschen angesprochen, der in jenen Monaten in den Schützengräben vor Leningrad gelegen hatte. Er zeigte dem Dirigenten ein kleines Tagebuch, in dem die übertragenen Konzerte des Leningrader Rundfunkorchesters verzeichnet waren, Beethoven besonders hervorgehoben. »Wissen Sie, als ich all das hörte, habe ich schon am Ende dieses Jahres begriffen, wir werden Leningrad niemals nehmen. Wenn in einer belagerten Stadt so etwas passieren kann, werden wir niemals in Leningrad einmarschieren.«¹³

Radio Leningrad wandte sich auch in deutscher Sprache an die Soldaten der Wehrmacht. Bereits seit Herbst 1939 hatte man eine Nachrichtensendung in deutscher Sprache eingeführt, die täglich ab 23 Uhr für 20 Minuten ausgestrahlt wurde. Nach Beginn der Blockade wurden die

deutschsprachigen Sendungen ab Oktober 1941 ausgebaut. Elfmal täglich wandte man sich nun mit jeweils zehn- bis 15minütigen Sendungen vor allem an die deutschen Soldaten:¹⁴ »Achtung! Achtung! Deutsches Volk und deutsche Soldaten! Hört uns an! Wir sagen euch die Wahrheit!«¹⁵

Die Gestapo notierte in ihren Abhörprotokollen, der Leningrader »Hetzsender«, der sich mit der Bezeichnung »Deutscher Soldat! Höre uns!« melde und vor allem in der Nacht und am frühen Morgen aktiv sei, zielen auf die »Untergrabung der Autorität in der Wehrmacht und der Kampfmoral der deutschen Soldaten im Osten« ab. »So werden mehrfach Hinweise auf die Aussichtslosigkeit des Kampfes der deutschen Armee gebracht, das Kriegspotential der Gegner herausgestellt und riesige Menschenverluste im Operationsgebiet im Osten behauptet. Der Beeinflussung der Stimmung dient weiter die Verlesung erbeuteter Feldpostbriefe, in denen über angebliche Kriegsmüdigkeit, wirtschaftliche Not und seelische Niedergeschlagenheit in der Heimat berichtet wird.«¹⁶

Chefredakteur und Hauptsprecher der deutschsprachigen Sendungen war der Österreicher Friedrich »Fritz« Fuchs. Nach der Niederlage der Antifaschisten seines Heimatlandes bei den Februarkämpfen 1934 war er in die Sowjetunion gegangen, wo er von den Behörden ebenso wie sein Bruder Ernst nach Leningrad geschickt wurde. Als ausgebildete Zahntechniker arbeiteten sie im Stomatologischen Institut der Stadt und lernten im Kontakt mit ihren Kollegen die russische Sprache.

Was dann geschah, beschrieb Fuchs in einem kurz nach seinem Tod 1988 veröffentlichten Artikel in der Wiener Zeitschrift *Medien & Zeit*: »Am 22. Juni 1941 drangen deutsche Truppen ohne Kriegserklärung in die Sowjetunion ein. (...) Anfang August kam ein Vertreter aus dem Smolny in unser Institut und ließ mich zum Direktor rufen. Dort gab er mir bekannt, dass die Kommunistische Partei Leningrads von mir verlange, meine Arbeit hier im Institut aufzugeben und in den Leningrader Rundfunk zu übersiedeln, um dort die Arbeit des Chefredakteurs der deutschsprachigen Sendung zu übernehmen. Auf meinen Einwand, ich hätte doch keine Ahnung, welche Arbeit man im Rundfunk ausüben müsse, ja ich wisse nicht einmal, wie man ein Mikrophon halten müsse, erwiderte er, all das seien Kleinigkeiten, die ich in einer Minute lösen werde. Ich möge mich schon morgen früh im Rundfunk melden. Man erwarte mich dort zu einer sehr wichtigen Arbeit. Ich möge also nicht absagen, sondern meine Pflicht als österreichischer Kommunist in der Sowjetunion erfüllen.«¹⁷

In der Anfangszeit bestanden die Sendungen aus Übersetzungen sowjetischer Zeitungsartikel und Zusammenfassungen von Flugblättern, die über den deutschen Stellungen abgeworfen wurden. Das Material musste von der Parteileitung im Smolny freigegeben werden und durfte erst dann über den Sender gehen. Das stellte sich aber als wenig praktikabel heraus, wollte man schnell auf aktuelle Nachrichten reagieren. Fuchs erinnerte sich: »Am Vormittag hörte ich aus dem Radioapparat, den man mir gegeben hatte, eine Rede des deutschen Propagandaministers Goebbels. Sie war so aufreizend und blöde, dass ich mich hinsetzte und darauf eine Antwort schrieb, in der ich die ganzen Dummheiten der Rede aufzeigte und den Hörern meiner Sendung klarmachte, wie die Lage an der Front tatsächlich war und was sie zu erwarten hätten, wenn sie nicht bald die Gefangenschaft als Rettungslager für ihr Leben in Anspruch nehmen würden.« Der Österreicher ließ seinen Kommentar ins Russische übersetzen und brachte ihn zu seinem Vorgesetzten, dem stellvertretenden Chefredakteur Viktor Chodarenko. Dieser sagte zu, den Beitrag zur Bestätigung der Parteileitung vorzulegen. »Also begab ich mich wieder in mein Zimmer und wartete. Eine halbe Stunde vor

Beginn meiner Sendung ging ich wieder in die Direktionsetage, wo mir Viktor Antonowitsch sagte, es sei aus dem Smolny noch keine Antwort gekommen.«

Daraufhin sagte Fuchs seinem Chef, dass die Sendung in wenigen Minuten beginne. »Ich muss meinen Artikel heute bringen, denn morgen oder übermorgen weiß kein Deutscher mehr, was Goebbels im Rundfunk gesagt hat. Sie und der Direktor haben meinen Artikel für gut befunden. Ich übernehme daher allein die Verantwortung dafür, dass ich ihn heute veröffentliche.« Damit war der Bann gebrochen, und Fuchs konnte von nun an schreiben, was er für richtig und wichtig hielt.«¹⁸

In Berlin beobachtete man mit Sorge den möglichen Einfluss der Sendungen aus Leningrad auf die Moral der Truppe. Eberhard Taubert – damals unter anderem Leiter der »Abteilung Ost« des Propagandaministeriums und Chef der »Antikomintern«, nach dem Krieg Vizechef des vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen finanzierten antikommunistischen »Volksbundes für Frieden und Freiheit«¹⁹ – verlangte im Namen von Goebbels vom Oberkommando der Wehrmacht, zumindest die Sendeanlagen von *Radio Leningrad* zum Schweigen zu bringen. Doch das OKW teilte am 3. September 1942 mit, dass »eine wirksame Bekämpfung des Senders Leningrad zur Zeit aus militärischen Gründen weder von der Erde aus noch aus der Luft möglich ist.«²⁰

Belagerung durchbrochen

Und so konnte *Radio Leningrad* in der Nacht zum 19. Januar 1943 melden, dass der Blockadering der Deutschen durch die Rote Armee durchbrochen worden sei. Alles, was dann geschah, war »spontan, unvorbereitet und ungeplant«, erinnerte sich Olga Bergholz an diese Stunden. »Musik, hier und dort geschriebene Gedichte, Reden – es war ein beständiger, unaufhörlicher Strom freudiger Erregung, der von der Wolchow-Front, dem ganzen Land, der ganzen Welt gehört wurde. Und die größte Auszeichnung für uns im Studio war in dieser Nacht des Feierns, dass die Leningrader in Scharen zu uns strömten. (...) Obwohl die Blockade noch ein weiteres Jahr anhielt, nachdem der Durchbruch erreicht worden war, mit weiteren erschöpfenden Angriffen, Bombardierungen und neuen Prüfungen für die Menschen, obwohl der glückliche Tag der letzten Erlösung der Stadt erst ein Jahr später kam, erinnern sich die Leningrader der Nacht des 18. Januar 1943 als des Gipfels der Freude, als einer Nacht, in der sich alle Herzen einander geöffnet haben«, schrieb Olga Bergholz. »Und einen unverzichtbaren Anteil an dieser Nacht hatte die Stimme des Radios, das zum ersten Mal nach langen Monaten die Nacht hindurch bis zum Morgengrauen sang und sprach, damit alle Welt den Jubel Leningrads hören konnte.«²¹

Anmerkungen

1 Joseph Goebbels: Tagebücher, Bd. IV, München 2003, S. 1671 (Eintrag v. 24. September 1941)

2 <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/340408/leningrad-niemand-ist-vergessen/>

3 <https://ik-ptz.ru/de/literature/ya-govoryu-nas-grazhdan-leningrada-ya-govoryu-s-toboi-pod-svist.html>

4 Hansjörg Biener: »Goworit Leningrad« (1941–1944). In: *Rundfunk und Museum* (2021), H. 101, S. 28–37

5 Ebd., S. 29

6 Olga Bergholz: »This is Radio Leningrad«. In: *Moscow – Stalingrad, 1941–1942*, Moskau 1970, S. 166

7 Biener (Anm. 4), S. 32

8 Ebd., S. 31

9 Jürgen Meier: »Für alle ist irgendwo ein Lächeln ...«. In: *Streifzüge*, 9. September 2006.
<https://www.streifzuege.org/2006/fuer-alle-ist-irgendwo-ein-laecheln>

10 <https://www.youtube.com/watch?v=Khby544gyGw>

11 Bergholz (Anm. 6), S. 176

12 David B. Dennis: *Beethoven in German Politics, 1870–1989*, New Haven 1996, S. 170

13 Lev S. Marchasev, Marianna Butenschön, Gabriele Leupold: *Beethoven gegen Hitler: Das Leningrader Radio in der Blockade*. In: *Osteuropa* 61 (2011), H. 8/9, S. 223 f.

14 Conrad Pütter: *Rundfunk gegen das »Dritte Reich«*, München 1986, S. 270

15 http://militera.lib.ru/h/rubashkin_ai/09.html

16 Bundesarchiv, R 58/3106, S. 111f.; <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/09aa4381-05b5-435e-b240-d6f7cf728468/>

17 Friedrich Fuchs: *Wie ich ein Leningrader wurde*. In: *Medien & Zeit*, 2/88, S. 14,
https://medienundzeit.at/wp-content/uploads/2015/02/MZ_digital_1988-02_ocr-.pdf

18 Ebd., S. 15 f.

19 Vgl. Klaus Körner: *Erst in Goebbels', dann in Adenauers Diensten*, *Die Zeit*, Nr. 35/1990,
<https://www.zeit.de/1990/35/erst-in-goebbels-dann-in-adenauers-diensten/komplettansicht>

20 Willi A. Boelcke: *Die Macht des Radios*, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1977, S. 272

21 Bergholz (Anm. 6), S. 176 f.

»Es gibt keinen unpolitischen Rundfunk«

Serie: Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 7: 1945 – Befreiung und Neubeginn

Von André Scheer



Nach dem Sieg über den Faschismus zerfiel das alliierte Bündnis rasch wieder, was sich auch in der Rundfunkpolitik ausdrückte. Britische Soldaten riegeln den »kommunistischen« Berliner Rundfunk in Westberlin ab (Juli 1952)

In den frühen Morgenstunden des 28. April 1945 war auf der Wellenlänge des bisherigen *Reichssenders München* Ungewöhnliches zu hören: »Achtung, Achtung! Hier spricht die Freiheitsaktion Bayern. Arbeiter, schützt eure Betriebe gegen Sabotage durch die Nazis! Sichert Arbeit und Brot für die Zukunft! Beseitigt die Funktionäre der nationalsozialistischen Partei! Die FAB hat heute Nacht die Regierungsgewalt erstritten.«

Angesichts der unaufhaltsam auf München vorrückenden Truppen der US-Armee hatten mehrere hundert Soldaten aus einer Jagdpanzerkompanie beschlossen, dem Krieg ein Ende zu setzen, um zumindest noch einen zerstörerischen Häuserkampf um die bayerische Landeshauptstadt zu verhindern. In der Nacht zum 28. April 1945 besetzten sie zwei Rundfunksender, verkündeten den Sturz von Gauleiter Paul Giesler und riefen zur »Fasanenjagd« auf – »Goldfasanen« war der Spottname für die mit unzähligen Orden und Abzeichen behängten Nazifunktionäre. Aufrufe richteten sie unter anderem in französischer Sprache an die Zwangsarbeiter, sich dem Aufstand anzuschließen.¹

Gescheiterter Aufstand

Der Aufstand scheiterte. Den Verschwörern gelang es nicht, die militärischen und politischen Schlüsselstellungen Bayerns zu besetzen, nur die Sender waren zunächst in den Händen der Freiheitsaktion. Doch schon am Vormittag rückten Einheiten der SS auf den Sender Ismaning vor.

Um 10.46 Uhr war der letzte Aufruf der Freiheitsaktion zu hören, dann folgte nur noch Musik. Insgesamt wurden in der Folge der Ereignisse mindestens 100 Menschen von den Nazis als Beteiligte an dem Aufstand ermordet. Gegen Mittag verkündete Giesler dann, die Revolte der »Drückeberger«, die »nie Pulver gerochen haben in diesem Krieg«, sei »im Keim erstickt«. Er warnte: »Lasst euch darum in den nächsten Stunden, Tagen und Wochen niemals mehr auch nur für wenige Augenblicke durch einen solchen verbrecherischen Missbrauch irgendeiner Ätherwelle in Verwirrung bringen.«²

Nur einen Tag nach der gescheiterten Rebellion wurde der *Reichssender München* endgültig abgeschaltet, am 30. April 1945 rückte die US-Armee in München ein.³ In der bayerischen Landeshauptstadt erinnert heute der Straßename »Münchner Freiheit« im Stadtteil Schwabing an die Rebellion der Freiheitsaktion Bayern.

Kampf um die Sender

Der Rundfunk war nicht nur in München bis in die letzten Stunden des Krieges und noch darüber hinaus Schauplatz heftiger Kämpfe. Von dem 1939 als Einheitsprogramm geschaffenen *Großdeutschen Rundfunk* waren Anfang Mai 1945 nur noch Restbestände übrig. Der letzte funktionierende »Reichssender« war Hamburg, dessen Programm von den noch von den Deutschen besetzten Stationen in Oslo, Kopenhagen und Prag übernommen wurde.⁴ Auf diesem Weg erfuhren die verbliebenen Hörer am 1. Mai 1945 vom Selbstmord Hitlers und der Machtübernahme durch Karl Dönitz. Dieser meldete sich unmittelbar nach der verlogenen Todesmeldung, der »Führer« sei »bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend für Deutschland gefallen«, mit einer rund siebenminütigen Ansprache zu Wort, in der er die deutschen Soldaten zur Fortsetzung des Kampfes aufrief. Die Parolen des Großadmirals blieben nicht unwidersprochen. Offenbar schaltete sich auch in diese Ansprache die von Moskau aus betriebene »Geisterstimme« mit Zwischenrufen ein und forderte die Deutschen zu Streiks und zur Beendigung des sinnlosen Krieges auf.

Auch die Stunden des *Reichssenders Hamburg* waren angesichts der auf die Hansestadt vorrückenden britischen Truppen gezählt. Wenige Stunden bevor die Engländer die Elbe überquerten, hatte man in den Mittagsstunden des 3. Mai 1945 letzte Aufrufe des damaligen Staatsrats Georg Ahrens und von Gauleiter Karl Kaufmann gesendet. Es folgte das Deutschlandlied, dann war Stille. Nur 23 Stunden später meldete sich aus dem unzerstörten Funkhaus in der Rothenbaumchaussee dann »*Radio Hamburg* – ein Sender der alliierten Militärregierung«.

Dönitz hatte sich inzwischen mit seinem Stab nach Schleswig-Holstein abgesetzt und im Marinestützpunkt Flensburg-Mürwik auf dem Passagierschiff »Patria« sein Hauptquartier eingerichtet. Um noch ein Sprachrohr zu haben, bediente man sich eines drei Kilowatt starken Mittelwellensenders, den man großspurig *Reichssender Flensburg* nannte. Schon gut zwei Stunden nach der Abschaltung des Hamburger Senders am 3. Mai 1945 um 17.15 Uhr konnten so Sendungen der neuen »Reichsregierung« verbreitet werden. Als erster sprach Reichsrüstungsminister Albert Speer live gegen 20.30 Uhr, im Hintergrund waren die Sirenen des Bombenalarms zu hören. Noch immer rief er zur Fortsetzung des Krieges auf: »Es ist der einzige Sinn des Kampfes, der jetzt noch geführt wird, deutsche Menschen, die vor den Sowjetarmeen auf der Flucht oder von ihnen bedroht sind, nicht sterben zu lassen.«⁵

Solche Durchhalteparolen richteten sich unter anderem an die deutschen Besatzungstruppen in Prag. Rund 800.000 Soldaten der Heeresgruppe Mitte sahen sich einer mehr als doppelt so starken Roten

Armee gegenüber, die auf die tschechoslowakische Hauptstadt vorrückte. Den Westen des Landes hatten bereits US-Truppen befreit.

Am 5. Mai 1945 erhob sich die Prager Bevölkerung bewaffnet gegen die deutsche Besatzung. Das Signal gab am frühen Morgen der Sprecher des Prager Senders, Zdenek Mancal, der sich mit einer in die Geschichtsbücher eingegangenen Mischung aus Deutsch und Tschechisch meldete: »Je prave sechs hodin« (Es ist genau sechs Uhr). Es war das letzte Zugeständnis an die Besatzer, die strikt ein zweisprachiges Programm verlangt hatten. Doch von nun an sendete Prag nur noch in tschechischer Sprache. Zu hören waren unter anderem bisher verbotene Lieder und Appelle, dem befreiten Rundfunk zu Hilfe zu kommen: »Wir bitten die tschechische Polizei, wir rufen die tschechische Armee, wir rufen alle Tschechen, kommt dem Rundfunk zu Hilfe. Kommt, so schnell ihr könnt. Wir rufen die tschechische Gendarmerie, Regierungstruppen, alles, was tschechisch ist, kommt zum Rundfunkgebäude. Die SS schießt auf Tschechen.« Auf Russisch und Englisch wandte man sich an die Alliierten: »Govorit Praga! Praga govorit! Prag ruft die Rote Armee! Wir brauchen eure Hilfe! Here is Prague! Here is Prague! Amerikaner und Engländer, helft uns! Wir brauchen Gewehre, die Deutschen sind zu viele!«⁶

Die Vorbereitungen für den Aufstand und die Befreiung des Senders hatten bereits im Herbst 1944 begonnen. Bei Außeneinsätzen, etwa bei der Übertragung von Orgelkonzerten aus einer Kirche, »vergaßen« die Techniker immer wieder Teile ihrer Ausrüstung. »So sammelte sich mit der Zeit das nötige Zubehör für ein Ersatzstudio an, das funktionieren würde, sollte es nicht möglich sein, vom Hauptgebäude zu senden.«⁷ Tatsächlich konnte so sichergestellt werden, dass das Radio sogar nach Luftangriffen der Deutschen auf das Rundfunkgebäude nach kurzer Unterbrechung weitersenden konnte.

Doppelherrschaft im Äther

Der Aufstand dauerte noch mehrere Tage, in den Straßen Prags wurde gekämpft. Während die Befreier den Sender Strasnice (*Prag II*) kontrollierten und damit weiter ihre Durchsagen verbreiten konnten, hatten die Deutschen die Station Liblice (*Prag I*) in ihrer Hand. So bestand auch im Äther eine Doppelherrschaft. Während die Besatzer über ihren Sender verkündeten, man kämpfe »gegen die Verrohung, die Versklavung, gegen den Bolschewismus und für die Kultur Europas«, kündigten die Tschechen die unmittelbar bevorstehende Befreiung an: »Sowjetische Panzer schlagen den letzten deutschen Widerstand nieder und nähern sich schnell dem Prager Zentrum. Die Bevölkerung bereitet ihre Begrüßung vor.«⁸

In der Nacht zum 7. Mai 1945 unterzeichnete Generaloberst Alfred Jodl in Reims die bedingungslose Kapitulation zum 8. Mai um 23 Uhr. Rund zehn Stunden später, um 12.45 Uhr, verkündete Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk als Mitglied der »Reichsregierung« über den Flensburger Sender das Kriegsende: »Nach einem fast sechsjährigen heldenmütigen Kampf von unvergleichlicher Härte ist die Kraft Deutschlands der überwältigenden Macht unserer Gegner erlegen.«⁹

Von sowjetischer Seite gab es für das Ende des Krieges zunächst keine Bestätigung, denn Moskau verlangte eine Ratifizierung der Kapitulationsurkunde durch den Oberkommandierenden der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, und die Chefs der deutschen Kriegsmarine und Luftwaffe. Diese Zeremonie fand erst in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlshorst statt. Das mag die deutschen Besatzer in Prag dazu gebracht haben, die Ansprache von Krosigks für einen Trick der Alliierten zu halten. Über die von ihnen noch kontrollierte Prager

Station verbreiteten sie am Abend des 7. Mai, die vom »Feindsender Flensburg« verbreitete Meldung, wonach die Reichsregierung bedingungslos gegenüber der Sowjetunion kapituliert habe, entspreche »in keiner Weise den Tatsachen«. Es handle sich »klar um feindliche Propaganda (...). In unserem Bereich wird der Kampf so lange fortgesetzt werden, bis die Deutschen im Osten gerettet sind und unser Weg zurück in die Heimat gesichert ist.«¹⁰ Erst in der Nacht zum 9. Mai 1945 zogen die sowjetischen Truppen in Prag ein, und der Krieg war auch hier beendet.

Am 9. Mai um 20.03 Uhr wurde über den Flensburger Sender der »letzte Wehrmachtsbericht dieses Krieges« verbreitet: »Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. (...) Wir brachten den Wortlaut des letzten Wehrmachtsberichts dieses Krieges. Es tritt eine Funkstille von drei Minuten ein.«¹¹ Anschließend ging der Spuk weiter. Obwohl inzwischen britische Offiziere in Flensburg präsent waren, tagten im Machtbereich der »Reichsregierung Dönitz« noch immer Kriegsgerichte, wurden Marineangehörige wegen »Fahnenflucht« zum Tode verurteilt und hingerichtet. Auch der *Reichssender Flensburg* blieb auf Sendung. Die Briten erlaubten den Deutschen den Weiterbetrieb und verlangten nur, dass ihnen die Manuskripte der Sendungen zur Genehmigung vorzulegen seien. Erst am 13. Mai 1945 wurde die letzte Stimme Nazideutschlands endgültig abgeschaltet.¹²

Neubeginn auf Wellenlänge 356

Am gleichen Tag begann in Berlin ein neuer Abschnitt der Geschichte. Mit der Ansage »Achtung, Achtung! Hier spricht Berlin auf Wellenlänge 356 Meter« und den Nationalhymnen der Siegermächte ging der *Berliner Rundfunk* am 13. Mai, nur elf Tage nach der endgültigen Besetzung der Hauptstadt durch die Rote Armee und fünf Tage nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, auf Sendung. Mit der Leitung war Hans Mahle beauftragt worden. Der 1911 in Hamburg geborene Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes hatte nach seiner Emigration in die Sowjetunion für das Jugendprogramm von *Radio Moskau* gearbeitet und ab 1941 die Leitung des Senders *Sturmadler*, des Jugendprogramms des *Deutschen Volkssenders*, übernommen. 1943 war er schließlich technischer Leiter des *Senders Freies Deutschland* geworden. Bereits am 30. April 1945 wurde er zusammen mit neun weiteren Genossen der »Gruppe Ulbricht« nach Berlin gebracht, um sofort nach Kriegsende den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen.

Da der große Sender Königs Wusterhausen, über den die Nazis den *Deutschlandsender* übertragen hatten, durch die Kämpfe zerstört worden war, musste man auf den deutlich kleineren 100-Kilowatt-Sender in Tegel zurückgreifen. Die sowjetischen Truppen hatten ihn bereits am 24. April besetzt und damit den Nazirundfunk zum Schweigen gebracht. Auch das Funkhaus in der Masurenallee war nicht betriebsbereit, die Verbindungskabel zum Sender in Tegel waren defekt. Die Lösung waren ein Raum direkt am Sender und ein notdürftig hergerichteter Übertragungswagen, um direkt von der Anlage aus senden zu können.

Am 13. Mai riegelte eine Postenkette sowjetischer Soldaten das Gebiet um Studio und Sendemast weiträumig ab, um Störungen zu verhindern, denn schalldicht war das provisorische Studio nicht. Die Türen fehlten und waren notdürftig mit Pappe verschlossen worden, in den Fenstern fehlte das Glas. Doch das Wagnis gelang, pünktlich um 20 Uhr sprach Pfarrer Matthäus Klein die ersten Worte. Er war als Unteroffizier der Wehrmacht in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, hatte sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland angeschlossen und der Redaktion von dessen Sender angehört. Neben ihm saß Artur Mannbar, der von den sowjetischen Truppen erst kurz zuvor aus

dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreit worden war. Abwechselnd verlasen beide die Botschaft Josef Stalins an die Völker der Sowjetunion aus Anlass der siegreichen Beendigung des Krieges, den Wortlaut der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte, die Proklamationen der Besatzungsmächte, die Rede des sowjetischen Vertreters auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und schließlich Nachrichten aus aller Welt, die man in der Nacht zuvor bei anderen Sendern abgehört hatte. Die letzten Minuten füllte eine Reportage vom Volksfest der Moskauer auf dem Roten Platz.¹³ Was zunächst in der Anspannung niemandem aufgefallen war: In der ersten Ausstrahlung wurde kein Name für den neuen Sender genannt. In der ab dem 21. Mai 1945 erscheinenden *Berliner Zeitung* wurde das Programm zunächst unter dem Namen »Rundfunksender Berlin« abgedruckt, erst nach und nach setzte sich der Namen *Berliner Rundfunk* durch.

In den folgenden Tagen wurde das Programm ständig weiter ausgedehnt, schon nach einer Woche wurde 19 Stunden pro Tag gesendet, von sechs Uhr morgens bis nachts um ein Uhr. Um das möglich zu machen, hatten sowjetische Soldaten eine Feldtelefonleitung vom Funkhaus in der Masurenallee über die Trümmer hinweg bis zum Sender in Tegel gespannt. Mehrere Wochen lang konnte so der Betrieb aufrechterhalten werden, bis die regulären Kabelwege wieder instand gesetzt waren.¹⁴

Gemeinsam hatten die vier Siegermächte zunächst beschlossen, den Deutschen jeden Betrieb eigener Rundfunksender zu verbieten. Deswegen stieß die Tatsache, dass der Betrieb des *Berliner Rundfunks* offenkundig von Deutschen kontrolliert wurde, bei den Westmächten auf Protest. Daraufhin stellte die Rote Armee ab Anfang Juni 1945 Kontrolloffiziere ab. In ihren Erinnerungen waren die Berliner Rundfunkpioniere noch Jahrzehnte später voll des Lobes für diese uniformierten Kollegen, die sich nicht als Zensoren verstanden hätten, sondern mit freundschaftlichen Ratschlägen zu einem besseren Programm beigetragen hätten. Zu diesem Zeitpunkt sendete der *Berliner Rundfunk* bereits ein Vollprogramm mit Musik, Nachrichten aus aller Welt und Informationen aus Berlin. Eine wichtige Funktion hatte der Rundfunk auch dabei, durch den Krieg auseinandergerissene Familien wieder zusammenzubringen. Werner Klein etwa, der als Reporter von unzähligen Veranstaltungen berichtete, erinnerte sich Jahrzehnte später an eine, die am 11. November 1945 im Großen Sendesaal des Funkhauses stattfand: »Ich interviewte bei dieser Veranstaltung Waisenkinder, deren Eltern im KZ umgekommen waren. Da stand auch ein kleines Menschlein vor dem Mikrofon und sagte (...): ›Die Mutter starb an Typhus im KZ. Vater und ich kamen durch. Von Stettin aus bin ich zu Fuß gelaufen.‹ Und dann mit aufflackernder Hoffnung: ›Vielleicht hört mein Vater mich ...‹ Erich Herrmann hieß dieser elfjährige Junge, der mit seiner Mutter zugleich seine vier Geschwister im KZ Sachsenhausen verloren hatte. Und tatsächlich, sein Vater hörte ihn und erfuhr so, dass sein Sohn lebte.«¹⁵

Kein Privatfunk

Die Vorstellungen über den künftigen Rundfunk in Deutschland gingen unter den Alliierten spürbar auseinander. Einig war man sich, dass es einen grundlegenden Bruch nicht nur mit den Strukturen der Nazi-propaganda geben müsse, sondern auch mit dem staatlich organisierten Rundfunk der Weimarer Republik. Das Oberkommando der Alliierten Streitkräfte erließ bereits am 24. November 1944 das Gesetz Nr. 191, das zunächst den Deutschen den Betrieb aller Rundfunksender und anderer Medien untersagte, aber bereits erste Pflöcke für die Nachkriegsordnung einschlug. So wurde die Zuständigkeit der Post, die sich in der Weimarer Republik als Einfallstor für die

Einflussnahme von Staat und Regierung auf den Rundfunk erwiesen hatte, stark beschränkt. Die Sendeanlagen sollten in den Besitz der einzelnen Rundfunkanstalten übergehen, die auch für Betrieb und Technik zuständig sein sollten. Die Tätigkeit der Post sollte sich auf den Einzug der Gebühren (nicht deren Verwendung), die Sicherung eines störungsfreien Empfangs und die Bekämpfung des Schwarzhörens beschränken.¹⁶

Die Briten präferierten das ihnen von der *BBC* bekannte Modell öffentlich-rechtlicher Anstalten, die von Staat und Regierung weitgehend unabhängig funktionieren sollten. Auch die französische Besatzungsmacht orientierte sich am Modell öffentlich-rechtlicher Anstalten, zögerte aber spürbar länger als die Briten, den Deutschen unkontrollierten Zugriff auf den Rundfunk zu gewähren. Den US-Amerikanern hingegen war das öffentlich-rechtliche Modell fremd. In ihrem Land war der Rundfunk von Anfang an privatrechtlich und kommerziell organisiert worden, staatliche Einflussnahme hatte kaum stattgefunden. Erst während des Krieges war mit der *Stimme Amerikas* ein staatlicher Sender geschaffen worden. Doch in Deutschland nach US-Vorbild Privatsender aufzubauen, kam nicht in Frage. Sollte in Deutschland überhaupt jemand über die für den Betrieb notwendigen Mittel verfügen, müsste die Frage gestellt werden, wie er in deren Besitz gekommen war und ob er im Sinne des Aufbaus eines demokratischen Rundfunks geeignet sein könnte. Noch bestritt in Deutschland niemand ernsthaft die Verantwortung des Großkapitals für die Machtübertragung an die Faschisten.

Die Sowjetunion und die aus der Emigration zurückkehrenden deutschen Kommunisten ihrerseits griffen auf die inzwischen gesammelten Erfahrungen zurück und strebten einen parteilichen antifaschistisch-demokratischen Rundfunk an. So erklärte Hans Mahle im Mai 1946 bei einer Festveranstaltung zum ersten Jahrestag der Gründung des *Berliner Rundfunks* mit Blick auf Vorwürfe, dass sein Sender zu politisch sei: »Ja, wir sind politisch. Es gibt keinen unpolitischen Rundfunk.« Die einzige Orientierung des größten Senders in der sowjetischen Zone sei »Deutschland«, er diene keiner Partei, sondern »will nur der Nation dienen, und er will denen Helfer, Berater und Unterhalter sein, die am Neubau Deutschlands tätig sind«.¹⁷ An die Organisation und Trägerschaft des Rundfunks ging man in der sowjetischen Zone zunächst pragmatisch heran. Am 21. Dezember 1945 übertrug die Sowjetische Militäradministration die Zuständigkeit für den *Berliner Rundfunk*, den inzwischen in Leipzig gestarteten *Mitteldeutschen Rundfunk* und alle weiteren Sender der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung.¹⁸

Es fehlte zunächst auch nicht an Versuchen, eine Zusammenarbeit zwischen den Rundfunksendern in den verschiedenen Besatzungszonen zu entwickeln. Zu gemeinsamen Sendungen kam es nach einem ersten Auftakt 1946 mit der Übertragung der deutschen Boxmeisterschaft im Schwergewicht¹⁹ allerdings nur noch zu besonderen Anlässen. So ordneten die vier Besatzungsmächte 1946 an, dass alle deutschen Rundfunkstationen die zwei Tage dauernde Urteilsverkündung im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in einer gemeinsamen Ringsendung zu übertragen hatten. Jede Besatzungszone stellte dafür je einen Reporter, die Sendezeiten für Berichte, Reportage und Abschlusskommentar waren genau aufgeteilt.²⁰ Der junge Reporter, der für den *Berliner Rundfunk* aus Nürnberg berichtete, war Markus Wolf, der spätere Chef des DDR-Auslandsgeheimdienstes. Hans Mahle, der als Generalintendant für alle Sender in der sowjetischen Zone verantwortlich war, würdigte die gemeinsame Ringsendung bei einer Zusammenkunft mit Vertretern der Rundfunkstationen in allen vier Besatzungszonen, die vom 25. bis 27. November 1946 in Berlin stattfand, um wirtschaftliche und finanzielle Fragen zu diskutieren. In seiner Begrüßungsansprache als Gastgeber äußerte Mahle den Wunsch, dass es

künftig möglich sein möge, »nicht nur die kaufmännischen Vertreter zwecks Erfahrungsaustausch zusammenzubringen, sondern auch die Intendanten und Programmgestalter, mit dem Ziel, dem neuen deutschen Rundfunk ein einheitliches demokratisches Gesicht zu geben«. ²¹

Der Kalte Krieg zieht ein

Das gelang auch weiterhin nur selten, etwa als von April bis August 1947 vor einem US-Militärgericht, das im ehemaligen KZ Dachau tagte, der Prozess gegen die SS-Wachmannschaften des Konzentrationslagers Buchenwald geführt wurde. Für alle Sender, auch die in den westlichen Zonen, berichtete Werner Klein vom *Berliner Rundfunk* in 35 Reportagen unter dem Titel »Prozesse der Zeit« über die Untersuchungen und das Urteil – von den 31 Angeklagten wurden 22 zum Tode verurteilt. Allerdings wurden die meisten dieser verurteilten Mörder spätestens von westlichen Gerichten begnadigt. ²²

Doch das Tischtuch zwischen beiden Seiten war zu diesem Zeitpunkt praktisch schon zerschnitten. Bereits ab 1947 hatten die Sender in den Westzonen begonnen, linke und vor allem kommunistische Redakteure hinauszudrängen. Umgekehrt hatten im Osten diejenigen keinen Platz mehr im Rundfunk, die sich zu sehr gegen den von der Sowjetunion und der SED eingeschlagenen Kurs stellten. Der Kalte Krieg hatte auch im Äther begonnen.

Anmerkungen

1 <https://www.br.de/import/audiovideo/sendung-freiheitsaktion-bayern-100.html>

2 [Christoph Gunkel: Jagd auf die Goldfasane, in: Spiegel Geschichte, 27. April 2020](#)

3 Petra Behrens u. a.: »Tod den Nazi-Verbrechern!« Widerstand gegen den Nationalsozialismus am Kriegsende, Berlin 2020, S. 75 ff., https://kurzelinks.de/widerstand_kriegsende

4 Gerhard Paul: »Wir brachten den letzten Wehrmachtsbericht dieses Krieges«; in: *Rundfunk und Geschichte* (2000), H. 3, S. 127

5 Zit. n. ebd., S. 129

6 Radio Prague International: The Battle of the Airwaves: the extraordinary story of Czechoslovak Radio and the 1945 Prague Uprising; <https://english.radio.cz/battle-airwaves-extraordinary-story-czechoslovak-radio-and-1945-prague-uprising-8073626>; abgerufen am 31. Mai 2023

7 Katrin Bock: Der Kampf um den Rundfunk (7. Mai 2005), <https://deutsch.radio.cz/der-kampf-um-den-rundfunk-8098634>

8 Zit. n. Bock, ebd.

9 Zit n. Paul, (Anm. 4), S. 131

10 Das Kriegsende 1945 ..., a.a.O., S. 147 (?)

11 Zit. n. Paul (Anm. 4), S. 132

12 Ebd., S. 133

13 Katharina Riege: [Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie](#), Hamburg 2003, S. 199 ff.

- 14 Hans Mahle: So fing es an; in: *Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere*, Berlin 1975, S. 15
- 15 Werner Klein: Reportagen, von denen man sprach; in: *ebd.*, S. 43
- 16 Robert Heinze: [Radio Stuttgart, 1945–47. Ein Rundfunk im Aufbau](#), Konstanz 2004, S. 57
- 17 *Neues Deutschland*, 14.5.1946, S. 1
- 18 Mahle (Anm. 14), S. 19
- 19 Willi A. Boelcke: *Die Macht des Radios*, Frankfurt/M. 1977, S. 533
- 20 Markus Wolf: Nürnberg bleibt aktuell; in: *Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere* (Anm. 14), S. 55; siehe auch: *Berliner Zeitung*, 28.9.1946, S. 2
- 21 Niederschrift über die 1. Zusammenkunft von Vertretern der Rundfunkstationen in der englischen, amerikanischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 25.–27.11.1946 im Hause des Berliner Rundfunks, Berlin-Charlottenburg, Masuren-Allee, Bundesarchiv: BA DR 2/1090, S. 133, <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/3f60f6a2-ad75-4188-b19b-959a13ad9ae7/>
- 22 Klein (Anm. 15), S. 44

Auftrag: Antikommunismus

Serie. Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 8: Im Kalten Krieg funkten die Westsender in die »Zone«. Die DDR sendete zurück

Von André Scheer



Bloß nicht die falschen Sender hören. Warnschild vor dem sowjetisch kontrollierten Haus des Rundfunks in Berlin-Charlottenburg, 1951

Am 16. November 1946 erschien eine kleine Notiz in der *Berliner Zeitung*. Unter der Überschrift »Rundfunk contra Rundfunk« wurde angekündigt, dass sich die Mitarbeiter des *Berliner Rundfunks* am Sonnabend um 14.30 Uhr mit den Kollegen des *Rundfunks im amerikanischen Sektor* messen würden, und zwar als Fußballmannschaften. »Die lustige Note wird auch diesmal vorherrschend sein«, versicherte das Blatt.¹ Wie das Spiel ausging, wurde leider nicht übermittelt.

Kein Jahr später wäre ein solcher fröhlicher Wettstreit kaum noch vorstellbar gewesen. Gab es im April 1947 im *Neuen Deutschland* noch eine wohlwollende Rezension eines vom *RIAS* veranstalteten Konzerts US-amerikanischer Komponisten², nahmen in den folgenden Monaten die Spitzen gegen den Westsender zu. So beschwerte sich am 30. Juli 1947 eine Glosse im SED-Zentralorgan über die verstärkte Sendeleistung des *RIAS*: »Der Erfolg ist durchschlagend. Wer keinen Super hat, hört bei allen Sendern im Hintergrund schräge Musik oder die *Stimme Amerikas* murmeln, wenn Herr Zimmermann uns zu überzeugen versucht, wie gut man es mit uns meine und was für Dickköpfe wir doch seien.«³ Oder wenige Tage später nach einer antikommunistisch geprägten Nachrichtensendung: »Angeblich ist der *RIAS*-Sender kürzlich verstärkt worden, um ehemalige Nazis besser zur Demokratie erziehen zu können. Auf diese Weise bewirkt er das Gegenteil: eine Renazifizierung.«⁴

»Freie Stimme der freien Welt«

Schon die Gründung des *RIAS* war eine Reaktion auf die sich zuspitzenden Gegensätze zwischen den Siegermächten gewesen. Unmittelbar nach der Einnahme Berlins im Mai 1945 hatte die Sowjetunion begonnen, den Rundfunkbetrieb in der Stadt wieder aufzunehmen. Als die Westalliierten im Sommer 1945 entsprechend den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam die Kontrolle über ihre Sektoren übernahmen, strahlte der *Berliner Rundfunk* bereits ein Vollprogramm über den einzigen funktionsfähigen Sender der Hauptstadt aus. Ebenso hatten die Briten unmittelbar nach der Befreiung der Hansestadt den örtlichen Sender als *Radio Hamburg* wieder in Betrieb genommen. An einem gemeinsamen Rundfunkprogramm für ganz Deutschland hatten die westlichen Alliierten 1945 kein besonderes Interesse, auch wenn diese Frage bei den Sitzungen der gemeinsamen Verwaltungsgremien der Alliierten regelmäßig auf der Tagesordnung stand. Insbesondere Frankreich verfolgte die politische Linie, gesamtdeutsche Institutionen nach Möglichkeit zu verhindern.⁵ Von daher greift die in der heutigen Literatur meist anzutreffende Darstellung zu kurz, die Gründung des *RIAS* sei eine Reaktion auf die Weigerung der Sowjets gewesen, den *Berliner Rundfunk* für die Westmächte zu öffnen, zumal etwa die Briten auch nicht auf die Idee kamen, der Sowjetunion Zugriff auf den Hamburger Sender zu gewähren, und die USA Programme aus Moskau weder in München noch in Bremen zuließen.

In Berlin hatten die USA bereits im November 1945 den Aufbau eines eigenen Senders für ihre Zone angeordnet. Da es an funktionierenden Anlagen noch fehlte, wickelte man zunächst auf das Telefonnetz aus und verbreitete ab Februar 1946 ein Drahtfunkprogramm. Am 5. September 1946 wurde dann als Provisorium ein fahrbarer Mittelwellensender in Betrieb genommen, den man aus Wehrmachtsbeständen erbeutet hatte. Das war die eigentliche Geburtsstunde des *Rundfunks im amerikanischen Sektor*. Die Kontrolle übernahm die Information Control Division der US-Militärregierung. Die Briten ihrerseits setzten am 17. August 1946 einen eigenen Mittelwellensender in Berlin in Betrieb, der das um Regionalsendungen ergänzte Programm des *Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR)* aus Hamburg übernahm.

Der *NWDR* hatte in den ersten Monaten seiner Existenz gerne auf linke, progressive, auch kommunistische Redakteure und Sprecher zurückgegriffen, schon weil die antifaschistische Einstellung zunächst das zentrale Kriterium für eine Anstellung im Rundfunk war. Diese Offenheit war jedoch nicht von langer Dauer. Bereits Anfang 1947 kam es im *NWDR* zu einer Welle von Entlassungen. So wurde im Kölner Funkhaus der Intendant Max Burghardt entlassen, nachdem die CDU und ihr Vorsitzender Konrad Adenauer eine wütende Kampagne gegen ihn entfesselt hatten. Der spätere Bundeskanzler hatte Anstoß an einer Erklärung Burghardts genommen. Der hatte geschrieben, man selbst werde wohl keine philosophischen Systeme mehr aufbauen, aber vielleicht »die großen Gedanken der Vergangenheit endlich einmal realisieren«. Das Lebensprinzip werde dann »die Verwirklichung der Ideen Goethes, Herders, Kants, Hegels und Marx' sein«. ⁶ Adenauer wütete, dass der *NWDR*-Intendant Gott und Jesus nicht erwähnt habe. In der Folge wurde Burghardt von den britischen Besatzungsbehörden »nahegelegt«, auf sein Amt zu verzichten. Daraufhin erklärte er Anfang 1947 seinen Rücktritt und bewarb sich zugleich beim nordrhein-westfälischen Kultusministerium um eine andere Anstellung. Erst als dies erfolglos blieb, folgte er einem Angebot aus Berlin, die Leitung der Neues Schauspielhaus GmbH zu übernehmen und leitete später u. a. erfolgreich die Leipziger Bühnen.⁷

Weitere führende Journalisten des *NWDR*, die in dieser Zeit ihre Posten räumen mussten, waren der Leiter der Politikabteilung Karl-Eduard von Schnitzler – dem der britische *NWDR*-Chef Hugh

Carleton Greene bescheinigte, ein talentierter Journalist zu sein, den er ungern verlieren wollte – sowie die Kommentatoren Karl Georg Egel und Günther Cwojdrak. Sie wechselten nach ihrem Rauswurf in Köln zum *Berliner Rundfunk*, wo durch gezielte Abwerbung seitens des *RIAS* Stellen frei geworden waren. An die Spitze des *NWDR* gelangte dafür im Februar 1949 als »kommissarischer Intendant« der ehemalige Nazi Herbert Blank, der seine neue Macht gleich dazu nutzte, 51 Mitarbeiter »aus Etatgründen« zu entlassen – woraufhin zahlreiche weitere liberale Journalisten aus Protest ebenfalls ihre Kündigung einreichten, unter ihnen so prominente Namen wie Axel Eggebrecht.⁸ Die politische »Säuberung« erfasste auch die anderen Rundfunkstationen in Westdeutschland. Bei *Radio Stuttgart* etwa wurde der KPD ab 1947 der Platz für Wahlwerbung verweigert, der allen anderen Parteien zur Verfügung stand.⁹

Während der ersten Berlin-Krise 1948, als die Sowjetunion als Reaktion auf die Währungsreform in den Westsektoren die Verkehrswege in die westliche Exklave blockierte, setzte die französische Besatzungsmacht sogar Sprengstoff gegen den *Berliner Rundfunk* ein. Dieser hatte noch immer die Sendeanlagen in Tegel genutzt, die inzwischen im französischen Sektor lagen. Auf Befehl von Stadtkommandant Jean Ganevals sprengten französische Militärpolizisten am Morgen des 16. Dezember 1948 die Tegeler Sendetürme. Begründet wurde das von den französischen Militärbehörden mit der »Gewährleistung der Luftsicherheit« angesichts eines stark erhöhten Luftverkehrs – gemeint war die »Luftbrücke« zur Versorgung Westberlins. Der *Berliner Rundfunk* musste auf einen schwachen Potsdamer Sender sowie den Sender Leipzig ausweichen, was seine Ausbreitung vor allem in Berlin für Monate stark einschränkte.¹⁰

Die Grenzen der Freiheit

Beim *RIAS* endete derweil die Freiheit der »freien Stimme der freien Welt«, wenn die Journalisten den US-amerikanischen Aufsehern nicht scharf genug antikommunistisch auftraten. So wurden im Januar 1948 *RIAS*-Leiterin Ruth Norden und Kontrolloffizier Harry Freman abberufen. Ziel der Operation war es, den *RIAS* auf kompromisslosen Antikommunismus zu trimmen. Damit beauftragte US-General Lucius D. Clay seinen Geheimdienstchef William Heimlich. Man müsse »die Samthandschuhe ausziehen und den Russen endlich resoluter begegnen«. Der *SWR* zitierte Clay in einem Feature mit den Worten: »Ab jetzt wird zurückgesendet! (...) Vergleichen Sie es mit einem Sonderkommando in einem Kampfeinsatz.«¹¹ Die Sendezeiten wurden ausgedehnt, die Leistung der Strahler erhöht, neue Sender in Hof und München sorgten dafür, dass der *RIAS* in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR zu empfangen war. Und man gab sogar militanten Organisationen wie der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« Sendezeit. Diese antikommunistische Gruppierung, die bis 1958 Anschläge und Sabotageakte in der DDR verübte, war von den Westalliierten offiziell als Verein zugelassen worden und wurde vom US-Auslandsgeheimdienst CIA kontrolliert und finanziert.¹²

Wenn es gegen die Kommunisten ging, war es auch bei den anderen westdeutschen Rundfunksendern mit der behaupteten Unabhängigkeit von der Regierung nicht weit her. Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen unter Jakob Kaiser nahm gezielt und ganz offen Einfluss auf die Programme der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die bereits ab Ende der 1940er Jahre begonnen hatten, für die »Ostzone« bestimmte Sendungen auszustrahlen. Im Sommer 1950 verlangte Minister Kaiser einen »politischen und moralischen Feldzug gegen den Kommunismus«. ¹³ Dazu sollten alle westdeutschen und Westberliner Rundfunkanstalten im Vorfeld der am 15. Oktober 1950 in der DDR stattfindenden Volkskammerwahlen täglich gemeinsame

Sendungen für die Bevölkerung in Ostdeutschland ausstrahlen, um »der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone möglichst klare und einheitliche Richtlinien für ihr Verhalten bei der Wahl zu geben«. Tatsächlich wurde ab September 1950 unter dem Titel »Hier spricht Deutschland« täglich eine abwechselnd von allen Anstalten produzierte Sendung über Kurzwelle in die »Zone« gesendet. Formell blieben die öffentlich-rechtlichen Sender selbst für die Inhalte verantwortlich, doch das Ministerium richtete für das Programm ein zentrales Nachrichtenbüro in Bonn ein, das die Sender mit dem zu verwendenden Material versorgte.¹⁴

Auch der US-Auslandsgeheimdienst CIA hatte seine Finger im Spiel, wie aus Dokumenten hervorgeht, die auf der Grundlage des »Freedom of Information Act« der Öffentlichkeit freigegeben wurden. So heißt es in einem Schreiben eines Generalmajors R. C. Partridge an CIA-Chef Allen Dulles vom 3. August 1953: »Es ist eine bekannte Tatsache, dass die US-Regierung außerordentlich, geheimdienstlich, von den Aktivitäten des *RIAS* und dem Ansehen, das er unter der Bevölkerung der Sowjetzone gewonnen hat, profitiert. Die Direktoren des *RIAS* haben eine sehr kooperative Haltung gegenüber den in Berlin operierenden US-Nachrichtendiensten an den Tag gelegt (...)«¹⁵

Der *RIAS* und der 17. Juni

Anlass des Schreibens war Kritik aus den USA am Verhalten des *RIAS* während der Unruhen in der DDR am 17. Juni 1953. In seinem antikommunistischen Eifer wollte US-Senator Joseph R. McCarthy *RIAS*-Chef Gordon A. Ewing vor das »Komitee für unamerikanische Umtriebe« zitieren, weil er ihm unterstellte, den Aufstand nicht genügend unterstützt zu haben. Das sorgte für Bestürzung und Empörung unter anderem in Westberlin, dessen Bürgermeister Ernst Reuter sogar anbot, in einem offenen Brief die antikommunistische Haltung Ewings zu bezeugen.¹⁶ Letztlich entging Ewing dem vor allem für die US-Administration peinlichen Ansinnen McCarthys. Eine Anhörung hätte letztlich nur ergeben können, dass es den »Volksaufstand« in der DDR ohne den *RIAS* so nie gegeben hätte. Das räumten Jahrzehnte später auch führende Mitarbeiter wie der damalige Chefkomentator Egon Bahr ein.

Bereits am 15. Juni 1953 hatte der *RIAS* als erster und zunächst einziger Rundfunksender begonnen, über Proteste auf Baustellen in Ostberlin zu berichten. Die Informationen darüber habe man telefonisch erhalten, hieß es später. Am folgenden Tag berichtete der Sender ausführlich über den Streik der Bauarbeiter in der Stalinallee und über deren Demonstration zum Haus der Ministerien. Die Reporter machten keinen Hehl aus ihrer Begeisterung für die Aktionen und verbreiteten immer wieder, dass sich die Forderungen der Demonstranten nicht mehr auf den Protest gegen die bereits zurückgenommenen Normerhöhungen beschränkten, sondern inzwischen Rufe nach dem Rücktritt der SED-Regierung und freien Wahlen laut geworden seien. Außerdem meldete der *RIAS*, dass am Nachmittag eine dreiköpfige Delegation der Demonstranten im Sender erschienen sei und um die Verbreitung ihrer Forderungen gebeten habe. Was der *RIAS* damals nicht mitteilte war, dass diese Forderungen überhaupt erst im Studio des Senders mit Hilfe der Redakteure formuliert wurden. Egon Bahr berichtete Jahrzehnte später im Gespräch mit dem *Deutschlandfunk*: »Und dann haben wir uns hingesezt, ich habe gefragt: Nun sagen Sie doch erst mal Ihre Forderungen. Und dann sprudelte eine Reihe von Forderungen. Dann haben wir uns hingesezt und haben diese Forderungen in ein vernünftiges Deutsch gebracht, in eine Reihenfolge gebracht und dann haben wir das gesendet. Punkt. Aus. Schluss.«¹⁷

Ab dem Nachmittag des 16. Juni konzentrierte sich das Programm des *RIAS* vollständig auf die Entwicklungen in der DDR. Mehrfach wurde ein Aufruf von Programmdirektor Eberhard Schütz an die Bevölkerung in der »Sowjetzone« ausgestrahlt: »Macht euch die Ungewissheit, die Unsicherheit der Funktionäre zunutze. Verlangt das Mögliche – wer von uns in Westberlin wäre bereit, heute zu sagen, dass das, was vor acht Tagen noch unmöglich schien, heute nicht möglich wäre.« Stündlich wurde in den Nachrichten kaum verklausuliert der Treffpunkt für den kommenden Tag verbreitet: »Arbeiter aller Industriezweige forderten in den Abendstunden besonders nachdrücklich, dass die Ostberliner sich am Mittwoch früh um sieben Uhr am Strausberger Platz zu einer gemeinsamen Demonstration versammeln sollen.« Es folgten Aufrufe der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« und des ebenfalls von der CIA gegründeten und finanzierten »Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen«. Der Schriftsteller Erich Loest, der die Ereignisse damals in der DDR am Rundfunkgerät verfolgte, war von der entscheidenden Wirkung dieser Sendungen überzeugt: »Wenn der *RIAS* nicht vom Nachmittag des 16. Juni an stündlich von den Ereignissen im Ostteil Berlins berichtet hätte, wenn nicht vom bevorstehenden Generalstreik die Rede gewesen wäre und von einem Aufruf, den Arbeiter aller Industriezweige angeblich an die Ostberliner gerichtet haben sollten, sich am 17. Juni um sieben Uhr auf dem Strausberger Platz zu versammeln, wäre die Kunde nicht über die DDR hinausgeflogen. Ohne den *RIAS*, das war keine Frage, wäre es in Magdeburg und Leipzig, Halle und Görlitz still geblieben.«¹⁸

Die Mobilisierung lief weiter, bis man das Programm um 13.44 Uhr mit der Sondermeldung unterbrach, dass die sowjetische Militäradministration den Ausnahmezustand verhängt habe. Von jetzt an verbreitete der *RIAS* den »dringenden Hinweis, sich jeder Handlung gegen die sowjetische Besatzungsmacht zu enthalten« und konnte im folgenden nur noch über die Niederschlagung der Rebellion berichten.¹⁹

Im Rundfunk der DDR hatte man die Ereignisse bis dahin weitgehend ignoriert, im Radio lief das in den Programmzeitschriften ausgedruckte Programm, und auch die Nachrichten verschwiegen die Proteste in der Hauptstadt. Ab 13 Uhr wurde dann wiederholt über die Verhängung des Ausnahmezustands informiert und weiter Musik gesendet, um 14 Uhr folgt die erste öffentliche Bekanntmachung von Ministerpräsident Otto Grotewohl, in der die Bevölkerung zur Wiederherstellung der Ordnung, der Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben und zur Ergreifung von Provokateuren aufgerufen wurde. Die Unruhen seien das Werk von »Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus westdeutschen kapitalistischen Monopolen gewesen«. Es folgte ein Kommentar von Karl-Eduard von Schnitzler, der unter der Überschrift »Saboteure am Werk!« betonte, dass die demonstrierenden Bauarbeiter nichts mit den »Westberliner Brandstiftern« gemein hätten, von denen die Unruhen angefacht worden seien.²⁰

Am folgenden Tag erklärte er in einem weiteren Kommentar: »Es ging nicht um Normen, nicht um freie Wahlen, nicht um die Verbesserung des Lebensstandards, nicht um eine – wie immer geartete – Freiheit; sondern unter Missbrauch des guten Glaubens eines Teils der Berliner Arbeiter und Angestellten, gegen grobe Fehler bei der Normerhöhung mit Arbeitsniederlegung und Demonstrationen antworten zu müssen, wurde von bezahlten Provokateuren, vom gekauften Abschaum der Westberliner Unterwelt ein Anschlag auf die Freiheit, ein Anschlag auf die Existenz, auf die Arbeitsplätze, auf die Familien unserer Werktätigen versucht. (...)«²¹

Die CIA sendet

Die Rolle des *RIAS* war für die US-Administration Vorbild für weitere Propagandasender, die sich gegen das sozialistische Lager wendeten. Von München aus sendete seit 1950 *Radio Free Europe* (*RFE*) in den Sprachen der zum »Ostblock« gezählten Länder Mittel- und Osteuropas, 1953 folgte das gegen die Sowjetunion gerichtete *Radio Liberation*, das sich später in *Radio Liberty* (*RL*) umbenannte. Die bundesdeutschen Behörden hatten bei der Einrichtung der beiden Sender aufgrund des Besatzungsstatuts nichts zu melden gehabt. Erst 1955 erteilten sie die entsprechende Lizenz. Formell ist das überraschend, denn Privatsender waren damals in der Bundesrepublik nicht zugelassen, doch *RFE* und *RL* beriefen sich darauf, von US-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen betrieben zu werden. Hinter *RFE* etwa stand offiziell die Vereinigung »Kreuzzug für die Freiheit«, der 26 Millionen US-Bürger angehört haben sollen. »Es ist eine finanziell gut fundierte Organisation, die dem Weltkommunismus entgegenwirken will«, behauptete die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* 1956 in einem Artikel, in dem es um die Einflussnahme des Senders auf die Unruhen in Ungarn ging.²²

Erst Anfang der 1970er Jahre räumte Washington ein, dass *RFE* und *RL* von Anfang an vor allem von der CIA finanziert worden waren und private Spenden nie mehr als einen Bruchteil der Einnahmen ausmachten. Der US-Senat entzog dem Geheimdienst daraufhin die Zuständigkeit für beide Sender. Von nun an kam das Geld direkt vom Kongress. An der Einmischung in Osteuropa änderte das nichts.

Die DDR ihrerseits hatte bereits 1948 begonnen, gezielt Sendungen für Westberlin und die Westzonen auszustrahlen. Insbesondere der im Oktober 1948 über die instandgesetzten Anlagen in Königs Wusterhausen in Betrieb genommene *Deutschlandsender* richtete sich ganz offiziell auch an Hörer in Westdeutschland. 1959 kam mit der *Berliner Welle* ein Programm hinzu, das sich über UKW und Mittelwelle speziell an die Menschen in Westberlin wandte. Die eigenen Sendungen wie »Von Berlin – für Berlin« oder »Rund um den Ku-Damm« wurden nur am Nachmittag und Abend ausgestrahlt, zu den übrigen Zeiten übernahm man das Programm des *Berliner Rundfunks*.

Am 26. August 1961, knapp zwei Wochen nach der Schließung der Grenzen in Berlin, überraschte die *Berliner Welle* spätabends um 23.45 Uhr mit ungewohnten Klängen. Zu hören waren Hits aus US-amerikanischer Produktion, und in englischer Sprache richteten »Bob« und »Barbara« Grüße an die GIs aus, die an der seit dem 13. August abgeriegelten Grenze zu patrouillieren hatten. Dabei wurden die nordamerikanischen Soldaten manchmal sogar mit Name und Dienstgrad angesprochen und aufgefordert, die sie begleitenden »Westberliner Polypen« doch mal zu fragen, »was sie im letzten Krieg gemacht haben«.

Das Programm nannte sich OPS und war in den folgenden Monaten täglich rund 30 Minuten auf UKW und Mittelwelle in Berlin zu hören. Nicht nur die Musik glich der des US-Soldatensenders *AFN*, auch der Slogan war dem gegnerischen Kanal nachempfunden. Meldete sich dieser als »Stimme der Information und Bildung«, nahm OPS für sich in Anspruch, die »echte Stimme« zu sein. Als Erkennungszeichen nutzte man bewusst ironisch einen alten Song von Cole Porter: »Don't Fence Me In« – Zäune mich nicht ein. Und den Hörern wurde ein »schöner Preis« versprochen, wenn sie errieten, wofür das Kürzel OPS stehen könnte.

Die Auflösung war »Out Post Station«, was man mit »Außenposten« übersetzen könnte. Und auch die Antwort auf die Frage, warum die Moderatoren ihre erhofften Hörer namentlich begrüßen konnten, stellte sich als recht einfach heraus, wie der *Spiegel* im Januar 1962 schrieb: Die US-

Soldaten trugen ihren Namen deutlich lesbar an der Uniform, und »Volkspolizisten an der Friedrichstraße bekämpften ihre Langeweile gelegentlich damit, die Namen der US-Besatzung am Checkpoint Charlie mit Feldstechern auszuspähen und an den Soldatensender weiterzuleiten«.²³

OPS blieb nur wenige Monate auf Sendung, und das Echo unter den US-Soldaten blieb offenbar verhalten. Mit anderen Sendern hatte die DDR deutlich mehr Erfolg.

Anmerkungen

1 *Berliner Zeitung*, 16. November 1946, S. 4

2 *Neues Deutschland*, 24. April 1947, S. 3

3 *Neues Deutschland*, 30. Juli 1947, S. 2

4 *Neues Deutschland*, 8. August 1947, S. 2

5 Wilfried Rogasch: Ätherkrieg über Berlin; in: Deutsches Historisches Museum: Deutschland im Kalten Krieg, 1945 bis 1963; www.dhm.de/archiv/ausstellungen/kalter_krieg/aet_03.htm

6 Zit. nach: WDR Profil; www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/profil/chronik/max-burghardt-102.htm

7 Bundesarchiv: Nachlass Max Burghardt; BA NY 4199/98

8 Robert Heinze: Radio Stuttgart, 1945-47 – Ein Rundfunk im Aufbau. Konstanz 2004, S. 60

9 Ebenda, S. 93

10 Wilfried Rogasch, a. a. O., www.dhm.de/archiv/ausstellungen/kalter_krieg/aet_05.htm

11 Thomas Gaevert: Kalter Krieg im Radio; Sendung am 30. Oktober 2019 auf SWR 2; Manuskript: www.swr.de/swr2/doku-und-feature/swr2-feature-2019-10-30-104.pdf

12 Vgl. *Spiegel online*: CIA finanzierte Sabotage und Anschläge in der DDR; www.spiegel.de/politik/ausland/ddr-cia-finanzierte-sabotage-und-anschlaege-a-1019554.html

13 Bundesminister Kaiser, Deutscher Bundestag — 85. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 14. September 1950, S. 3185; dserver.bundestag.de/btp/01/01085.pdf

14 Sina Rosenkranz und Sarah Renner: »Sie stehen nicht allein da in der Zone«; in: *Rundfunk und Geschichte* Nr. 1–2/2007, S. 15 ff.; rundfunkundgeschichte.de/assets/RuG_2007_1-2.pdf

15 Schreiben von Generalmajor R. C. Partridge an Alen Dulles, 3. August 1953; www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP80R01731R000800130014-9.pdf

16 Stefanie Eisenhuth, Scott H. Krause: Inventing the »Outpost of Freedom «; in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014), S. 205 f.; zeithistorische-forschungen.de/2-2014/5093

17 *Deutschlandfunk Kultur*: Bahr: RIAS war Katalysator des Aufstandes (9. Januar 2006); <https://www.deutschlandfunkkultur.de/bahr-rias-war-katalysator-des-aufstandes-100.html>

18 Wilfried Rogasch, a. a. O., www.dhm.de/archiv/ausstellungen/kalter_krieg/aet_06.htm

19 Vgl. ebd.

20 Ingrid Pietrzynski: »Eine Republikpartei, noch dazu eine schlechte ...«; in: *Rundfunk und Geschichte*, Nr. 1/2/2003, S. 21; rundfunkundgeschichte.de/assets/RuG_2003_1-2.pdf

21 Karl Eduard von Schnitzler: Der Anschlag auf den Frieden ist gescheitert (DDR-Rundfunk, 18.6.1953); www.17juni53.de/chronik/530618/doc_4.html

22 Was tat *Radio Free Europe*?; in: *Die Zeit* Nr. 48/1956; www.zeit.de/1956/48/was-tat-radio-free-europe/komplettansicht

23 Don't Fence Me In; in: *Der Spiegel* Nr. 4/1962; www.spiegel.de/politik/dont-fence-me-in-a-48e87747-0002-0001-0000-000045138058

»Links von Bonn«

Serie. Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 9: Nach dem Verbot der KPD 1956 wurde der Deutsche Freiheitssender 904 die Stimme der illegalen Partei

Von André Scheer



KPD lebt. Losung am Wasserturm in Hamburg-Uhlenhorst 1956

Während CDU/CSU, SPD und FDP in Westdeutschland in den 1950er Jahren lautstark die Unterdrückung Andersdenkender in der »Sowjetzone« – der DDR – beklagten, wurden systemoppositionelle Kräfte in der Bundesrepublik verfolgt und in den Untergrund gedrängt. Am 17. August 1956 erklärten die Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe auf Antrag der Bundesregierung die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) für verfassungswidrig und aufgelöst. Es folgten Razzien in den Büros der Partei, Zeitungen und Druckereien wurden geschlossen, das Vermögen der KPD beschlagnahmt.

In einer Erklärung verurteilte der Parteivorstand der nun verbotenen Kommunisten den Schlag gegen die Organisation: »Das Urteil gegen die KPD ist gesprochen im Namen der deutschen Konzernherren, der Militaristen und der amerikanischen Hochfinanz. Das Volk wird das Urteil gegen die KPD niemals anerkennen, weil es gegen Frieden, Freiheit und nationale Wiedervereinigung gerichtet ist.«¹

Neue Stimme auf Mittelwelle

Die Erklärung wurde zwar von den Medien der DDR verbreitet, im Westen jedoch nahezu totgeschwiegen. Die Zeitungen der KPD waren bereits mundtot gemacht worden, das Verteilen des Statements als Flugblatt praktisch unmöglich. Da meldete sich am Abend des 17. August, nur wenige Stunden nach dem Verbot, auf Mittelwelle eine neue Stimme der nun illegalen Partei: »Der *Deutsche Freiheitssender 904* gibt nun der Kommunistischen Partei Deutschlands das Wort. Sie hören eine Erklärung des Parteivorstandes der KPD aus Düsseldorf.«

In der Stellungnahme hieß es dann weiter: »Die KPD lebt, und sie wird in der ersten Reihe der Arbeiterklasse und des Volkes stehen, wenn die Ära Adenauer längst dahin ist. Die KPD ist noch immer im Kampf gewachsen. Sie wird sich auch in diesem Kampf stärken. Wer heute die Kommunisten verurteilt, den wird morgen das Volk verurteilen.« Der *Freiheitssender* untermauerte diese Drohung recht martialisch. Man nannte die Namen der für das Verbot Verantwortlichen, und hinter jedem Namen folgte ein Tonausschnitt aus der Urteilsverkündung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1946: »... zum Tode durch den Strang«.²

Wann genau sich die Idee der Schaffung eines eigenen Geheimsenders für die KPD konkretisiert hatte, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Die Planungen scheinen erst wenige Wochen oder Monate vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgenommen worden zu sein. Achim Becker und Hans Canjé, beide ehemalige Mitarbeiter des *Freiheitssenders*, schrieben 2006 in einem Beitrag für die *junge Welt*, dass das Politbüro der SED erst am 14. August 1956 – also drei Tage vor dem Verbot – beschlossen habe, »eine besondere Sendestation nach Westdeutschland mit dem Namen *Deutscher Freiheitssender 904*« einzurichten.³ Aus dem im Bundesarchiv liegenden Protokoll der damaligen Sitzung geht dieser Beschluss nicht hervor. Dort findet sich allerdings mit Berufung auf ein nicht auffindbares Papier die Formulierung »Die Vorlage über die Maßnahmen der KPD wird gutgeheißen«.⁴

Chefredakteur von *904* wurde der 1915 in Hamburg geborene Heinz Priess. Er hatte im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939 in den Reihen der Internationalen Brigaden gegen den Faschismus gekämpft und war ab Juli 1937 Kommissar des Hans-Beimler-Bataillons gewesen. Nach der Niederlage der Spanischen Republik war er nach Frankreich geflohen und hatte sich im Süden des Landes der Résistance gegen die deutschen Besatzer angeschlossen. Im Oktober 1945 kehrte er nach Hamburg zurück und wurde Chefredakteur der *Hamburger Volkszeitung*, bis er im Juli 1951 in die DDR übersiedelte. Nach mehreren vorhergehenden Stationen war er bis Mai 1956 Intendant des *Deutschlandsenders*. Am 30. Mai 1956 beschloss das SED-Politbüro dann eine »Veränderung des Kollegiums des Staatlichen Rundfunkkomitees«, für das anstelle von Priess Willy Perk als Intendant angegeben wurde.⁵

Priess selbst wurde aber offenbar erst Anfang August 1956 von Hermann Matern über seine neue konspirative Aufgabe informiert. Dieser habe ihn, schrieb Priess in seiner Autobiographie, in das Zentralkomitee der SED bestellt und erklärt, das zu erwartende Verbot der KPD, »elf Jahre nach Beendigung des Naziregimes«, müsse auch als Schlag gegen die DDR gewertet werden und erfordere deshalb die Klassensolidarität mit den Genossen der KPD in der BRD. Der wichtigste Punkt sei dabei die Ersetzung der Propaganda und Agitation vor Ort durch einen konspirativen Sender. Priess solle sich deshalb bei der Abteilung Agitation der Westabteilung einfinden. Dort beauftragte Max Spangenberg, wie Priess ein ehemaliger Spanienkämpfer und Leiter des Arbeitsbüros der Westkommission des SED-Politbüros, seinen Genossen, eine Redaktion und ein Sendeschema für den *Freiheitssender* zusammenzustellen. Priess dachte laut eigener Erinnerung daraufhin »sofort« an den *Soldatensender Calais*, einen britischen Schwarzsender, der im Zweiten Weltkrieg vorgegeben hatte, von den Deutschen betrieben zu werden, und mit moderner Musik sowie für damalige Verhältnisse frecher Moderation große Wirkung erzielt hatte.⁶

Der Reiz des Verbotenen

Das Rezept ging auch im Kalten Krieg auf. »Da haben wir uns eine schlimme Sache eingebrockt; der Sender ist für die da drüben mehr wert als die ganze KPD«, zitierte die Hamburger

Wochenzeitung *Die Zeit* rund drei Wochen nach dem Start von 904 einen namentlich nicht genannten sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionär. Das Blatt weiter: »Dass die Station überhaupt in Erscheinung treten konnte, ist eine der bedauerlichen Folgen des KPD-Verbotes.«⁷ Und 1971 kommentierte die Wochenzeitung rückblickend: »Die Programme, in modischer Magazinform, waren pfiffig gemacht. Die musikalische Verpackung (...) war hervorragend (Typ *Radio Luxemburg*), und nicht zuletzt deshalb hatte der *Freiheitssender* eine ganz respektable Hörergemeinde. Ein wenig politisches Indianerspiel wurde auch mitgeliefert. Angebliche oder wirkliche Reportagesendungen aus der Bundesrepublik wurden mit dem Hinweis unterbrochen, der Reporter müsse verschwinden, weil die Polizei hinter ihm her sei.«⁸

Neben der flotten Musik war es dieser Reiz des Verbotenen, der viele vor allem junge Menschen den Sender einschalten ließ. 904 versuchte den Eindruck zu erwecken, aus dem Untergrund in Westdeutschland zu arbeiten, als »der einzige Sender der Bundesrepublik, der nicht unter Regierungskontrolle steht«. Unter Berufung auf eine Notiz der *Süddeutschen Zeitung* meldete etwa das *Neue Deutschland* am 10. November 1956 unter der Überschrift »Bonn sucht *Freiheitssender* 904«, der Verfassungsschutz fahnde nach den illegalen Funkern: »Der Sender führe seine Tätigkeit im ›Raum von Hannover‹ durch, sei jedoch ein ›fliegender Sender‹, heißt es in der Zeitung.«⁹ Auch im Programm selber war gerne mal die Rede davon, dass man »unter schwierigsten Bedingungen« sende oder der Polizei ausweichen müsse. Wo der Standort sei? »Links von Bonn!«¹⁰

Natürlich hatte die Bundespost mit ihren Peilwagen keine Mühe, den wirklichen Standort jenseits der deutsch-deutschen Grenze zu ermitteln. So wusste man in Bonn bald, dass 904 von Burg bei Magdeburg aus sendete. Wie aus dem Betriebstagebuch des Senders hervorgeht, teilte man sich die Antenne zunächst mit dem sowjetischen Soldatensender *Radio Wolga*, der sein Programm auf der Mittelwelle 782 Kilohertz verbreitete. Bevor sich 904 meldete, musste die Anlage deshalb auf die neue Frequenz um- und anschließend wieder zurückgestellt werden. Der *Freiheitssender* konnte auch auf Grund solcher Einschränkungen seine Sendezeit nicht beliebig ausdehnen und beschränkte sich zunächst auf zwei einstündige Abendsendungen um 20 und um 22 Uhr, bald kam noch eine Morgensendung hinzu.

Eine weitere Besonderheit des *Freiheitssenders* waren merkwürdige Kurzmeldungen, die in das Programm eingestreut wurden, etwa: »Wir rufen den Stellvertreter von Drosselbart. Die Karawane trifft zwei Stunden früher ein. Besondere Maßnahmen nicht erforderlich. Ende der Durchsage.« Lange wurde bei Freund und Feind gerätselt, ob sich diese verschlüsselten Durchsagen tatsächlich an illegale Strukturen der KPD richteten, oder vielmehr ein Werbegag waren. Inzwischen ist nach den Aussagen ehemaliger Beteiligter klar, dass die sogenannten Eidechsen ein reines Stilmittel waren, um die Konzeption des Senders als Geheimsender zu unterstützen. War es wirklich einmal notwendig, Genossinnen oder Genossen in der BRD zu warnen, zum Beispiel weil Informationen über bevorstehende Razzien durchgesickert waren, wurden diese Informationen der Wichtigkeit wegen am Anfang der Sendung plaziert.¹¹

Trotz solcher eher lustigen Abenteuerspiele war die Konspiration rund um den *Freiheitssender* notwendig, denn manche der Mitarbeiter reisten wiederholt in die Bundesrepublik, um dort zu recherchieren. Wurden sie enttarnt, drohten lange Haftstrafen. So wurde Hans Canjé am 19. September 1962 in Düsseldorf verhaftet und nach 13monatiger Untersuchungshaft am 31. Oktober 1963 vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er fast vollständig absitzen musste. In der Begründung werteten die Richter seine Arbeit für den *Freiheitssender* als »Zuwiderhandlung gegen das Verbot der KPD in Tateinheit mit

Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung (...) in Tateinheit mit in verfassungsfeindlicher Absicht begangene Beschimpfung der Bundesrepublik«.12

Die Redakteure mussten also häufig auf erfundene Reportagen zurückgreifen, bei denen sie nur vorgaben, in der Bundesrepublik unterwegs zu sein. Das klang dann etwa so: »Als ich gestern Nachmittag im Hamburger Stadtpark auf einer Bank ein wenig vom Getriebe der Stadt verschmaufen wollte, kam ich mit einem vielleicht 20jährigen – wie sich später herausstellte – Motorenschlosser ins Gespräch. Wir unterhielten uns gerade über die Vor- und Nachteile seiner ziemlich neuen DKW-Maschine, als ein Unteroffizier und ein Gefreiter in Bundeswehruniform an uns vorübergingen.«13

Doch schon das reine Hören des *Freiheitssenders* konnte gefährlich sein. Am 4. Februar 1963 meldete die Nachrichtenagentur *ADN*, ein Soldat der Bundeswehr sei zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er den *904* gehört habe. Ein entsprechendes Urteil des Landgerichts Braunschweig sei vom Bundesgerichtshof bestätigt worden.14

Enthüllungsradio

Tatsächlich verfügte der Sender jedoch über viele Informationen, deren Quellen im Westen regelmäßig für Unruhe sorgten. So enthüllte *904* im März 1961, dass »einer der übelsten Komplizen Eichmanns, der SS-Standartenführer Kurt Becher, ungeschoren in Köln« lebe. Anlass war ein Artikel des in Frankfurt am Main lebenden linkszionistischen Schriftstellers Joel Brand, der 1961 als Zeuge im Eichmann-Prozess in Jerusalem aussagte und in einem Beitrag für die westdeutsche Zeitschrift *Revue* Becher als einen der Hauptschuldigen an der Judenverfolgung genannt hatte. Heute sei dieser Kurt Becher Chef einer Kölner Handelsgesellschaft und lebe unter dem Schutz der Regierung, so *904* weiter. »Sollen wir uns vielleicht an die Kriminalpolizei der Stadt Köln wenden, dass sie den Standartenführer Kurt Becher verhaftet? Urteilen Sie selbst: Chef der Kölner Kriminalpolizei ist Karl Kiehne, SS-Sturmbannführer, sein Vertreter Wilhelm Hucko, SS-Sturmbannführer. (...) Sollen wir den Teufel bei seiner eigenen Sippschaft anzeigen?«15 Die Onlineenzyklopädie Wikipedia notiert, Becher habe zuletzt in Bremen gewohnt »und starb 1995 im Alter von 86 Jahren als reicher Mann, ohne je für seine Taten vor Gericht gestanden zu haben«.16

Auch in der *Spiegel*-Affäre 1962 spielte der *Freiheitssender* eine gewisse Rolle. Im Oktober des Jahres hatte die Polizei als Reaktion auf einen Artikel über die Lage der Bundeswehr wegen des Vorwurfs des »Landesverrats« die Redaktionsräume des Hamburger Nachrichtenmagazins besetzt und mehrere Redakteure verhaftet. In der Bundestagsdebatte über diese Vorgänge am 8. November 1962 fragte der FDP-Abgeordnete Oswald Kohut den damaligen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU), ob er »gewillt und in der Lage« sei, ein Gerücht zu dementieren, dass der Mann, der im Verteidigungsministerium das den Ermittlungen des Generalbundesanwalts und der Polizeiaktion zugrundeliegende Gutachten erstellt hatte, »früher einen hohen SS-Rang bekleidet« habe.17 Strauß reagierte cholerisch auf die Frage und weigerte sich, sie zu beantworten. Am folgenden Tag griff er das Thema auf und versuchte, sich vor seinen Angestellten zu stellen: »Wenn auf Gutachter nun in Form einer solchen Gerüchtewelle ein terrorisierender Einfluss ausgeübt wird, ist die Unbefangenheit in der Durchführung ihrer weiteren Amtspflichten nicht mehr gewährleistet. (...) Ich habe auch festgestellt, woher eine solche Behauptung stammen könnte. Wir haben umfangreiches Material geprüft. Wir sind dabei darauf gekommen, dass eine Propagandaquelle, nämlich der *Sender 904*, vor kurzem einen anderen Gutachter, einen Oberstleutnant, angegriffen, ihn als SS-Führer bezeichnet und dagegen Stellung genommen hat, dass ein solcher SS-Führer als

Sachverständiger vor Gerichten aufgetreten sei. (...) Das scheint uns die Ursache dieser Quelle, die Ursache dieses Gerüchtes zu sein. Ich sage das deshalb, damit in Zukunft die Gerüchte auch auf ihre Quelle geprüft werden, bevor sie zum Gegenstand parlamentarischer Anfragen gemacht werden.«¹⁸

Für den *Freiheitssender* war das natürlich ein Grund zum Feiern. Noch am selben Abend kommentierte man auf *Welle 904*: »Sie, Herr Strauß, haben heute früh im Bundestag erklärt, die Enthüllungen des *Deutschen Freiheitssenders 904* wirkten bereits im Bundestag; die Anfrage des FDP-Abgeordneten Kohut über die SS-Zugehörigkeit des ›Gutachters‹ aus dem Kriegsministerium gegen den *Spiegel* stamme aus einer Veröffentlichung des *Deutschen Freiheitssenders*. Wir können Ihnen noch mehr bekanntgeben, Herr Kriegsminister Strauß: Vor 48 Stunden, am Mittwochabend, hat der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Abgeordneter Döring, ausgesprochen, dass – während der ›Militärische Abschirmdienst‹ des Kriegsministeriums den *Spiegel* bespitzelte – ein anderer Geheimdienst der Bundesrepublik Material über Ihre Korruptions- und Skandalaffäre sammelte, Herr Strauß, und dem *Spiegel* zuspielte. Wir teilen Ihnen und dem ganzen Bundestag hiermit öffentlich mit: Es war das ›Bundesamt für Verfassungsschutz‹, das zu der Zeit, als der heutige Außenminister Dr. Gerhard Schröder noch Bundesinnenminister war, dieses Material sammelte und weiterleitete. Denn Herr Schröder will ebenso Sie als Konkurrenten um die Kanzlernachfolge abschießen wie Sie ihn.«¹⁹

Das Ende der Maulwürfe

Ab Ende der 1960er Jahre rückte dann noch einmal die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbotes in den Mittelpunkt der Sendungen. Daran hielt man auch fest, nachdem im September 1968 die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gegründet worden war. Im April 1970 übertrug *904* ein Interview mit Erich Jungmann vom ZK der KPD. Er wies die Behauptung von SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski zurück, dass das Problem des KPD-Verbotes gelöst sei, weil es ja jetzt eine DKP gebe: »Tatsache aber ist, dass das KPD-Verbot weiter existiert, dass auf Grund dieses Verbots jeder Polizist Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte verfolgen kann und dass, wenn das Verbot nicht beseitigt wird, morgen jede fortschrittliche Organisation oder Partei verboten werden kann.«²⁰

Der Bericht über das Interview war einer der letzten Artikel in der DDR-Presse, der sich auf den *Freiheitssender 904* bezog. Nach Mai 1970 lassen sich in den online zugänglichen Archiven keine Meldungen mit entsprechendem Bezug mehr auffinden. Auch als der Sender Ende September 1971 ohne vorherige Ankündigung den Betrieb einstellte, war das dem *Neuen Deutschland* keine Notiz mehr wert. Die entsprechenden Meldungen überließ man der Westpresse, etwa dem *Spiegel*, der am 10. Oktober 1971 unter der Überschrift »Ende der Maulwürfe?« mitteilte, dass der *Freiheitssender* nicht mehr zu empfangen sei: »Mit dem Sendeschluss, so vermuten westliche Geheimdienstler, will die DDR das Ende der verfassungswidrigen KPD signalisieren, deren Chef Max Reimann am 27. September Mitglied der (1968 gegründeten) Deutschen Kommunistischen Partei geworden ist.«²¹

Anmerkungen

1 Parteivorstand der KPD: Die KPD lebt! Hinweg mit dem Verbot!; zit. nach: Josef Forschepoth: Eindeutig verfassungswidrig. Das Verbot der KPD war Ausdruck des Kalten Bürgerkriegs zwischen den beiden nach 1945 entstandenen deutschen Staaten; in: *junge Welt*, 11. September 2017, S. 12 f.; <https://www.jungewelt.de/artikel/317987.eindeutig-verfassungswidrig.html>

2 Achim Becker und Hans Canjé: Nicht ohne Stimme; in: *junge Welt*, 21. August 2006, S. 10; <https://www.jungewelt.de/artikel/72313.nicht-ohne-stimme.html>

3 ebenda

4 Protokoll des Politbüros des Zentralkomitees der SED, 14. August 1956; in: Bundearchiv, DY 30/J IV 2/2/494; http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_0494/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=/dy30pbpr/index.htm-kid-b6a7fad3-46db-402e-9340-09662878d31a&sign=DY%2030/J%20IV%202/2/494

5 Protokoll des Politbüros des Zentralkomitees der SED, 30. Mai 1956; in: Bundearchiv DY 30/J IV 2/2/479; http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30pbpr/mets/dy30pbpr_jIV2_2_0479/index.htm?target=midosaFraContent&backlink=/dy30pbpr/index.htm-kid-8857bd5f-cd10-4f76-98a6-7d0144ce286b&sign=DY%2030/J%20IV%202/2/479

6 Christian Senne: *Der Deutsche Freiheitssender 904*. Die »Stimme der KPD« von 1956–1971; Berlin 2003. S. 21ff.; https://www.dokufunk.org/upload/dsf_904.pdf

7 »Freiheitssender 904« – Propaganda nach bewährtem Rezept; in: *Die Zeit*, Nr. 36/1956 (6. September 1956); <https://www.zeit.de/1956/36/freiheitssender-904/komplettansicht>

8 Aufgehört zu miauen; in: *Die Zeit*, Nr. 2/1971 (15. Oktober 1971); <https://www.zeit.de/1971/42/aufgehoert-zu-miauen>

9 *Neues Deutschland*, 10. November 1956, S. 2

10 <http://freiheitssender.radiohistory.de>

11 Christian Senne, a.a.O., S. 36

12 Dr. Seltsam: »Wir setzten auf die Gewalt des Wortes«. Gespräch mit Hans Canjé über die Arbeit beim *Deutschen Freiheitssender 904*; in: *junge Welt*, 26. August 2006, Wochenendbeilage S. 1; <https://www.jungewelt.de/artikel/72604.wir-setzten-auf-die-gewalt-des-wortes.html>

13 Zit. nach André Scheer und Christian Steffens: *Roter Schwarzfunk. Freiheitssender 904 und Deutscher Soldatensender*. Zwei Instrumente der Rundfunkpropaganda der DDR im Kalten Krieg, Göttingen 1988

14 *Neues Deutschland*, 4. Februar 1963, S. 2; *Berliner Zeitung*, 4. Februar 1963, S. 2

15 Eichmanns Komplize lebt in Köln; in: *Neues Deutschland*, 13. März 1961, S. 2

16 https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Becher

17 Deutscher Bundestag — 4. Wahlperiode — 46. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 8. November 1962, S. 2024f.; <https://dserver.bundestag.de/btp/04/04046.pdf>

18 Deutscher Bundestag — 4. Wahlperiode — 47. Sitzung. Bonn, Freitag, den 9. November 1962, S. 2088f.; dserver.bundestag.de/btp/04/04047.pdf

19 Zit. nach: *Neues Deutschland*, 10. November 1962, S. 1

20 *Neues Deutschland*, 16. April 1970, S. 7

21 Ende der Maulwürfe? In: *Der Spiegel*, Nr. 42/1971; <https://www.spiegel.de/politik/ende-der-maulwuerfe-a-ba354448-0002-0001-0000-000043278907>

»Kein Kommerz auf Megahertz«

Serie. Klassenkampf im Äther – 100 Jahre Rundfunk in Deutschland. Teil 10: Mit Piratensendern und »Freien Radios« wehrte sich die Opposition gegen die Einführung des privaten Rundfunks
Von André Scheer



Piratensender mit Powerplay (On-Air-Leuchte im Aufnahmestudio von Radio Dreyeckland in Freiburg)

Die Vorherrschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Westdeutschland blieb in den ersten rund 20 Jahren der Existenz der Bundesrepublik unangetastet. Abgesehen von dem [als Stimme der illegalen KPD aus ostdeutschem Exil funkenden Deutschen Freiheitssender 904](#) sind praktisch keine Aktivitäten von Schwarz- oder Piratensendern in der Bundesrepublik überliefert – wenn man von den Stationen antikommunistischer Exilorganisationen absieht, die von Bonn geduldet Propaganda nach Osten funkten.

Erst für Ende der 1960er Jahre ist die Existenz eines linken, explizit politischen Untergrundsenders nachgewiesen. Im Bundestag bestätigte Postminister Werner Dollinger auf Anfrage des CDU-Abgeordneten Werner Marx, dass am 26. Februar 1969 ein Sender »mit der Ansage *Radio Revolution*« das Programm des *Senders Freies Berlin* »mit unflätigen Bemerkungen über die Bundesversammlung und den Berliner Senat erheblich gestört« habe. In der folgenden Nacht habe der »APO-Sender« – wie der Minister den Piratensender taufte – »in negativer Weise den Besuch des US-Präsidenten Nixon in Berlin« kommentiert und »die üblichen APO-Parolen« verbreitet. Peilungen hätten ergeben, dass sich der Sender in einem Gebäudekomplex in der Gegend nördlich des Bahnhofs Zoo befunden haben dürfte – dem Sitz der Technischen Universität Berlin.¹ Ein weiteres Mal erregte der Sender am 26. September 1969, dem Tag der Bundestagswahlen, Aufsehen. Mehrfach überlagerte er während der Wahlberichterstattung der ARD den regulären Ton mit Parolen wie »NPD und SPD tun einander gar nicht weh« oder »Die SPD ist die beste CDU, die es je gab«.²

Hinter dem Sender steckten Aktivisten aus dem Umfeld der in dieser Zeit entstehenden militanten Gruppe »Tupamaros Westberlin«. Einer von ihnen, Michael »Bommi« Baumann, beschrieb in seinen 1975 veröffentlichten Erinnerungen, wie sie damals im Auto durch die Stadt kurvten und sich mit ihren jeweils nur ein paar Straßenzüge weit reichenden Sendern in das Fernsehprogramm einblendeten: »Irgendwann mal in unserem Rausch haben wir ein Tape fertiggemacht und sind mit unseren Autos kreischend durch die Straßen gefahren und haben Köpke (gemeint ist der ›Tagesschau‹-Sprecher Karl-Heinz Köpcke; Anm. d. Verf.) unsere Meldungen durchsprechen lassen. Ist natürlich ein irrer Gag, wenn du Köpke siehst und da spricht ein ganz anderer.«³

Auch in anderen Städten kam es in dieser Zeit zum Einsatz von kleinen Radiosendern bei Aktionen der Studierenden. So meldete sich Ende Januar 1969 während der Besetzung des Instituts für Psychologie an der Hamburger Universität ein *Freiheitssender Wilhelm-Reich-Institut*.⁴

Generell blieb die Bedeutung dieser frühen Piratensender aber beschränkt auf die Begleitung der »eigentlichen« Aktionen, eine eigenständige Bedeutung hatten sie kaum. SDS und APO konzentrierten sich in ihrer Medienpolitik darauf, Zugang zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu fordern, zum Beispiel mit dem Ruf nach regelmäßiger Sendezeit in eigener redaktioneller Verantwortung für die außerparlamentarische Opposition.⁵

Neue soziale Bewegungen

Mit dem Niedergang der Studentenbewegung verschwanden zunächst auch die meisten dieser illegalen Sender. Eine Ausnahme war *Radio Bundschuh* in München, das 1972 den Kampf von Bürgerinitiativen gegen den Bau des Europäischen Patentamtes (EPA) in der bayerischen Landeshauptstadt begleitete, für den 33 Wohnhäuser mit über 1.000 Bewohnerinnen und Bewohner weichen sollten. Der Piratensender überlagerte den Fernsehton der *ARD* mit Durchsagen wie: »Wenn das EPA in diesem Viertel gebaut wird, werden wir auf die Barrikaden gehen. Da ist wahrscheinlich jemand mit Unsummen bestochen worden. Wenn uns die Verantwortlichen nicht glauben, werden unsere Barrikaden und Sabotage sie überzeugen. Sie hörten *Radio Bundschuh*, wir werden uns wieder melden.«⁶

Der erste Piratensender Münchens war eine frühe Stimme der in dieser Zeit entstehenden »neuen sozialen Bewegungen«. Sie deckten eine Vielzahl von Themen ab, von Ein-Punkt-Protesten gegen den Bau von Atomkraftwerken, gegen Fahrpreiserhöhungen oder eben – wie in München – gegen städtebauliche Projekte bis hin zu Versuchen, gesellschaftspolitische Alternativen bereits im Hier und Jetzt zu leben. Bei allen Unterschieden im Detail einte einen Großteil dieser Initiativen die Skepsis gegenüber Parteien und traditionellen politischen Ansätzen, man wollte »alles neu« machen, verstand sich als gesellschaftliche Opposition. Als solche sah man sich ebenso wie zuvor die APO von den großen Massenmedien ausgegrenzt und verleumdet. Ihr Ansatz war aber nicht mehr, bei den »Großen« um Einlass zu betteln, sondern sich nach und nach eigene Medien zu schaffen. Das beschleunigte sich insbesondere nach den Erfahrungen der Nachrichtensperre während des »Deutschen Herbsts« 1977, als im Zuge der Terrorismushysterie nahezu jede kritische Meinungsäußerung aus den großen Medien verbannt wurde.

Zugleich versuchten konservative Kräfte seit Anfang der 1970er Jahre, ihren Einfluss auf den Rundfunk zu verstärken. Ein erster Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war 1972 die im Bayerischen Landtag mit der absoluten Mehrheit der CSU beschlossene Änderung des bayerischen Rundfunkgesetzes, durch die der Einfluss von Regierung und Parteien auf den *Bayerischen Rundfunk* verstärkt und der Weg für private Sender geöffnet werden sollte. Schon beim »politischen

Aschermittwoch« 1971 in Vilshofen hatte Ministerpräsident Franz-Josef Strauß von einer »roten Unterwanderung bei Funk und Fernsehen« und von »volksfremden Publikationsorganen« schwadroniert und eine »Reichsrundfunkkammer mit Linksdrall« ausgemacht.⁷

Gegen das Vorgehen der CSU richtete sich ein Volksbegehren, das vom DGB, der SPD, der FDP und unabhängigen Gruppen initiiert wurde. Entsprechend den Vorgaben der bayerischen Volksgesetzgebung trugen sich vom 27. Juni bis 10. Juli 1972 insgesamt 13,9 Prozent aller stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger in die ausliegenden Listen ein, womit das vorgeschriebene Quorum von zehn Prozent überschritten wurde. In der Folge gab es im Landtag einen Kurswechsel, die Abgeordneten beschlossen eine Änderung der Landesverfassung. Artikel 111 a legte nun fest, dass die alleinige Verantwortung für den Rundfunk in öffentlich-rechtlicher Hand liege – womit die Einführung von Privatsendern ausgeschlossen war – und die Macht von Parteien und Staat im bayerischen Rundfunkrat auf ein Drittel der Sitze beschränkt wurde. Diese Änderung wurde im Volksentscheid am 1. Juli 1973 mit 87 Prozent Zustimmung bestätigt, zwei Wochen später wurde das Rundfunkgesetz an die neue Verfassungslage angepasst.⁸

Den Drang der Konservativen nach einer Privatisierung des Rundfunks bremste das allerdings nicht. Die offene Tür war die technische Entwicklung durch Kabelnetze und Satellitenübertragung, später durch digitalen terrestrischen Rundfunk, die das Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten untergruben. Obwohl Artikel 111 a bis heute gilt, ist Bayern inzwischen mit Privatsendern übersät. Das gelang, indem man ab 1984 in den jeweiligen Mediengesetzen zwar kommerzielle Sender zuließ, sie aber formal der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) unterstellte.

Die neuen sozialen Bewegungen sahen sich in der Diskussion um die Zulassung kommerzieller Medien an den Rand gedrängt. Sie lehnten einerseits das Monopol der ARD-Anstalten ab, da diese durch ihre Strukturen eine direkte Bürgerbeteiligung verhinderten, bekämpften andererseits aber auch die Einführung des kommerziellen Privatfunks. In einer zeitgenössischen Publikation hieß es dazu: »Die Leute, die momentan immer vorgeben, das ›Monopol brechen‹ zu wollen, haben folgendes im Sinne: Einmal versperrt das Monopol der Anstalten den Zugang zu einem neuen Markt (...) Zweitens und vielleicht schlimmer: Die Einbrüche, die es in den letzten Jahren durch kritische Sendungen in das Vorrecht/Monopol kapitalfreundlicher und bourgeoiser Meinungsäußerungen gegeben hat, sollen – soweit sie nicht inzwischen durch Zensur rückgängig gemacht werden konnten – durch ein neues wirkungsvolleres (da privatwirtschaftlich organisiertes) Meinungsmonopol aufgefangen werden.«⁹

Als Alternative entdeckte man den Betrieb eigener lokaler Rundfunkstationen für sich. Dabei ging es nicht mehr darum, als Selbstzweck ein paar Minuten auf Sendung zu gehen, um mit radikalen Durchsagen Post und Polizei zu ärgern. Vielmehr griffen die Initiatoren auf Brechts Radiotheorie zurück und träumten von »Freien Radios«, in denen der Unterschied zwischen Sendenden und Hörenden überwunden wäre.

»Freies Radio« im Dreyeckland

Eine besondere Mischung aus geographischen und politischen Gegebenheiten sorgte dafür, dass das bis heute wohl wichtigste »Freie Radio« nicht etwa in Westberlin, Hamburg oder Frankfurt am Main in Betrieb ging, sondern in der idyllischen Landschaft des Dreiländerecks von Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Am 4. Juni 1977 meldete sich nach vorheriger Ankündigung pünktlich um 19.45 Uhr erstmals *Radio Verte Fessenheim* als Stimme der Gegner des

Atomkraftwerks Fessenheim, dessen erster Reaktor trotz erbitterten Widerstands kurz zuvor in Betrieb genommen worden war. Als Reaktion darauf hatten Aktivistinnen und Aktivisten aus Frankreich, der Bundesrepublik und der Schweiz bei Heiteren den Platz um einen Strommast besetzt. Obwohl der kleine Sender nur wenige Kilometer weit reichte, sorgte die zwölfminütige Sendung für großes Aufsehen.¹⁰

Es blieb nicht bei der einen Sendung. Innerhalb weniger Monate entstand ein dreisprachiges internationales Projekt mit regelmäßigen Sendungen in deutscher, französischer und alemannischer Sprache. Aus dem kleinen Piratensender der Atomkraftgegner entwickelte sich ein ganzes Netzwerk einzelner Stationen in den verschiedenen Regionen des Dreiländerecks. 1979 wurde in Freiburg die »Antenne Freiburg, Kaiserstuhl und Markgräflerland« gegründet, die neben dem dreisprachigen Gemeinschaftsprogramm auch eigene Sendungen ausstrahlte, immer gejagt von der deutschen und französischen Polizei. Michael Karthäuser, einer der Radioaktiven der ersten Zeit, berichtete 2017 im Gespräch mit dem *Deutschlandfunk* über diese Jahre: »Das Sendeteam ist in der Regel auf einen höher gelegenen Berg im Schwarzwald oder im Kaiserstuhl gewandert. Und wenn man dann oben war und hatte den freien Blick über das Rheintal und Freiburg, dann konnte man sicher sein, das ist ein guter Sendestandort. Und wir hatten über ein Dutzend solcher Sendestandorte, die abwechselnd benutzt wurden. Und es hatte ja auch was Abenteuerliches. Das Sendeteam hatte oft ein Fernglas dabei. Und wenn man dann auf der Passhöhe einen VW-Bus gesehen hat, mit einer sperrigen Antenne drauf, dann konnte man sicher sein, das ist der Peilwagen von der Post. Und dann war es an der Zeit, die Sendung zu beenden und den Rucksacksender und sich selbst in Sicherheit zu bringen.«¹¹

Nachdem die französische Polizei noch im Oktober 1980 die Ableger von *Radio Verte Fessenheim* im Elsass mit Razzien überzogen hatte, änderte sich die Situation für das Netzwerk, als im Mai 1981 François Mitterrand die Präsidentschaftswahlen in Frankreich gewann. Die französischen Sozialisten hatten sich angesichts der ungehemmten Wahlkampfpropaganda für die Konservativen im staatlichen Rundfunk selbst gezwungen gesehen, nahe Paris einen Piratensender zu installieren. Bei einer Sendung wurde das Studio von der Polizei umstellt und auch Mitterrand selbst festgenommen. Nach seinem Einzug in den Élysée-Palast musste sich der neue Präsident nun selbst amnestieren und ordnete an, die Verfolgung der illegalen Sender bis zur Verabschiedung eines neuen Mediengesetzes einzustellen.¹²

Für *Radio Dreyeckland (RDL)*, wie sich *Radio Verte* inzwischen nannte, bedeutete das, dass auf der französischen Seite der Grenze nun ganz offen Studios eingerichtet werden konnten. Auch für die »Badische Antenne« eröffnete das neue Möglichkeiten. Den Nachstellungen der deutschen Polizei und Bundespost entging man, indem man auf die französische Seite der Grenze auswich und begann, die Sendungen von den Vogesen aus zu verbreiten. Ab 1982 nahm man Livesendungen aus einem eigenen Studio in Colmar auf, ab 1984 sendete man täglich, forderte zugleich aber die Erteilung einer legalen Sendelizenz für *RDL*. Während 1985 im baden-württembergischen Landtag über ein neues Landesmediengesetz zur Zulassung von privatem Rundfunk beraten wurde, veranstaltete *Radio Dreyeckland* seinen »Radiofrühling«. Man verzichtete auf das sichere Exil und sendete vom Grethergelände aus, einem bis heute bestehenden alternativen Wohnprojekt in Freiburg. Der Polizei gelang es trotz wiederholter Großeinsätze nicht, die Anlagen zu beschlagnahmen. Tausende Menschen demonstrierten gegen die Repression und für ihren Sender: »Kein Kommerz auf Megahertz!«

Die Einführung des Kommerzrundfunks konnte die Bewegung zwar nicht verhindern, doch seit 1988 sendet *Radio Dreyeckland* legal auf UKW 102,3 MHz (und inzwischen auch im Internet auf www.rdl.de). Bis heute sind die Wurzeln spürbar, hört sich *RDL* anders an als das gewöhnliche Gedudel. So sendet man am Sonnabend tagsüber durchgehend fremdsprachige Sendungen, etwa »La Voix du Sud« auf französisch und arabisch, »Ech, Ajda« auf russisch oder »Aria Fritta« auf italienisch.¹³ Und auch der Staatsmacht ist *Radio Dreyeckland* noch immer ein Dorn im Auge. Am 17. Januar 2023 wurden [die Studios des Senders sowie die Privatwohnungen von zwei Mitarbeitern von der Polizei durchsucht](#). Anlass war eine bereits Monate zuvor auf der Homepage von *Radio Dreyeckland* veröffentlichten Meldung über die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens im Zusammenhang mit dem 2017 ausgesprochenen Verbot der Internetplattform »Linksunten Indymedia«.

Aktionsradios

Die Geschichte von *Radio Dreyeckland* blieb eine Ausnahme in der Mediengeschichte der Bundesrepublik. Zwar entstanden Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre Dutzende politische Piratensender, doch fast alle »Freien Radios« – etwa *Radio Zebra* in Bremen, *Radio Pflasterstein* in Göttingen oder *Radio Isnogud* in Frankfurt am Main – mussten sich auf kurze Sendungen aus dem Untergrund beschränken. Die Sendungen wurden auf Plakaten, Flugzetteln oder in alternativen Lokalzeitung angekündigt und dauerten selten länger als 15 Minuten. Trotzdem hieß es 1981 im *Spiegel* anerkennend: »Kein Zweifel: So, wie die alternative Szene sich eine eigene Presse mit zusammengerechnet Millionenaufgabe geschaffen hat, so hat sich die gegen die bürgerlichen Medien abgeschottete Gegenwelt der Groß- und Universitätsstädte ein eigenes elektronisches Kommunikationsnetz geschaffen.«¹⁴

Besondere Bedeutung gewannen die »Freien Radios« vor allem, wenn sie bei Großaktionen die Medienblockade durchbrechen konnten. Als »Lebensversicherung« bezeichneten Aktivisten zum Beispiel die Sendung von *Radio Freies Wendland*, das am 4. Juni 1980 stundenlang live und unzensiert von der Räumung des Hüttendorfs am »Bohrloch 1004« bei Gorleben in Niedersachsen berichtete. Ziemlich genau einen Monat zuvor hatten Tausende Atomkraftgegner auf dem Gelände ein Hüttendorf errichtet, um gegen den geplanten Bau eines Endlagers für Atom Müll zu protestieren, und die »Freie Republik Wendland« ausgerufen.

In den etablierten Medien herrschte die Sichtweise der Regierenden vor, die wie Niedersachsens damaliger Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU) sogar von »Hochverrat« sprachen. Trotzdem war auch der *NDR* nicht wohlgefallen, als sich die Staatsmacht zum Angriff auf das Hüttendorf anschickte. Der Reporter, der live im Radio berichten sollte, wurde des Platzes verwiesen – »Anweisung von oben«. So wurde der Piratensender zur einzigen Stimme, die direkt von der Räumung berichten konnte. Neun Stunden lang übertrug man das Vorrücken der Uniformierten, während sich die Besetzer wegtragen ließen. Auf UKW hört der ganze Landkreis: »Die Leute, die abgeräumt werden, machen gar nichts und werden trotzdem zusammengetreten. (...) Es ist ein Wunder, dass sich der Rest noch an die Abmachung hält und nicht zurückschlägt, keinen Widerstand leistet.« Kurz vor Ende der Polizeiaktion kündigte ein Sprecher auf *Radio Freies Wendland* an, man müsse jetzt das Mikrofon vergraben und die Sendung abbrechen: »Der Kampf geht weiter!«¹⁵

Sieben Jahre später war es *Radio Hafenstraße*, das in Hamburg über mehrere Tage hinweg aus den hinter Barrikaden verschanzten Häusern sendete, deren Räumung der Senat anstrebte. Am 31.

Oktober 1987, während Tausende Menschen für den Erhalt des Wohnprojektes demonstrierten, ertönte auf UKW der eindrucksvolle Jingle: Mówengeschrei, das Signalthorn eines Schiffes, Schüsse, dann die ersten Takte der »Internationale« – und die Ansage: »Radio Hafenstraße auf 96,8 MHz. Wir sind ein neuer freier Sender. Wir nehmen uns das Recht, öffentlich unsere Meinung zu sagen und uns darzustellen. (...) Mit *Radio Hafenstraße* setzen wir den täglichen Falschmeldungen und Lügen unsere Stimme entgegen.« Das sei ein »neuer Schritt in der Geschichte der freien Radios in Hamburg«, weil man einen fest installierten Sender habe und damit in der Lage sei, »ohne Ende zu senden«. ¹⁶

Zunächst funkte man abends zwischen 18 und 22 Uhr, weitete den Betrieb aber schon nach wenigen Tagen auf rund um die Uhr aus. Das Programm bestand zunächst aus fast pausenlos gesendetem Punkrock, gerne in der härtesten Variante, nur selten unterbrochen von Parolen und kurzen Durchsagen. Allmählich entwickelte sich jedoch ein hörbares Programm, das in der alternativen Szene der Hansestadt populär wurde. Taxifahrer schalteten auf *Radio Hafenstraße*, um die gemeldeten Polizeisperren zu umfahren. Initiativen reichten Kassetten mit eigenen Beiträgen ein, die über den Sender verbreitet wurden, zum Beispiel über die Situation der politischen Gefangenen, den Freiheitskampf in Namibia oder andere Themen. »Wer schnell und umfassend über die Lage in der Hafenstraße informiert sein wollte, war beim privat-illegalen Rundfunk besser bedient als beim öffentlich-rechtlichen«, notierte der *Spiegel* am 22. November 1987 anerkennend. »Aus dem lärmenden Punk-Funk hatte sich allmählich ein Full-Service-Programm entwickelt.« ¹⁷

Als am 6. November 1987 der englische Prinz Charles nebst Gemahlin seinen Besuch in der Hansestadt für eine Hafenrundfahrt nutzte, wurde er vom Dach der Häuser aus mit Leuchtkugeln und einem Transparent zur Solidarität mit der IRA begrüßt. ¹⁸ *Radio Hafenstraße* spielte nordirische Protestlieder und kommentierte: »Heute war, von vielen seit Monaten erwartet, das englische aristokratische Vorzeigepaar Charles und Di in Hamburg. Typisch ist dabei vor allem gewesen, dass die Medien aus den beiden wieder einmal ein reines Heile-Welt-Symbol gemacht haben. (...) Weder werden sie als das gezeigt, was sie sind, nämlich die Repräsentanten eines zerrütteten ehemaligen aristokratischen Systems, noch geht irgendwer darauf ein, was die Bewohner Großbritanniens zu ihrem – in Tüddelchen – Traumpaar« sowie ihrer Regierung sagen. Wir haben heute versucht, dieser Oberflächlichkeit etwas entgegensetzen.« ¹⁹

Nur noch ein »Wunder«, befürchteten damals viele, könnte in der aufgeheizten Situation angesichts der angedrohten Räumung eine brutale Straßenschlacht verhindern. Bei einer Räumung durch die Polizei und dem zu erwartenden Widerstand konnten auch Tote nicht ausgeschlossen werden. In dieser Situation zeigte Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) Größe und gab den Bewohnerinnen und Bewohnern am 16. November 1987 erstmals eine verbindliche Zusage (»Ich verpfände mein Amt«), mit ihnen einen Vertrag zu unterzeichnen, wenn bis zum folgenden Tag um 14 Uhr die Barrikaden beseitigt und noch einmal 24 Stunden später »die volle Zugänglichkeit der Häuser« hergestellt sei. Die Bewohner akzeptierten das Ultimatum und riefen dazu auf, dass möglichst viele Menschen anstelle der Barrikaden die Häuser schützen sollten. ²⁰ *Radio Hafenstraße* mobilisierte die Abbauhelfer: »Es tut uns zwar sehr leid, aber es ist ein Plenumsbeschluss (...). Unsere wunderschönen Barrikaden sollen jetzt einfach mal abgebaut werden. Igitt!« ²¹

Entsprechend der Vereinbarung zwischen Senat und Bewohnern stellten ein Architekt und ein Beauftragter des Senats am 19. November 1987 die »Begehbarkeit« der Wohnungen fest. Unmittelbar danach durchsuchten Staatsanwaltschaft und politische Polizei die Häuser. Den Sender

fanden sie nicht. *Radio Hafenstraße* hatte in der Nacht zuvor den Betrieb mit einem »Gruß an den FC St. Pauli« eingestellt. Ein größeres Comeback feierte der Piratensender noch einmal im Mai 1989, als während des 800. Hamburger Hafengeburtstages eine große Polizeiaktion in den Häusern unwahrscheinlich war. Rund eine Woche lang sendete man Musik und berichtete von Aktionen, bevor man rechtzeitig vor Ende des Trubels wieder abschaltete.

Heute verzeichnet der Bundesverband Freies Radios (BFR) knapp drei Dutzend legal arbeitende Stationen als Mitglied. Neben *Radio Dreyeckland* und *FSK* aus Hamburg gehören dazu etwa *Radio Z* aus Nürnberg, *Radio Lora* aus München oder *Radio Corax* aus Halle.²² Viele von ihnen stellen ihre Sendungen auf dem gemeinsamen Onlineportal freie-radios.net zum Download und zur Übernahme auf gleichgesinnten Sendern zur Verfügung. Die Nutzungsbedingung entspricht der Tradition der Bewegung: »Hier darf jedeR stets hören und staunen, mit einer Einschränkung: Die kommerzielle Verwertung der Beiträge ist – auch in Auszügen – untersagt!«²³

Anmerkungen

1 Deutscher Bundestag — 5. Wahlperiode — 225. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 27. März 1969, S. 12429; dserv.bundestag.de/btp/05/05225.pdf

2 Wolfgang Kraushaar: *Die blinden Flecken der 68er-Bewegung*. Stuttgart 2018, S. 415

3 »Bommi« Baumann: *Wie alles anfing*. Frankfurt am Main 1977, S. 72

4 Ulf Schönert: Vom »auditorium« zum »Zentralblatt für den Ausbildungssektor« (ZAS): Die Öffentlichkeitsarbeit des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Hamburg 1960–1970. Hamburg 1996, S. 96; sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2021/01/Magisterarbeit-Scho%CC%88nert-1.pdf

5 Vgl. Petra Fischer: *Wandel öffentlich-rechtlicher Institutionen im Kontext historisch-politischer Ereignisse am Beispiel des Senders Freies Berlin*. Berlin 2007, S. 248 ff.; refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/8626

6 Flusslandschaft 1972: Stadtviertel; protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/491

7 Strauß attackiert das Rundfunkgesetz – Das »Volksbegehren Rundfunkfreiheit«; protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/1951

8 Bettina Hasselbring: Die Novellierung des Bayerischen Rundfunkgesetzes 1972 und seine Folgen; www.br.de/unternehmen/inhalt/organisation/geschichte-des-br/1972-novellierung-bayerisches-rundfunkgesetz-100.html

9 Christoph Busch, Freundeskreis Freie Radios Münster: Was Sie schon immer über Freie Radios wissen wollten, aber nie zu fragen wagten! Münster 1981, S.356 f.

10 Karlheinz Grieger, Ursi Kollert, Markus Barnay: Zum Beispiel *Radio Dreyeckland*. Freiburg 1987, S. 18

11 Philipp Schnee: *Radio Dreyeckland – Das freie Radio als sozialer Ort*; *Deutschlandfunk Kultur*, Podcast Länderreport, 30. Mai 2017; www.deutschlandfunkkultur.de/radio-dreyeckland-das-freie-radio-als-sozialer-ort-100.html

12 Karlheinz Grieger, Ursi Kollert, Markus Barnay, a. a. O., S. 39

13 rdl.de/programm

- 14 »Mia bracha a freis Radio«; in: *Der Spiegel*, Nr. 22/1981; www.spiegel.de/kultur/mia-bracha-a-freis-radio-a-1c38e09d-0002-0001-0000-000014334567
- 15 Vgl. André Scheer: Piratensender als Zeitzeuge; in: *junge Welt*, 4. Juni 2020; www.jungewelt.de/artikel/379573.gegen%C3%B6ffentlichkeit-piratensender-als-zeitzeuge.html
- 16 www.youtube.com/watch?v=f5ic8P-E40w
- 17 »Hönkel, Grummel, Hönkel, Grummel«; in: *Der Spiegel*, Nr. 48/1987; www.spiegel.de/politik/hoenkel-grummel-hoenkel-grummel-a-0f3f592b-0002-0001-0000-000013526731
- 18 Oliver Klebb: Als Charles und Diana Hamburg besuchten; www.ndr.de/geschichte/chronologie/Als-Charles-und-Diana-Hamburg-besuchten,charlesdianahamburg113.html
- 19 Hier spricht *Radio Hafenstraße* – Freies Radio in Hamburg, November 1987. Göttingen 1987, S. 19
- 20 Chronologie der Hafenstraße; www.nadir.org/nadir/archiv/Haeuserkampf/Hafenstrasse/doku.html
- 21 Hier spricht *Radio Hafenstraße*, a. a. O., S. 29
- 22 www.freie-radios.de/radios.html
- 23 www.freie-radios.net